



Plenum

32. Sitzung

München, Dienstag, 12. November 2019, 14:00 bis 18:32 Uhr

Geburtstagswünsche für die Abgeordnete **Eva Gottstein** 3859

Bekanntgabe gem. § 14 Abs. 4 BayLTGeschO betr. Umbesetzung im
Ältestenrat..... 3859

Mitteilung betr. Verschiebung der **Listennummer 2** der **Anlage zur**
Tagesordnung (Drs. 18/2719)..... 3932

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Frak-
tion

"Starke Kommunen - starkes Bayern!"

Otto Lederer (CSU).....	3859
Ludwig Hartmann (GRÜNE).....	3862
Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER).....	3864
Ferdinand Mang (AfD).....	3867
Klaus Adelt (SPD).....	3868
Alexander Muthmann (FDP).....	3871
Josef Zellmeier (CSU).....	3872
Johannes Becher (GRÜNE).....	3874
Angelika Schorer (CSU).....	3876
Gisela Sengl (GRÜNE).....	3878
Manfred Ländner (CSU).....	3880
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	3882
Staatsminister Albert Füracker.....	3883

Antrag der Abgeordneten

Tanja Schorer-Dremel (CSU),
Gisela Sengl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER),
Doris Rauscher (SPD)

Einsetzung einer Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder im Landtag (Kinderkommission) (Drs. 18/3980)

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 18/4463)

und

**Festlegung
der Besetzung und Bestimmung des Vorsitzes sowie des stellvertre-
tenden Vorsitzes der Kinderkommission**

Tanja Schorer-Dremel (CSU).....	3888	3895
Johannes Becher (GRÜNE).....	3889	
Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER).....	3891	
Doris Rauscher (SPD).....	3892	
Katrin Ebner-Steiner (AfD).....	3893	
Julika Sandt (FDP).....	3894	
Markus (Tessa) Ganserer (GRÜNE).....	3896	
Beschluss zum Antrag 18/3980 (s. a. Anlage 1).....	3897	
Beschluss zur Bestimmung der Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden.....	3897	

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Beschluss.....	3898
----------------	------

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

**Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen I:
Anpassung der Lehrpläne und Stundentafeln (Drs. 18/2726)**

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 18/4331)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

**Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen II:
Planspiele, schuleigene Konzepte und mehr Material online
(Drs. 18/2727)**

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 18/4332)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

**Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen III:
Verankerung der Demokratiebildung in der LPO I, Öffnung der Kom-
binationsmöglichkeiten für Sozialkunde und mehr Fortbildungen
(Drs. 18/2728)**

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 18/4333)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

**Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen IV:
Flexibilisierung der Schülermitverantwortung (Drs. 18/2729)**

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 18/4339)

(Aussprache s. Plenarprotokoll 18/31)

Beschluss zum Antrag 18/2726..... 3899

Beschluss zum Antrag 18/2727..... 3899

Beschluss zum Antrag 18/2728..... 3899

Beschluss zum Antrag 18/2729..... 3899

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)

**Europäischen Sozialfonds abwickeln - Zentralisierung stoppen!
(Drs. 18/3067)**

Beschlussempfehlung des Europaausschusses (Drs. 18/4430)

Martin Böhm (AfD)..... 3899

Dr. Martin Huber (CSU)..... 3901 3902

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD)..... 3902

Florian Siekmann (GRÜNE)..... 3903

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER)..... 3904

Markus Rinderspacher (SPD)..... 3904

Helmut Markwort (FDP)..... 3906

Beschluss..... 3907

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Martin Böhm und Fraktion (AfD)

Souveränität der Nationalstaaten erhalten - EU-Mindestlohn verhindern (Drs. 18/3665)

Beschlussempfehlung des Europaausschusses (Drs. 18/4459)

Martin Böhm (AfD)..... 3907 3911 3912

Alfred Sauter (CSU)..... 3908

Florian Siekmann (GRÜNE)..... 3909

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER)..... 3909

Markus Rinderspacher (SPD)..... 3909 3911

Helmut Markwort (FDP)..... 3911 3912

Namentliche Abstimmung..... 3912

Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 3)..... 3915

Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)

Verwendung von Reserve-Antibiotika in Bayern (Drs. 18/3370)

Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses (Drs. 18/4581)

Andreas Winhart (AfD).....	3913 3916 3919
Manuel Westphal (CSU).....	3914
Christina Haubrich (GRÜNE).....	3915 3916
Susann Enders (FREIE WÄHLER).....	3917
Ruth Waldmann (SPD).....	3917
Dr. Dominik Spitzer (FDP).....	3918 3919
Namentliche Abstimmung.....	3919
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 4).....	3923
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)	
Melderegister für Fehlbildungen bei Neugeborenen (Drs. 18/3700)	
Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses (Drs. 18/4582)	
Roland Magerl (AfD).....	3920 3922
Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER).....	3921
Helmut Radlmeier (CSU).....	3922
Christina Haubrich (GRÜNE).....	3924
Susann Enders (FREIE WÄHLER).....	3924 3925
Andreas Winhart (AfD).....	3925 3927
Ruth Waldmann (SPD).....	3925 3927
Dr. Dominik Spitzer (FDP).....	3927
Namentliche Abstimmung.....	3928
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 5).....	3932
Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Roland Magerl, Richard Graupner u. a. und Fraktion (AfD)	
Periodischer Sicherheitsbericht (Drs. 18/3371)	
Beschlussempfehlung des Innenausschusses (Drs. 18/4475)	
Stefan Löw (AfD).....	3928
Holger Dremel (CSU).....	3929
Katharina Schulze (GRÜNE).....	3930
Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER).....	3930
Stefan Schuster (SPD).....	3930
Alexander Muthmann (FDP).....	3931
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	3931
Namentliche Abstimmung.....	3932
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 6).....	3933
Schluss der Sitzung.....	3933

(Beginn: 14:03 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf alle ganz herzlich begrüßen. Ich eröffne die 32. Vollversammlung des Bayerischen Landtags. Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, freue ich mich ganz besonders, der Ehrenamtsbeauftragten der Staatsregierung Eva Gottstein von den FREIEN WÄHLERN zu einem runden Geburtstag zu gratulieren – herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Gemäß § 14 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung gebe ich bekannt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Mitglied im Ältestenrat Herrn Tim Pargent anstelle von Frau Eva Lettenbauer benannt hat. Außerdem hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mitgeteilt, dass Herr Pargent Frau Lettenbauer als stellvertretender Parlamentarischer Geschäftsführer und stellvertretender Fraktionsvorsitzender nachfolgt. Ich gratuliere Ihnen herzlich und wünsche Ihnen im neuen Tätigkeitsfeld alles Gute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion
"Starke Kommunen - starkes Bayern!"

Für die heutige Sitzung ist die CSU-Fraktion vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt. Sie kennen das Prozedere. Grundsätzlich beträgt die Redezeit fünf Minuten pro Rednerin oder Redner bzw. zehn Minuten für eine Rednerin oder einen Redner. Die fraktionslosen Kollegen können wie immer zwei Minuten reden.

Als erster Redner der Tagesordnung spricht Herr Kollege Otto Lederer für die CSU-Fraktion.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat – das hat Bundespräsident Theodor Heuss einmal gesagt. Obwohl ich mit Herzblut Landtagsabgeordneter bin, muss ich ihm in diesem Punkt voll und ganz beipflichten. In den Gemeinden begegnen die Bürgerinnen und Bürger dem Gemeinwesen zuallererst. Dort erleben sie Demokratie, dort können sie mitgestalten. Das beginnt schon ganz früh im Kleinkindalter. Für Kindergärten und Kinderkrippen sind nämlich die Kommunen zuständig. Das geht mit der Schule vor Ort weiter sowie dem Ausbildungs- und Arbeitsplatz in der Region. Die kommunale Planungshoheit liegt selbstverständlich bei den Gemeinden, Märkten und Städten. Auch für das Thema Wohnraum sind die Kommunen mitverantwortlich. Das zieht sich durch das ganze Leben – Führerschein, Eheschließung, Dorfgemeinschaft oder Vereinswesen. Dies alles ist bei den Kommunen angesiedelt. Das zieht sich hin bis zur medizinischen Versorgung und zu allem, was der Mensch rundum in der Nahversorgung braucht.

Bund und Land können zwar die Rahmenbedingungen festlegen, aber den Raum zwischen den Leitplanken, die vom Gesetzgeber gesetzt werden, erfüllen die Kommunen, die Organisationen und die Menschen vor Ort mit Leben. Deshalb kommt den Kommunen eine besondere Bedeutung zu. Tatsache ist: Die Grundlage für den Erfolg in Bayern legen insbesondere starke und eigenständige Kommunen, die ihre Verantwortung selbstbewusst wahrnehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir von der CSU wollen starke Kommunen und setzen uns auch weiterhin für den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung ein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Entscheidungen, die in den Kommunen getroffen werden, sind nicht nur nah am Bürger, sondern entsprechen auch den Gegebenheiten vor Ort. Sie stärken die individuelle Entwicklung in den einzelnen Regionen. Dabei kommt dem Subsidiaritätsprinzip und dem Konnexitätsprinzip eine ganz besondere Bedeutung zu. Wir werden diesen beiden Prinzipien in Bayern ganz besonders gerecht, unter anderem mit dem kommunalen Finanzausgleich, der in diesem Jahr rund 10 Milliarden Euro beträgt und wiederum erhöht wurde, nämlich um über 400 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CSU ist die Kommunalpartei schlechthin.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU ist diejenige Partei, die die Interessen der Kommunen auf allen Ebenen vertritt, sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene und europäischer Ebene.

(Horst Arnold (SPD): Sie vertritt die Interessen schlecht!)

Die CSU stellt im Vergleich zu allen anderen Gruppierungen die meisten Bürgermeister, Landräte, Kreis- oder Gemeinderäte in Bayern.

(Zurufe von der AfD: Noch!)

Rund 1.000 Rathauschefs von den 2.056 Gemeinden gehören der CSU an. Von den 71 Landkreisen werden 50 von Mitgliedern der CSU geleitet. Etwa 40 % der Kreisräte und der Stadträte in den kreisfreien Städten werden von Persönlichkeiten aus unserer Partei gestellt. Das heißt, Kommunalpolitik ist in Bayern nach wie vor von der CSU geprägt.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, das ist ein Grund für die Erfolgsgeschichte der bayerischen Kommunen. Dieser Erfolg lässt sich an einigen Beispielen aufzählen. Ich möchte an dieser Stelle nur zwei Punkte ins Feld führen. Punkt eins betrifft den Vergleich der Lebensumstände. Die Prognos AG hat hierzu eine Studie veröffentlicht, in der ganz klar zum Vorschein kommt, dass die bayerischen Kommunen in der Regel die vordersten Plätze einnehmen. Schauen wir uns einmal das Monetäre an. In diesem Jahr haben die Kommunen die 20-Milliarden-Euro-Marke bei den Steuereinnahmen geknackt. Sie haben im Vergleich zum vergangenen Jahr ein Plus von über 7 % zu verzeichnen. Wir von der CSU wollen auch in Zukunft kommunale Verantwortung übernehmen und diese weiter ausbauen. Deshalb werden wir uns auch wieder bei der Kommunalwahl 2020 als CSU, als erfolgreiche Partei für die Kommunen, etablieren. Es gibt fast 40.000 Mandatsträger in Bayern, und wir werden uns dafür einsetzen, dass wir wieder zahlreiche Mandate für uns sichern können.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen Menschen, die sich mit Herzblut für ihre Kommune engagieren.

Ich habe überhaupt kein Verständnis, wenn kommunale Mandatsträger verbal angefeindet werden. Darüber besteht in diesem Hohen Haus sicherlich Einigkeit. Das darf nicht sein! Bedrohungen gegenüber Kommunalpolitikern oder gar die Situation, dass Kommunalpolitiker Gewalt ausgesetzt sind – solche Erscheinungen müssen wir unterbinden. Wir wollen, dürfen und werden das nicht weiter dulden!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Die Sicherheit unserer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker muss bestmöglich gewährleistet bleiben. Niemand soll Angst haben, wenn er oder sie sich – es geschieht meist ehrenamtlich – für seine Kommune engagiert. Ein Angriff auf eine Kommunalpolitikerin oder einen Kommunalpolitiker richtet sich nicht nur gegen den Menschen, sondern auch gegen unsere demokratische Grundordnung. Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Kommunalpolitiker vor Anfeindungen und Übergriffen zu schützen. Die morgige Expertenanhörung wird dazu beitragen, hierfür die richtigen Ansätze zu finden und die richtigen Akzente zu setzen; denn wir wollen, dass Kommunalämter auch in Zukunft attraktiv bleiben.

Die Herausforderungen und Aufgaben in den Kommunen sind vielfältig. Als jemand, der seit über 20 Jahren kommunalpolitisch tätig ist – im Gemeinderat, als hauptamtlicher Bürgermeister und im Kreistag –, weiß ich, wovon ich spreche.

Ein großes Thema ist die Infrastruktur im digitalen Bereich. Ich verweise auf die Fortschritte beim Glasfaserausbau und auf den Mobilfunkpakt Bayern. Bayern ist übrigens das erste und einzige Land in der EU, das hierfür ein Förderprogramm hat. – Auch im Bereich der Verkehrsinfrastruktur kommt den Kommunen große Bedeutung zu, insbesondere beim Ausbau des ÖPNV. – Bei der Daseinsvorsorge – dazu gehören zum Beispiel Wasser und Abwasser – sind die Kommunen gefordert. – Auch in Sachen Bildung unterstützen wir als Freistaat und der Bund die Kommunen finanziell. Wir wollen eine möglichst wohnortnahe Schule für alle Schülerinnen und Schüler. Auch die Digitalisierung der Klassenzimmer wollen wir weiter voranbringen. – Bei dem Thema Gesundheitsvorsorge geht es um den Erhalt einer flächendeckenden Krankenhauslandschaft, um flächendeckende medizinische Versorgung, auch im hausärztlichen Bereich, sowie um deren Weiterentwicklung durch Vernetzung in den Gesundheitsregionen plus.

Bayern ist ein Wachstumsland. Die Menschen brauchen bezahlbaren Wohnraum. Auch hierbei unterstützt der Freistaat die Kommunen mit einem milliardenschweren Paket.

Auch die Wirtschaft vor Ort müssen wir stärken. Die Kommunen übernehmen wieder Verantwortung, wenn es darum geht, Ausbildungs- und Arbeitsplätze in allen Landesteilen, in allen Kommunen zu gewährleisten. Die Bemühungen fruchten. Wir brauchen uns nur die Arbeitslosenzahlen anzuschauen: Sie unterscheiden sich zwischen den Bezirken maximal um einen Prozentpunkt, liegen also überall im Freistaat dicht beieinander, und sind – natürlich – die niedrigsten in ganz Deutschland.

Die Rolle der Kommunen erstreckt sich auch auf den sozialen Lebensraum. Dazu gehören die Themen Kindertagesstätten, seniorengerechte Quartierskonzepte und Sicherheit; Letztere wird vor allem durch die Feuerwehren gewährleistet.

Meine Damen und Herren, Kommunalpolitik ist nicht reiner Selbstzweck, sondern Kommunalpolitik ist für die Menschen vor Ort da. Ich möchte noch einmal Bundespräsident Theodor Heuss zitieren. Er hat nämlich nicht nur gesagt: "Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat [...]", sondern er hat diesen Satz weitergeführt: "[...] und

das Wichtigste in der Gemeinde sind die Bürger." Das sehe ich, das sehen wir von der CSU genauso.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich auf der Tribüne ganz herzlich Abgeordnete des US-amerikanischen Repräsentantenhauses begrüßen. – A very warm welcome in the Bavarian Parliament, dear colleagues! It's nice to see you!

(Allgemeiner Beifall)

Ferner erlaube ich mir, einen Kollegen, der nach längerer krankheitsbedingter Abwesenheit wieder bei uns im Haus ist, zu begrüßen. Lieber Thomas Huber, herzlich willkommen im Parlament!

(Allgemeiner Beifall)

Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Ludwig Hartmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns hier im Hohen Haus sicherlich einig, dass starke Kommunen das Fundament eines starken Landes sind. In den Kommunen wird der Grundstein dafür gelegt, wie gut das Zusammenleben in Bayern funktioniert. Wir wissen, dass in den Kommunen entschieden wird, wie das soziale Miteinander funktioniert. Auch das Thema "Mobilitätskonzepte der Zukunft" wird auf kommunaler Ebene diskutiert und muss vor Ort umgesetzt werden.

Demokratie und politische Entscheidungen erlebt man nirgendwo sonst so hautnah wie in unseren Kommunen. Die Kommunen bilden eine wichtige Ebene, die wir stärken wollen, um die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bevor ich auf die Punkte eingehe, die uns wichtig sind, möchte ich an etwas erinnern – ich bin überzeugt davon, dass die große Mehrheit hier im Haus sich dessen bewusst ist –: Unsere bayerischen Kommunen haben ihre Kraft eindrucksvoll bewiesen, als es in den Jahren 2015 und 2016 darum ging, die Herausforderungen zu bewältigen, die dadurch entstanden, dass Tausende Menschen bei uns Schutz suchten. Die Landräte, die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und alle Kommunalpolitiker haben bewiesen, dass sie anpacken können. Dafür gebührt ihnen allen großer Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch ich bin viel in Bayern unterwegs. Ich habe Kommunalpolitiker von Garmisch bis Aschaffenburg kennengelernt. In dem Beitrag des Redners der CSU soeben konnte ich viel davon hören, wie es ist, aber wenig dazu, was kommen soll, was eigentlich anders gemacht werden muss.

Ich möchte drei Punkte konkret ansprechen: Wir GRÜNEN wollen unseren Städten und Dörfern mehr Freiräume geben. Wir wollen unsere Kommunen für die Bewältigung der Aufgaben von heute und von morgen finanziell besser ausstatten. Wir möchten unsere Dörfer und Städte zur Hauptschlagader der Daseinsvorsorge in Bayern machen.

Zum ersten Punkt: Mehr Freiräume für die Kommunen! Es sind oft wirklich Kleinigkeiten, die engagierte Kommunalpolitiker zur Verzweigung bringen können. Wir

sind das letzte Bundesland, das seinen Kommunen vorschreibt, wie hoch Parkgebühren sein dürfen. Lasst es doch die Kommunen vor Ort entscheiden! Lasst dort die Konzepte zur Gestaltung der Parkgebühren entwickeln! Dafür braucht es doch keine Höchstgrenze, die den Kommunen vom Land diktiert wird. Auf diesem Gebiet möchten wir den Kommunen deutlich mehr Freiheiten geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weitere Themen werden auch vom Gemeindetag immer wieder angesprochen. Dazu gehört die Innenentwicklung. Auch in diesem Bereich brauchen die Kommunen Instrumente, um besser lenkend eingreifen zu können. Jeder kennt doch von einer Bürgermeisterin oder einem Bürgermeister die Geschichte, dass sie oder er eine freie Fläche gern entwickeln möchte, dabei aber nicht weiterkommt, weil sie oder er an das Grundstück nicht herankommt. Dafür brauchen die Kommunen Instrumente. Eine Kommune schafft doch kein Baurecht, damit jemand mit dem Grundstück spekulieren kann. Sie schafft Baurecht, damit dort zum Beispiel eine junge Familie ein neues Zuhause findet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen die Kommunen finanziell für die Herausforderungen von morgen rüsten. Wir stehen vor der Herausforderung, ein Mobilitätskonzept für das gesamte Land zu entwickeln, das wirklich vom Menschen her und nicht vom Auto her gedacht ist. Die Kommunen sind dafür die entscheidende Ebene; denn dort beginnt der Weg der Menschen. Die Kommunen brauchen Instrumente und Unterstützung, damit sie gut vorangehen können; denn wir wollen wirklich in Bayern eines Tages eine Mobilitätsgarantie haben, die ein Angebot von fünf Uhr in der Früh bis Mitternacht umfasst, und zwar in ganz Bayern, ganz egal, wo man lebt.

Das ist auch eine soziale Frage. Viele Menschen haben kein Auto zur Verfügung: Jüngere, oft auch Ältere, die vielleicht nicht mehr fahren können oder wollen. Wir brauchen ein Angebot, auf das sich die Menschen im ganzen Land verlassen können. Da sind die Kommunen der Partner. Das Land muss aber die Unterstützung für die Kommunen deutlich aufstocken und gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist vollkommen richtig, dass die kommunale Ebene eine ganz entscheidende Ebene ist. Dort merken die Menschen, ob Daseinsvorsorge funktioniert oder nicht. Dann lasst uns doch die Kommunen wirklich zur Hauptschlagader der kommunalen Daseinsvorsorge machen. Wir brauchen aber auch Möglichkeiten, das umsetzen zu können. Da spielt Wohnen genauso eine Rolle wie der Laden im Ort, ein gutes ÖPNV-Angebot, ein ganz klares Konzept und nicht nur eine reine Wirtschaftsförderung.

Die Wirtschaftshäuser zu fördern ist nicht ganz verkehrt, aber sich darauf zu beschränken, ist ein Fehler. Wir brauchen doch Mittelpunkte in Ortschaften, wo Leben zustande kommt, wo man sich treffen kann, wo ältere Menschen an einem Vormittag in der Woche eine Bankberatung finden, wo einmal in der Woche auch der Landarzt sein kann. Da müssen wir ganze Gebäude in Ortskernen schaffen, damit der Zusammenhalt gut funktioniert und die Daseinsvorsorge ihren Namen auch wirklich verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss ganz kurz zu den drei Punkten, die ich aufgerufen habe: den Städten und Dörfern mehr Freiräume geben, die Kommunen finanziell besser ausstatten und die Daseinsvorsorge wirklich in den Mittelpunkt der Kommunalpolitik rücken.

Dafür müssen wir die Segel in der Landespolitik, was die Kommunen betrifft, durchaus anders setzen. Wir dürfen die Kommunen nicht nur als starkes Fundament begreifen; wir müssen ihnen die Instrumente in die Hand geben, damit sie diese Aufgabe auch zum Wohl unseres Landes meistern und anpacken können.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie müssten zum Ende kommen.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke. – Der nächste Redner ist der Kollege Joachim Hanisch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Starke Kommunen – starkes Bayern!" – diese Aussage gefällt uns FREIEN WÄHLERN relativ gut, weil wir uns ständig mit den Kommunen beschäftigen und weil wir bei allen Themen hinterfragen, ob sie für die Kommunen Vor- oder Nachteile bringen, und dementsprechend auch entscheiden.

Meine Damen und Herren, vor 100 Jahren war Bayern ein relativ armes Land. Noch 1986 waren wir beim Länderfinanzausgleich ein Empfängerland. Heute sind wir ein Geberland. Das zeigt, dass Bayern ein starkes Land ist. Das zeigt aber auch, dass die Basis Bayerns, dass die kommunale Ebene stark ist. Meine Damen und Herren, dafür müssen wir sorgen und danach müssen wir auch die Gesetze ausrichten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist auch im internationalen Vergleich, nicht nur im Vergleich innerhalb Deutschlands, ein starkes Land. Aber ein starkes Land braucht auch starke Kommunen, und ein starkes Land muss es sich leisten können, für gleichwertige Lebensverhältnisse in diesem Land zu kämpfen und diese auch sicherzustellen. Meine Damen und Herren, wir haben starke Kommunen. Aber nicht jede Kommune ist stark; dafür gibt es noch einiges zu tun und zu erledigen.

Zu den Sätzen, die ich vorhin gehört habe, kann man bei Wikipedia nachschauen: Die Kommune ist die Keimzelle der Demokratie; das werden Sie dort finden. Der Staat baut sich – auch das ist kein Geheimnis – von unten nach oben auf. Allein das zeigt schon: Wenn eine starke Basis vorhanden ist, kann sich ein starker Staat entwickeln; und wenn die Basis nicht stimmt, wird sich auch der Staat schwertun, stark zu werden. Insofern lohnt es sich, für die kommunale Ebene, für die Basis der Demokratie, zu kämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Starke Gemeinden gibt es nicht umsonst. Dafür müssen vor Ort die Bürgermeister mit ihren Räten arbeiten, und dafür müssen wir in diesem Landtag sorgen. Wenn wir FREIEN WÄHLER mit unserem Motto, das wir auch in die Koalition mit eingebracht haben, versuchen, bürgernah zu bleiben, mit der Zeit zu gehen und die Zukunft nachhaltig zu gestalten, dann passt das, glaube ich, auch ganz entscheidend zum heutigen Thema.

Herr Kollege Lederer, Sie haben vorhin die Kommunalwahl 2020 erwähnt. Das war ein bisschen eine Parteiveranstaltung. Wir haben am 15. März die Kommunalwahlen, aber grundsätzlich glaube ich, dass wir uns hier nicht streiten müssen, wer der beste Verfechter der Kommunen ist; sonst zitiere ich Sie mal bei nächster Gele-

genheit, wenn ich glaube, dass die CSU die Interessen der Kommunen nicht ganz so ernst nimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Oh!)

Da könnte ich Ihnen jetzt ein paar Beispiele sagen. Aber ich glaube, wir kämpfen für die gleiche Richtung. Das ist entscheidend. Wir müssen hier nicht – –

(Unruhe)

Wir müssen hier nicht – –

(Anhaltende Unruhe)

Beruhigen Sie sich jetzt wieder ein bisschen! Wir müssen hier nicht abzählen, wer wie viele Bürgermeister, Kreisräte oder Gemeinderäte stellt und wer ein paar mehr hat als der andere.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Streitet euch nur!)

Meine Damen und Herren, das Ziel der FREIEN WÄHLER ist es, die Themen der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat beim Namen zu nennen.

Unsere Ergebnisse für ein bürgernahes und starkes Bayern und für starke Kommunen können sich bereits nach einem Jahr in der Regierungskoalition sehen lassen. Ich zähle ein paar wenige auf: die kostenfreie Kinderbetreuung, die Einstellung von 5.000 neuen Lehrern in fünf Jahren und von jährlich 500 Polizisten, ebenso die Sicherung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung in der Fläche des Freistaats, insbesondere mit Blick auf die Hebammen und auf unsere Krankenhausstruktur, auf die Geburtseinrichtungen vor Ort. Diese wichtigen Themen haben wir teilweise in Angriff genommen, teilweise bereits umgesetzt. Wir leisten hohe Kompensationszahlungen an Bayerns Kommunen für die wegfallenden Straßenausbaubeiträge. Die Förderung kommunaler Schwimmbäder hatten wir in der Vergangenheit in der Form nicht. Die Sportstättenförderung wurde deutlich erhöht. Nicht zu vergessen sind die Stärkung des ländlichen Raums für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns sowie der Bürokratieabbau in den verschiedensten Bereichen, auch in der Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, erst vor Kurzem wurde die Reform der Bestattungsverordnung in die Wege geleitet. Auch sie dehnt die Entscheidungsfreiheiten der Kommunen deutlich aus.

Bayern wird bürgernäher. Wir haben dafür die Schwerpunkte gesetzt. Wir FREIEN WÄHLER haben unsere Wurzeln in den Kommunen. Sie werden hier keinen unter uns finden, der nicht in einem Gemeinderat, Stadtrat oder Kreistag war, bevor er in diesen Landtag gekommen ist. Deshalb sind wir stolz auf die Ergebnisse der Kommunen, und deshalb richten wir unsere Politik auch für die Kommunen aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Kommunen sind ein ganz besonderer Ort der Demokratie. Hier werden Demokratie und Bürgerbeteiligung in ihren wahren Grundwerten gelebt.

Aktuell wollen wir die Jugendbeteiligung stärken, aber nur nicht das, wir wollen auch das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre senken. Wir sind der Auffassung, dass die kommunale Ebene dafür prädestiniert ist wie keine andere Ebene. Sagen wir nicht immer, dass die jungen Leute nicht reif genug sind! Die Fri-

days-for-Future-Bewegung zeigt uns, dass die jungen Leute durchaus engagiert, bereit und interessiert an der Arbeit der Politik sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Schulschwänzer!)

Wenn ich mir anschau, was wir in diesem Jahr für Tourismus, für Sportförderung, für die Vereinsförderung generell getan haben, für den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge, für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, für eine stabile, nachhaltige finanzielle Ausstattung der kommunalen Ebene, für mehr Mittel für Kommunen für die gewaltigen Aufgaben der Integration, für die Schulen, für die Krankenhäuser, für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, für die Stärkung des ländlichen Raums, für die Erhaltung der kommunalen Schwimmbäder, für staatliche Zuschüsse für die Sanierung von Wasser- und Abwasserkanälen, so muss ich feststellen: Meine Damen und Herren, wir haben diese Baumaßnahmen mit Mitteln des Staates finanziert. Wir haben sie gefördert. Ich meine, wir müssen den Kommunen, die nicht in der Lage sind, diese Maßnahmen ohne große Einbußen an Lebensqualität durchzuführen, mehr Geld geben, als wir es jetzt tun. Wir sind auf einem guten Weg. Wir haben den Einstieg geschafft. Wir haben noch vier Jahre Zeit, um hier etwas draufzusatteln.

Wir müssen das kommunale Ehrenamt fördern; denn ohne das Ehrenamt werden nicht nur die Kommunen, sondern auch der Staat und die gesamte Gesellschaft um einiges ärmer.

Meine Damen und Herren, auch der öffentliche Personennahverkehr ist ein Punkt, der hier angesprochen werden muss. Er verlangt den Kommunen viel ab.

Bayerns Kommunen geht es gut. Bayerische Kommunen sind stark. Sie waren selten so stark, wie sie es heute sind. Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass wir bei der Grundsteuer für Bayern eine praxisbezogene Regelung wählen werden. Wir haben die Möglichkeit, den Kommunen Gestaltungsspielräume zu geben. Ich halte es für gut, den Kommunen die Möglichkeit der Einführung einer Grundsteuer C zu gestatten. Die Kommunen können dann in ihrer Verantwortung entscheiden, ob sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen oder nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, kommunale Selbstverwaltung bedeutet Entscheidungen vor Ort, bedeutet Entscheidungen, die den Bürger unmittelbar betreffen und die er nachvollziehen kann. Deshalb müssen diese Entscheidungen sorgfältig abgewogen werden. Hier spielt auch der Klimaschutz eine gewaltige Rolle. Wir ändern derzeit die Bayerische Bauordnung bezüglich der Verdichtung und der Abstandsflächen. Hier brauchen die Kommunen mehr Entwicklungsmöglichkeiten, um diese Regelungen in der Praxis umzusetzen.

Ich habe es bereits erwähnt: Die Kommunen sind stark. Das gilt aber nicht für alle Kommunen. Wir müssen darauf achten, tatsächlich gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen. Wir haben bei den Steuereinnahmen Rekordwerte. Im letzten Jahr konnten die Kommunen zum ersten Mal mehr als 20 Milliarden Euro Steuereinnahmen verzeichnen. Beim Einkommensvergleich der bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr ein Mehr von 7,1 %.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Ich bin kurz davor. – Auch die Finanzausgleichsleistungen des Freistaats sind in gewaltigem Ausmaß auf 10 Milliarden Euro

gestiegen. Ein starkes Land braucht starke Kommunen. Starke Kommunen brauchen eine starke Unterstützung dieses Landtags.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Wie zu erwarten war, hat die Regierungspartei CSU die Aktuelle Stunde hauptsächlich dazu genutzt, sich selbst zu beweihräuchern und sich ausgiebig im Eigenlob zu wälzen. Mit dem Titel "Starke Kommunen – starkes Bayern!" wähnt sich die bröckelnde Hausmacht auf sicherem Terrain, gibt vor, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, und präsentiert mit stolzer Brust den kommunalen Finanzausgleich. Sehen wir uns einmal die Praxis an. Nehmen wir als Paradebeispiel meine Heimatgemeinde Allersberg. Die Kassen sind leer, das Freibad ist marode.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sind Sie im Gemeinderat?)

Das Freibad ist so marode, dass es in Teilen nicht mehr genutzt werden kann. Besonders bitter: Diesen Sommer hat das Landratsamt die Benutzung des Sprungturms verboten. Das Freibad ist die einzige wesentliche Einrichtung in meiner Heimatgemeinde, wo gerade Kinder, die aus einkommensschwachen Haushalten stammen, im Sommer ihre Erholung genießen und Spaß haben können.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sind Sie schon im Gemeinderat, weil gar nichts mehr klappt?)

Besonders der Sprungturm ist eine Attraktion und *das* Erlebnis gerade für unsere Kleinen. Doch Allersberg ist pleite. Finanzielle Hilfe ist vom Staat bisher nicht zu erwarten. Wie kann es sein, dass es in den Siebzigerjahren möglich war, ein Freibad mit Olympiastandard zu errichten, aber jetzt das Geld nicht einmal mehr für die Erhaltung reicht? Allersberg ist dabei kein Einzelfall.

(Tobias Reiß (CSU): Dann fassen Sie dazu einen Beschluss im Gemeinderat!)

Über die Hälfte aller Freibäder in Bayern ist sanierungsbedürftig, jedes zehnte Freibad ist von der Schließung bedroht. Gerade in unserem ach so starken Bayern fehlt es also an Geld für die sozial Schwachen, deren Lebensqualität vom kommunalen Angebot abhängt.

Wie versucht mein Heimatort, sich aus dieser Klemme zu befreien? – Der Plan besteht darin, durch die Ausweisung großer Gewerbegebiete Geld in die klamme Kasse zu spülen. Doch die Zeiten sind vorbei, in denen sich Gewerbe mit gut bezahlten Arbeitsplätzen um solche Angebote gestritten haben. Dank der Globalisierung und der Zerstörung des bayerischen Mittelstands schlagen internationale Raubtierkapitalisten und Ausbeuterbetriebe zu, zum Beispiel Logistikkonzerne mit amazonenhaften Namen. Beim Flächenfraß entstehen Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor. Nun kann man einwenden: Wenn die CSU mit den domestizierten unfreien Wählern ihre grüne Wende vollendet hat, kann man froh sein, seine Haut überhaupt zu einem Sklaventreiber schleppen zu dürfen. Solche Zustände zeugen aber weiß Gott nicht von einem starken Bayern, sondern sind ein Armutszeugnis. Die Starken werden stärker und die Schwachen schwächer. Dafür steht der ökosozialistische Kurs der CSU.

An dieser Stelle zeigen sich die Grenzen der kommunalen Selbstverwaltung; denn die Regierung von Mittelfranken wird Allersberg wahrscheinlich die Ausweisung dieser Flächen erst gar nicht erlauben. Damit bleiben das Freibad marode, der Sprungturm geschlossen und Allersberg pleite.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sind Sie im Gemeinderat?)

Die Bürokratisierung tut ihr Übriges. Kommunen und Unternehmer sind wahrlich in ein Korsett von Vorschriften eingeschnürt. Den ortsansässigen Unternehmer erwartet ein nicht endendes Martyrium durch Vorschriften. Er darf sich vom Staat wie eine Zitrone auspressen lassen; denn hier ist der Staat stark. Da bleibt kein Tropfen ungeschöpft. Freilich, Großkonzerne mit ihren riesigen Rechtsabteilungen meistern diese Hürden mit links und prägen heute das Ortsbild aller Gemeinden mit Supermarktketten, Handelsriesen und Shoppingmalls mit jeweils identischen Verkaufsläden. Diese konnten sich behaupten, während der regionale Einzelhändler an den billig produzierten Massenimporten aus der ausgebeuteten Dritten Welt schon längst erstickt ist. Eine starke Leistung! Da werden Ihnen die Lobbyisten in den Aufsichtsratssitzungen wohl ordentlich auf die Schulter geklopft haben.

Nein, wir wollen die Identität unserer Gemeinden bewahren. Wir möchten regionale Baustile schützen und wiederbeleben. Wir wollen den Dorfläden, den regionalen Einzelhändler und den Produzenten vor Ort fördern, der ohne tagelange Tiertransporte auskommt. Das zeichnet eine eigenständige und starke Gemeinde aus.

(Beifall bei der AfD)

Erfolgreiche Selbstverwaltung ist auch durch Selbstdisziplin gekennzeichnet. Die Korruptionsprozesse gegen die Oberbürgermeister von Regensburg und Ingolstadt belegen unsere Forderung: Der berühmt-berüchtigte Filz von Politik, Verwaltung und Wirtschaft muss endlich zerschlagen werden.

(Beifall bei der AfD)

Zur Selbstdisziplin gehört es auch, eigene Aufgaben selbst zu erfüllen und sie nicht zu privatisieren. Ein Beispiel: Die Trinkwasserversorgung gehört in kommunale Hand und darf nicht an undurchsichtige Finanzkonglomerate verschachert werden, die mit allen Mitteln Profit herausziehen wollen. An diesem Beispiel zeigt sich eindeutig, wie dringend notwendig der Einzug der AfD in die kommunalen Parlamente geworden ist.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren Kollegen, damit beginnen wir im kommenden März. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Klaus Adelt.

(Zuruf von der CSU: Jetzt kommt ein Feuerwerk!)

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Hier braucht es kein Feuerwerk. Dazu sage ich nichts; denn das ist nicht der Rede wert, schon gar nicht bei fünf Minuten Redezeit.

Die Gemeinden sind der Ort, wo die Menschen ihre Umwelt und ihre Umgebung gestalten. Die Gemeinden sind die Schulen der Demokratie. Dort wird gut gearbeitet. Was ist der Unterschied zu der sozialdemokratischen Kommunalpolitik? – Wo

Sozialdemokraten regieren oder regiert haben, müssen keine Stadtwerke privatisiert werden. Sie sind noch in der Hand der Kommunen. In diesen Kommunen wird im Rahmen der Möglichkeiten sozialer Wohnungsbau betrieben. In diesen Kommunen wird ökologische Umweltpolitik pragmatisch und effizient umgesetzt, ohne ein riesiges Lifestyle-Bohei.

Mit dieser heutigen Aktuellen Stunde war zu rechnen, auch mit den Hosiannarufen. Aber, liebe Leute, die Wahlen sind erst am 15. März. Bis dahin haben das viele Wähler vielleicht schon wieder vergessen.

Vieles von dem, was sich die CSU heute auf die Fahnen geschrieben hat, gäbe es nicht, wenn wir nicht immer den Finger in die Wunde gelegt hätten. Es war die SPD, die einen Entschuldungsfonds für unsere Kommunen gefordert hat, und das lange, bevor die Stabilisierungshilfen eingeführt wurden. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass der Herr Ministerpräsident, als er noch Finanzminister war, im Jahr 2014 gesagt hat: Reden Sie die Kommunen nicht schlecht; ihnen geht es besser, als sie tun. – Nichts war's. Die haben das Geld dringend gebraucht.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Wer hat denn die Stabilisierungshilfen eingeführt?)

Jahrelang wurde mit der Städtebauförderung Geld über die Gemeinden Bayerns verteilt. Die Förderoffensive Nordostbayern, die es dringend gebraucht hat, kam relativ spät, und das Programm zur Sanierung kommunaler Schwimmbäder haben wir gebetsmühlenartig beschworen und haben bis aufs Blut dafür gekämpft. Heute werden diese Dinge als eigene politische Erfolge verkauft. – So geht christsoziale Kommunalpolitik.

Wir sind eine starke Bank in den Kommunen. Vorhin wurde schon aufgezählt, wer wie viele Bürgermeister stellt. Hier steht einer, der 36 Jahre in der Kommunalpolitik war.

(Hans Herold (CSU): Ich auch!)

Hier fließt kommunales Blut und wird auch fließen. Das geht bis hin zum kommunalen Friedhof. Das sage ich klipp und klar.

(Hans Herold (CSU): Das gilt für uns auch!)

Es gibt 240 sozialdemokratische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, knapp 800 Kreisräte, 4.300 Kommunal- und Gemeinderäte. Die großen Städte München, Nürnberg, Aschaffenburg und Passau werden von Sozialdemokraten regiert, aber auch kleine Dörfer im Frankenwald. So hat etwa Reichenbach eine sozialdemokratische Bürgermeisterin. Dort ist das Korrektiv. Die Zeit drängt; deshalb sage ich, was besser werden muss.

Erstens. Die Verbundquote muss nach wie vor erhöht werden, damit wir nicht zu Bittstellern werden.

Zweitens. Wir brauchen dauerhaft den Anteil am Kuchen, den wir verdienen, auch in schlechteren Zeiten.

Drittens. Das Förderprogramm für kommunale Bäder muss ausgeweitet werden. Das Geld wird für sechs Jahre nicht ausreichen.

Viertens. Gleiches gilt für den geforderten Ausgleich der Straßenausbaubeiträge und nicht zu vergessen für die RZWas. Das Rumgezicke mit dem Geld! Gebt dem Söder doch – – Vorhin hat er noch dort gesessen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ministerpräsident, bitte!)

– Gebt Herrn Ministerpräsidenten Söder und Herrn Staatsminister Glauber mehr Geld, damit die Wasser- und Abwasserkanäle in schwachen Gemeinden besser finanziert werden können!

(Hans Herold (CSU): Das wurde doch gemacht!)

Es geht nicht an, dass man in Brudersdorf für die Sanierung 50.000 Euro bezahlen muss und in Ballungsräumen nichts.

Die Kommunen stehen unter Druck. Der Wohnraum ist knapp, der Verkehrsinfrastruktur droht der Kollaps, es gibt soziale Schieflagen, die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum wird ausgedünnt. ÖPNV, Einwohnerzahl – Riesenherausforderungen, und das alles bei sukzessiv steigenden Sozialausgaben, Strukturwandel in den Städten und niedergehendem Einzelhandel.

Sie geben den Kommunen zu wenig Geld. Davon betroffen sind die Gemeinden in der Haushaltskonsolidierung, weil sie mit ihrem Eigenanteil immer ein Problem haben. Sie tun so, als würden Sie Geschenke verteilen, aber das ist das Geld, das draußen erwirtschaftet wird und das man zurückgeben sollte.

(Beifall bei der SPD)

Sie veranstalten Zuwendungsbescheid-Audienzen – "danke schön, Herr Minister!" – für die Bescheide über das Geld, das den Kommunen zusteht.

Ich will zum Schluss kommen, die Uhr drängt mich. Wir fordern: Stellt die Förderpolitik auf den Kopf, teilt die Macht mit den Kommunen – mehr Kommunalpolitik und weniger Zentralstaat – und vertraut den Kommunalpolitikern; denn sie sind nahbar, sie sind greifbar, und oft werden sie angegriffen, verbal und psychisch. Ich schliesse mich den Vorrednern an. Mit Verlaub, Angriffe gegen Kommunalpolitiker sind eine Schweinerei und haben bei uns nichts zu suchen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, jetzt müssten Sie zum Schluss kommen.

Klaus Adelt (SPD): Das gilt parteiübergreifend. Ich bin mir sicher, überall Mitstreiter zu finden,

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, nein – –

Klaus Adelt (SPD): um den Kommunalpolitikern den Rücken zu stärken, ihnen Respekt zu zollen, dafür zu sorgen, dass sie das sein können, was sie in Wirklichkeit sind: Demokratiehelden, ohne die nichts geht. Hier möchte ich – –

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, Herr Kollege. Jetzt haben Sie die Redezeit um eine Minute überschritten.

Klaus Adelt (SPD): Was, das war schon so lange?

(Allgemeine Heiterkeit)

Liebe Leute, wie die Zeit vergeht! Abschließender Satz: Danke an die Bürgermeister, danke an die Kommunalpolitiker, danke an die kommunalen Bediensteten. Sie machen einen guten Job. Das sollen sie auch in Zukunft tun können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Aber nur wegen der Wertschätzung für die Kommunalpolitik habe ich das jetzt noch zugelassen, Herr Kollege Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Ich wusste nicht, dass rot schon "drüber" bedeutet!

(Heiterkeit bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Alexander Muthmann.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Recht ist von meinen Vorrednern mehrfach darauf hingewiesen worden, dass, wie es auch in Artikel 1 der Gemeindeordnung steht, die Gemeinden die Grundlage des Staates und des demokratischen Lebens bilden. Das steht nicht nur einfach drin, sondern das ist im Kern eine ganz wichtige Aussage, an die meine Vorredner diverse Konsequenzen geknüpft haben. Sie haben noch einmal die Bedeutung der Kommunen und der Arbeit der Kommunalpolitik für das Gemeinwesen insgesamt beleuchtet, daraus herleitend Freiräume für die Kommunen eingefordert und auch das Prinzip der Subsidiarität noch einmal in Erinnerung gebracht und es bezüglich der Ausgestaltung unseres Gemeinwesens insgesamt und bezüglich der Bedeutung der Kommunen, bezüglich der Wirkung dessen, was in den Gemeinden geschieht, in besonderer Weise unterstrichen.

Wenn das alles wahr ist, dann müssen wir anlässlich eines solchen Themas, wie wir es heute zu besprechen haben, ein Stück weit Bilanz ziehen, uns fragen, wo wir heute stehen, und fragen: Welche Folgerungen ziehen wir daraus? – Die Antwort darauf lautet, dass sich die Gemeinden einer Vielzahl zusätzlicher Erwartungen ausgesetzt sehen, die vielfach durch bundes- oder auch landespolitische Entscheidungen ausgelöst wurden. Wenn das so ist, dann müssen die Kommunen auch in die Lage versetzt werden, alle diese Leistungen organisatorisch und finanziell zu stemmen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben dieser Tage aus dem Finanzministerium die Entscheidungen zu den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen zur Kenntnis bekommen. Insgesamt erhielten nach dieser Entscheidung aus dem Finanzministerium 148 Kommunen in Bayern solche Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen, die ja auch ein Indikator dafür sind, dass die Gemeinden aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, alle anstehenden Aufgaben zu erfüllen.

In Oberbayern waren es 2 Kommunen, in Oberfranken 58. Auch das macht sehr deutlich, dass die Leistungsfähigkeit in den Regionen, bei den Kommunen höchst unterschiedlich verteilt ist.

Aber welche Antworten gibt es denn darauf? – Aus dem Kreis der Koalitionäre habe ich die Forderung nach einer Erhöhung des Steueranteils auf 15 % leider nicht mehr vernommen, aber ich glaube, das wäre die richtige Antwort, um auch noch einmal strukturell an eine Leistungssteigerung für die Kommunen zu denken.

(Beifall bei der FDP)

Gleichzeitig wäre an dieser Stelle darüber nachzudenken, in diesem Kontext auch die Vielzahl der Förderprogramme zum Teil zu beseitigen, weil damit im Gesamtkonzept die Gestaltungsfreiheit und die Entscheidungsfreiheit der Kommunen ausgeweitet würden. Auch über ein Regionalbudget könnte man dabei gut und gerne noch einmal diskutieren, um Gestaltungsfreiräume in allen Gemeinden zu ermögli-

chen. Aber was wir derzeit erleben, bedeutet in gewissem Maße, am Tropf des Finanzministeriums zu hängen. Ende November werden alle Kommunen, die Stabilisierungshilfen oder Bedarfszuweisungen bekommen, die entsprechenden Subventionsbescheide entgegennehmen, aber davon sollten die Kommunen eben wegkommen.

Ein weiterer Punkt: Die Begehrlichkeiten dürfen – dabei müssen wir uns alle ein Stück weit in die Pflicht nehmen – nicht ins Unbezahlbare gesteigert werden.

In diesem Zusammenhang darf ich Uwe Brandl zitieren, der erst am 16. Oktober beim Bayerischen Gemeindetag gesagt hat, es könne nicht angehen, sich bei den Bürgern mit Geschenken, die man andere bezahlen lasse, anzubiedern.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Um die Erwartungen der Kommunen entsprechend zu stärken, nur noch ein paar Stichworte zu dem, was aktuell und konkret ansteht: Der Kita-Ausbau, eine verlässliche Finanzierung und das entsprechende Fachpersonal müssen irgendwie organisiert werden. Bei der Digitalisierung der Schullandschaft geht es nur um Pauschalen; hier ist auch unklar, was der Staat im Hinblick auf die Wiederbeschaffungszyklen beiträgt. Auch ist die digitale Infrastruktur landesweit nur den Kommunen überlassen.

Zuletzt darf ich mit einem Appell zur allgemeinen Stimmungslage enden. Morgen gibt es eine Anhörung im Innenausschuss zum Umgang mit Kommunalpolitikern. Es ist ganz wichtig, allen Kommunalpolitikern, die sich diesen Aufgaben stellen, die gebotene Wertschätzung entgegenzubringen. Es ist ganz wichtig, dass wir uns alle für mehr Freiheit, Demokratie und Selbstverwaltung vor allem in den Gemeinden starkmachen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Josef Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Freistaat Bayern geht es gut, und den bayerischen Kommunen geht es noch besser.

(Zurufe von der SPD: Oje!)

Das ist natürlich eine Leistung aller Menschen vor Ort, der fleißigen Bürger, der Steuerzahler und der ehrenamtlich und hauptamtlich politisch Verantwortlichen in den Kommunen. Ich sage aber ganz klar, dass das auch eine Folge der Rahmenbedingungen ist, die der Freistaat für die Kommunen setzt. Die Rahmenbedingungen sind ganz entscheidend.

Der liebe Kollege Adelt hat, was ja richtig ist, den Verantwortlichen gedankt. Wenn Sie aber, lieber Kollege, sagen, das werde alles nur vor Ort gemacht und der Staat spiele keine Rolle, dann stellen Sie den Kommunalpolitikern Ihrer Partei in den anderen Ländern ein schlechtes Zeugnis aus. Warum geht es den Kommunen denn dort so schlecht? – Sind die Menschen vor Ort schuld oder die SPD-geführte Regierung des jeweiligen Landes?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Horst Arnold (SPD) und Klaus Adelt (SPD))

Die Frage muss man sich stellen.

Wir arbeiten mit unseren Kommunen, mit Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken Hand in Hand. Wir schaffen die bestmöglichen Bedingungen für die Menschen in unserem Land, und das nicht erst seit gestern.

Der Kollege Hanisch hat erwähnt, dass wir seit über dreißig Jahren nicht mehr vom Finanzausgleich der Länder profitieren und dass wir der größte Einzahler sind. Das alles ist in Zeiten der absoluten Mehrheit der CSU geschaffen worden. Wir sind die Einzigen, die vom Empfänger zum Geber, sogar zum größten Geber geworden sind. Das wirkt sich natürlich auch auf die Lage der Kommunen aus.

Geordnete Finanzen sind nämlich die Grundvoraussetzung dafür, dass eine Kommune erfolgreich sein kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen sagen, dass der Freistaat Bayern jeden vierten Euro aus seinem Haushalt an die Kommunen gibt. Das sind fast 17 Milliarden Euro im Jahr 2019. Rund 60 % fließen über den kommunalen Finanzausgleich: Das sind knapp 10 Milliarden Euro für Schlüsselzuweisungen, Bedarfszuweisungen, Hochbau, Krankenhausfinanzierung, Straßenbau und ÖPNV.

Darüber hinaus investieren wir 7 Milliarden Euro außerhalb des Finanzausgleichs. Ich nenne den Bereich des ÖPNV. Seit 2017 haben wir dort die Zuweisungen fast verdoppelt.

Ich nenne die Breitbandförderung. Kein anderes Land unterstützt die Breitbandförderung mit rund einer Milliarde Euro. Ich nenne den "Höfebonus". Wir fördern den Breitbandausbau bis zu jedem einzelnen Hof. Auch das zeigt, dass wir Stadt und Land gleich behandeln und überall beste Voraussetzungen wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Hans Herold (CSU):
Bravo! – Horst Arnold (SPD): Funktioniert aber nicht! Das wissen Sie auch!
Das ist wie Theorie und Praxis!)

Ich nenne die Kinderbetreuung. Wir geben im Doppelhaushalt fast 5 Milliarden Euro für die Kinderbetreuung aus.

(Johannes Becher (GRÜNE): Gebührenzuschüsse!)

Das betrifft sowohl die laufenden Betriebskosten als auch die Investitionsförderung. Wir haben über lange Zeit die nicht ausreichenden Mittel des Bundes auf 85 % aufgestockt. Auch das ist vorbildlich. Wer macht das in Deutschland sonst noch für die Kommunen?

(Hans Herold (CSU): Niemand!)

Die RZWas ist schon genannt worden. Wo gibt es das, dass Wasser- und Abwasserversorgung jahrzehntelang gefördert werden und jetzt noch in die Härtefälle eingestiegen wird? – Herr Kollege Adelt, man kann natürlich alles schlechtreden. Wir wollen aber vor allem denen helfen, die Probleme haben, und nicht den anderen.

Die Freibäder sind genannt worden, die auch nirgendwo anders so gefördert werden. Gleiches gilt für die Erhöhung des Strabs-Ausgleiches, den wir in der Koalition gemeinsam geschaffen haben.

Nächste Woche findet wieder ein Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich statt. Wir werden die 10 Milliarden Euro überschreiten. Die Zuwächse werden, den Steuereinnahmen geschuldet, zwar nicht mehr so groß sein wie in der Vergangenheit, werden aber weiter steigen. Außerdem überlassen wir die erhöhte Gewerbesteuerumlage in Höhe von etwa 800 Millionen Euro komplett den Kommunen. Auch das machen andere Länder so nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehören bei den Steuereinnahmen für die Kommunen zu den Spitzenreitern. Wir investieren von allen deutschen Ländern am meisten: 1.444 Euro pro Einwohner in 2017 und 2018. Der Anstieg der Steuereinnahmen unserer Kommunen ist doppelt so hoch wie der Anstieg der Steuereinnahmen beim Freistaat Bayern. Auch das zeigt unsere Kommunalfreundlichkeit.

Die kommunale Verschuldung ist in Bayern am niedrigsten. Bei der Verschuldung liegen insbesondere langjährig von der SPD und den GRÜNEN regierte Länder an der Spitze.

Unsere Kommunalfreundlichkeit zeigt sich auch an den Finanzierungsüberschüssen. Allein 2018 gab es bei den Kommunen 1,5 Milliarden Euro Überschuss. Auch ist, wie gesagt, die Investitionsquote in Bayern am höchsten, aber auch die freiwilligen Aufgaben werden bestens erfüllt.

Dieser Vergleich zeigt, dass wir an der Spitze liegen und dass Kommunen und Freistaat Hand in Hand gehen. Auch das ist der Politik der CSU und der Staatsregierung geschuldet.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein starkes und erfolgreiches Bayern braucht natürlich starke Kommunen. Beides hängt, wie ich gerade ausgeführt habe, eng zusammen. Rot-grün bzw. rot-rot-grün regierte Länder mögen für manche sexy sein. Für die große Mehrheit unserer Menschen und Bürger sind finanzielle, wirtschaftliche, soziale und innere Sicherheit sowie eine gute Infrastruktur entscheidend und wesentlich wichtiger als der Charme der Armut.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Josef Zellmeier (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Landtagsfraktion wird dafür sorgen, dass das auch künftig so bleibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt der Kollege Johannes Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem Vortrag der Selbstbeweihräucherung darf ich hier ein etwas anderes Bild zeichnen.

Zunächst einmal ist die kommunale Selbstverwaltung eines der Grundprinzipien unseres demokratischen Gemeinwesens; sie ist in Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes sowie in den Artikeln 10 und 11 der Bayerischen Verfassung verankert. In Artikel 11 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung steht: "Die Gemeinden sind ursprüngliche Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts."

Bayern fußt somit auf Kommunen. Von mir aus fußt auch ein starkes Bayern auf starken Kommunen, wie es im pathetischen Titel dieser Aktuellen Stunde der CSU heißt. Ich muss aber schon sagen, dass man sich vom Pathos allein vor Ort nichts kaufen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen lauten die konkreten Fragen der Praxis doch, wie man die Pflichtaufgaben vor Ort lösen und Spielräume für freiwillige Leistungen schaffen kann. Dafür

bräuchte es eine Staatsregierung, die eine echt kommunalfreundliche Politik macht. Die Definition von kommunalfreundlicher Politik von uns GRÜNEN unterscheidet sich ganz deutlich von derjenigen der Koalition von CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Deswegen werden wir vor Ort gewählt und ihr nicht!)

– Herr Dr. Mehring, eine kommunalfreundliche Politik bestünde zum Beispiel darin, dass der Freistaat Bayern staatliche Aufgaben selbst in die Hand nimmt und nicht auf die Kommunen abwälzt. Es kann doch nicht Aufgabe der Kommunen sein, Mobilfunkstandorte zu bauen, die Jugendsozialarbeit überwiegend selber zu finanzieren und bei der Digitalisierung in den Schulen plötzlich allein für das Personal zur Wartung all dieser schönen neuen Geräte zu sorgen. Das ist doch nicht Aufgabe der Kommunen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Erst nach dem Staat schreien und dann die Bürokratie kritisieren! Immer dieselbe Leier!)

Kollege Zellmeier hat gerade betont, wie gut die Kommunen in Bayern finanziell ausgestattet sind. Man muss in diesem Kontext dann aber auch einmal die zusätzlichen Aufgaben der Kommunen sehen. Die Aufgaben und damit die Ausgaben steigen doch ganz erheblich. Unsere Kommunen stehen vor riesigen Herausforderungen und müssen doch wirklich nicht dankbar für Almosen vom Freistaat sein.

Andersherum wird ein Schuh daraus: Der Freistaat Bayern muss sich bei den Kommunen bedanken,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Und wenn wir das tun, wird uns Pathos vorgeworfen!)

dass sie die ständig steigenden Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort so hervorragend erfüllen. So schaut es doch aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Sie dürfen sich gleich noch mehr aufregen. Das ist überhaupt kein Problem. Denn ein Baustein gerade Ihrer Politik, der Politik der FREIEN WÄHLER, ist das sogenannte freie Ermessen: das freie Ermessen der einzelnen Kommune, ob sie die Erschließungsbeiträge noch erhebt oder nicht,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Subsidiaritätsprinzip! Steht in der Verfassung!)

ob sie die nicht abgerechnete Straße noch fertigstellt oder nicht, ob sie die Erschließungsbeiträge gar ganz erlässt oder mindert.

(Zuruf des Staatssekretärs Roland Weigert (FREIE WÄHLER))

Ich sage Ihnen bloß eines: Die Kehrseite des freien Ermessens ist der Schwarze Peter, den man an die Kommunen weiterreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Kehrseite ist ein grüner Verbotsstaat! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Sie haben es bei der Abschaffung der Strabs vermurkst und schieben jetzt die Verantwortung den Gemeinderäten zu.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Ist das eine kommunalfreundliche Politik? – Ich glaube nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übrigens erleben wir jetzt vor Ort Fälle, in denen Anlieger, die sich bislang massiv gegen den Ausbau ihrer Straße gewehrt haben, weil sie ihn hätten mitbezahlen müssen, jetzt unbedingt den Ausbau fordern, weil ihn die Kommune bezahlen muss. Und schon wieder haben wir eine zusätzliche Belastung für die Kommunen.

Das nächste Thema, welches derzeit fast alle Kommunen beschäftigt, ist der Fachkräftemangel im Erziehungsbereich. Hier brennt es doch ganz offensichtlich. Wir GRÜNE wollen den Beruf und die Arbeitsbedingungen attraktiver machen. Es braucht eine vergütete Ausbildung, es braucht eine echte Entlastung der Leitungen, und es braucht Investitionen in bessere Rahmenbedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und was machen Sie? – Sie verschärfen die Probleme mit Ihren Gebühreinzuschüssen. Ist das kommunalfreundliche Politik? – Ich sage: Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir schaffen gleichwertige Zugänge zu frühkindlicher Bildung!)

Kommunalfreundlich ist Politik aus meiner Sicht dann, wenn die starken Kommunen auch entsprechende Gestaltungsspielräume haben.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ermessensspielräume!)

Das betrifft zum einen die finanzielle Ausgestaltung. Es ist nicht in allen Kommunen in Bayern gleich einfach und gleich rosarot; der Kollege Hanisch hat es richtig angesprochen. Gestaltungsspielräume betreffen aber auch die Rechte im Bereich der Innenentwicklung. Wir wollen den Grundsatz "Innen vor Außen" voranbringen und den Flächenverbrauch in Bayern auf ein flächenverträgliches Maß eindämmen. Ja, dafür braucht es eine Begrenzung; aber die Kommunen brauchen auch wirksame Instrumente und Werkzeuge wie eine Grundsteuer C und Weiteres, damit sie endlich handeln können. Es kann doch nicht sein, dass baureife Grundstücke im Innenbereich aus Spekulationsgründen jahrelang leergelassen werden oder die zerstrittene Erbengemeinschaft über zwanzig Jahre das Haus im Ortszentrum verfallen lassen kann. Der Grundsatz "Eigentum verpflichtet" muss das Leitmotiv sein.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Unsere Kommunen brauchen einen Staat, der seine Aufgaben wahrnimmt. Sie brauchen einen Staat, der die Verantwortung wahrnimmt und der die Kommunen ernsthaft unterstützt. Hier hat die Staatsregierung erheblichen Nachholbedarf und stellt die Weichen aus meiner Sicht falsch. Wir GRÜNE werden uns im Landtag auch weiterhin mit durchgerechneten Haushaltsanträgen und mit vielen kommunalfreundlichen Initiativen für die Kommunen engagieren; denn für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sage ich ganz klar: Bayern braucht starke Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist Angelika Schorer für die CSU-Fraktion.

Angelika Schorer (CSU): Als ich die Reden gehört habe, habe ich gedacht: Wir sind alle der gleichen Meinung, dass wir starke Kommunen brauchen. Wir als CSU

haben hier in den letzten Jahren deutliche Zeichen gesetzt. Wir nehmen die kommunale Selbstverantwortung der Kommunen sehr ernst, und wir wissen, dass Fachleute und Kenner der Heimat vor Ort in den Kommunen sind. Deswegen haben wir nicht nur heute dieses Thema auf der Tagesordnung, sondern wir haben es über viele Jahre hinweg diskutiert. Wir interessieren uns stark für einen Austausch mit den Kommunen, für eine Verstetigung der Mittel und vor allem dafür, dass das Geld in die Kommunen gut investiert ist.

Ich möchte den Blick heute auf die Themen Wohnen, Dorfentwicklung und Stadtentwicklung lenken. Es zeigt sich sehr deutlich, dass wir mit den Programmen, der Entwicklung und der Hilfestellung nicht erst heute anfangen, sondern dass wir das schon vor vielen Jahren begonnen haben.

Ich nehme das Thema Städtebauförderung: Seit dem Jahr 2015 haben wir jedes Jahr die Zahlen nicht nur im zweistelligen Millionenbereich erhöht, sondern die Mittel auch weitergereicht. Vor allem haben wir den Kommunen mit besonderen städtebaulichen Maßnahmen, mit denen wir auch auf der Bundesebene führend waren, Instrumente an die Hand gegeben. Wir haben das Thema nicht nur heute auf der Tagesordnung. Bereits 2017 haben wir die Themen im Zusammenhang mit dem Wohnungspakt zentral in den Blick genommen und mit Geld unterfüttert. Das war auch beim aktuellen Wohnungsgipfel im September 2019 der Fall.

Die kommunale Wohnraumförderung ist ein deutliches Beispiel dafür, dass wir im Doppelhaushalt rein bayerische Landesmittel in die Hand nehmen. Hier bekommen die Kommunen selbst Instrumente, um Wohnungen und die Innenentwicklung zu gestalten: 150 Millionen im Doppelhaushalt. Die Mittel werden bis 2025 verstetigt. Das zeigt deutlich, dass wir das ernst nehmen, was uns die kommunalen Vertreter sagen. Das Geld nehmen sie auch.

Ich nenne auch die Studentenwohnraumförderung, die mit eigenen Landesmitteln unterstützt wird. Denken wir an den Gesamtbetrag für Wohnraumförderung von 880 Millionen Euro. Das ist eine wesentliche Hilfe.

Aber ich möchte heute den Blick nicht nur darauf richten, sondern auch auf gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land. Dazu gehört natürlich auch das Thema Dorferneuerung. Heute wurde einiges über die einfache Dorferneuerung und dann natürlich die Dorfentwicklung insgesamt für die Kommunen, die weniger als 2.000 Einwohner haben, gesagt. Die Programme sind für jeden Bereich maßgeschneidert. Wir haben gerade gehört, es gebe keine Dorfläden. Wir haben seit Jahren dieses Programm. Wir haben das Programm "Dorfgemeinschaftshäuser" mit einfachen Förderbedingungen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Natürlich gibt es auch die regionalen Vermarktungen. Ich wollte das heute auch erwähnen.

Wenn man die Frage in den Blick nimmt, wo diese Mittel denn hinfließen, bemerken wir: 40 % der bayerischen Kommunen erhalten dieses Geld. Da muss man schon sagen: Wir sind darauf bedacht, dass die Kommunen wirklich gute Mittel nicht nur haben, sondern dass es den Kommunen auch gutgeht, weil wir dann auch wissen, dass es uns Politikern im Bayerischen Landtag gutgeht.

Führen wir uns die Zahlen vor Augen: 83 % der Mittel fließen in den Bereich der Städtebauförderung, in den ländlichen Raum. Ich habe mir auf einem Zettel notiert, wie viele Programme gefördert werden: "Soziale Stadt", "Soziale Integration im Quartier", "Stadtumbau", "Ortsteilzentren", "Denkmalschutz", "Stadtgrün" usw. Das sind maßgeschneiderte Konzepte, die in Stadt und Land greifen und sie voranbrin-

gen. Daran wollen wir nicht nur festhalten, sondern wir dürfen auch nicht aufhören und müssen weiterentwickeln.

Ich möchte heute den Blick auch noch auf ein aktuelles Thema richten: Das ist das Thema "Novellierung der Bayerischen Bauordnung". Daran arbeiten wir schon länger. 2017 haben wir bestimmte Punkte vereinfacht. Wir haben im Bund, in der Koalition, darauf hingewirkt, dass es hier Vereinfachungen für die Kommunen gibt. Wir wollen mit der Novellierung der Bayerischen Bauordnung Weichen stellen. Es soll einfacher – denn das Geld kann man nur einmal ausgeben –, schneller und nachhaltiger werden und mit mehr Flächeneinsparung verbunden sein.

Mehr Flächeneinsparung haben Sie heute auch erwähnt – ich schaue zu Herrn Becher. Ja, "Innen vor Außen" ist nicht erst unser heutiges Thema, sondern das Thema haben wir schon sehr lange im Blick.

Wir haben den Kommunen hierfür Instrumente bei der Städtebauförderung und der Dorferneuerung an die Hand gegeben, sodass wir mit mehr Flächeneinsparung Innenentwicklung voranbringen. Das ist gut gelungen. Aber ich teile Ihre Meinung, dass wir dabei nicht am Ende sind, sondern dass wir dabei ständig weitermachen müssen und ständig daran arbeiten müssen. Ich glaube, alle Parteien hier sind der Meinung, dass es hier vorangehen muss.

Durch die Novellierung der Bayerischen Bauordnung kann ein Dachgeschoss in der Zukunft noch einfacher ausgebaut werden, damit weniger Fläche verbraucht wird.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin.

Angelika Schorer (CSU): Jetzt sehe ich, dass die Zeit schon ziemlich weit fortgeschritten ist. – Es gibt noch weitere Punkte in der Bayerischen Bauordnung; wir werden sie noch dieses Jahr auf den Weg bringen, sodass man hier beginnen kann und man Vereinfachungen für die Kommunen findet. Aber ich denke, wir tun nicht nur sehr viel, sondern wir werden auch in der Zukunft die Kommunen im Blick haben, damit sie Hand in Hand mit uns gehen. Das wird auch in der Zukunft mit der CSU-Fraktion gelingen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Hans Herold (CSU): Bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Kollegin Gisela Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war eine wunderbare Selbstbeweihräucherung, was ich gerade gehört habe. Selbstkritik ist leider ein Wort, das anscheinend in eurem Wortschatz fehlt.

(Manfred Ländner (CSU): Bei euch! – Hans Herold (CSU): Das waren alles Fakten, Tatsachen!)

Aber egal. – Egal, ob auf dem Land oder in der Stadt: Die Menschen müssen und wollen sich mit dem Ort identifizieren, in dem sie leben. Das nennt man Heimat.

(Hans Herold (CSU): Genau! – Tobias Reiß (CSU): Haben das die GRÜNEN auch schon gehört?)

Jeder Mensch möchte sich gerne dort wohlfühlen und dort gehört und beachtet werden, wo er lebt und wohnt. Wenn das eine Kommune leisten kann, ist sie eine starke Kommune.

Aber wo sind denn eigentlich die identitätsstiftenden Orte und Plätze? – Gerade bei uns auf dem Land schaut es da ziemlich bitter aus. Anscheinend sollen wir uns mit Maisfeldern, mit grausigen Logistikhallen und mit Discounterketten identifizieren.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nicht schon wieder! – Hans Herold (CSU): Immer die Heimat schlechtreden!)

Denn in vielen Orten gibt es ja gar nichts anderes mehr.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Falsches Bild!)

Zum Landesentwicklungsprogramm: Wer hat es denn möglich gemacht, dass Discounter auf der grünen Wiese gebaut werden dürfen? – Das wart ihr! Dann habt ihr gemerkt: Ach, der Ortskern stirbt aus; leider haben wir keinen Dorfladen mehr. Dann macht man schnell ein Dorferneuerungsprogramm.

(Zuruf von der CSU: Wo lebt ihr denn?)

Das alles ist keine stringente Politik, sondern eine Politik, die hinterherläuft und überhaupt keine eigene Überzeugung hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In vielen Orten gibt es überhaupt nichts anderes mehr als Discounter, Logistikhallen und Maisfelder. Der Geist des Ortes, das Besondere, ist verschwunden. Das Wirtshaus hat zugemacht. Das stimmt, oder?

(Manfred Ländner (CSU): Warum hat denn das Wirtshaus zugemacht?)

Ihr habt jetzt ein tolles Programm aufgelegt, mit dem hundert Wirtshäuser unterstützt werden sollen, weil es anscheinend nur noch wenige gibt. Also habe ich recht. Wirtshäuser haben zugemacht. Bäckereien haben zugemacht. Metzgereien stehen leer und in den Schaufenstern hängt vielleicht noch eine Werbung irgendeiner Versicherung. In ehemaligen Ställen stehen Segelboote. Postfilialen gibt es sowieso nicht mehr. Briefkästen werden abgehängt. Bei uns ist es ein Riesenaufreger, dass die Post alles abbaut. Raiffeisenbanken und Sparkassen ziehen sich aus Kostengründen aus der Fläche zurück. Schulen werden geschlossen. In der Kirche sitzen überwiegend ältere und alte Menschen, und in den kommunalen Gremien sitzen überwiegend ältere Männer.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das stimmt nicht!)

Wie laufen denn in solchen Kommunen Bürgerversammlungen ab? – Auf den Bürgerversammlungen, die ich kenne, werden einschläfernde Folien gezeigt, und die Bürgermeister halten anschließend stundenlang Monologe.

(Hans Herold (CSU): Bei uns ist es ganz anders!)

Das ist sozusagen der Status quo. Wenn wir den verändern wollen, dann haben wir einiges zu tun.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erstens. Wir brauchen mehr Frauen in den Kommunalparlamenten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Gremien sollten sich auch einmal bemühen, die Gesellschaft abzubilden. Die Hälfte der Gesellschaft sind nun einmal Frauen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Darf der Wähler auch mitentscheiden, oder ordnet ihr das jetzt so an?)

Hier haben die Regierungsparteien einiges nachzuholen, zum Beispiel bei den Aufstellungsversammlungen der Kommunen, die jetzt überall stattfinden. Die GRÜNEN schaffen es, in der kleinsten Gemeinde paritätisch besetzte Listen aufzustellen. Ich weiß nicht, ob ihr wisst, was Parität ist.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Es bedeutet, dass genauso viele Frauen wie Männer aufgestellt werden. Die CSU und die FREIEN WÄHLER sind scheinbar eine reine Männerpartei.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wer wird in den Kommunen mehr gewählt?)

Aber vielleicht haben Frauen auch keine Lust, sich an einer so rückwärtsgewandten Klientelpolitik zu beteiligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Kommunen sollten Räume für Kreativität und Ideen anbieten, generationenübergreifende Treffpunkte. Sie sollten Plätze für Diskussionen im echten Leben und nicht nur im Internet schaffen und nicht das ganze Geld der Kommune Ingenieurbüros geben. Die Menschen vor Ort haben vielleicht auch gute Ideen. Bürgerversammlungen könnten das bieten; denn diese Versammlungen sind eigentlich das Herzstück einer Kommune. Hier sollten Austausch, Mitarbeit und eine offene Diskussion ermöglicht werden.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das schreibt doch das Kommunalrecht vor!)

Eine Kommune ist dann stark, wenn sich auch die Menschen stark fühlen, die in dieser Kommune leben. Ein wichtiger Auftrag für uns als Politiker und Politikerinnen ist: unser Zusammenleben in Respekt und Ehrlichkeit stärken. Dann können wir eines Tages vielleicht wirklich sagen: Starke Kommunen, starkes Bayern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Frühjahr 2020 wird es meiner Meinung nach enorm rumpeln, weil die meisten Menschen diese rückwärtsgewandte Politik satt haben. Sie wollen eine einfallreiche und zukunftsgerichtete Politik. Sie wollen eine zupackende Politik, die Mut macht und von Kompetenz getragen wird. Sie wollen keine Politik, bei der alte Männer bequem auf ihren Stühlen sitzen.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Manfred Ländner das Wort.

Manfred Ländner (CSU): Frau Sengl, ich hoffe, ich darf reden, auch wenn ich schon ein älterer Mann bin.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Immerhin wurde ich im Landkreis Würzburg direkt gewählt. Das Thema der aktuellen Stunde ist für die Opposition durchaus leicht provokant: Starkes Bayern, starke Kommunen! Zuerst wurde ein bisschen dahingeplätschert, aber als ich gehört

habe, Herr Becher und Frau Sengl würden sprechen, wusste ich, dass es jetzt losgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie hier erzählen, liebe Frau Sengl, muss man schon einmal hinterfragen.

(Hans Herold (CSU): Genau!)

Sie haben die Landwirtschaft und die kleinen Höfe angesprochen. Wer macht denn die Landwirtschaft in Bayern kaputt?

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): Wer ist denn in unserer Regierung?)

Wer hat denn den ganzen Tag Kontrollitis? Wer ist denn dafür, dass unsere Landwirte mit immer mehr Vorschriften überzogen werden?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die GRÜNEN!)

Wer ist denn dafür, dass die Düngemittelverordnung und die Regelungen hinsichtlich der Grünstreifen die Arbeit unserer Bauern unmöglich machen?

(Holger Dremel (CSU): Die GRÜNEN!)

Das sind Tatsachen. Wer misstraut denn den Landwirten am meisten? Wer fordert denn die Verstärkung der Kontrollen? – Das sind doch nicht wir von der CSU.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Zigtausend Betriebe sind gestorben! Wer war es denn?)

Herr Becher, Sie haben das Wort Selbstbeweihräucherung genannt. Wir wissen seit vielen Jahren: Wenn die CSU zahlenmäßig vorgibt, was getan wird, dann machen Sie Selbstbeweihräucherung. Das steht Ihnen als Opposition zu. Aber alle Zahlen, die heute genannt wurden, stimmen. Sie fordern Gestaltungsspielräume. Gestaltungsspielräume sind sehr gut. Aber die Gestaltungsspielräume, die Ihnen gefallen, sind nur die, die Ihrer Ideologie entsprechen, bis hin zur Enteignung.

(Hans Herold (CSU): Genau so ist es!)

Für Sie zählt nur die Wahrheit, die Sie sich selbst basteln. Das haut doch nicht hin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE): Von außen!)

– Hoppla! Entweder lasse ich den Kommunen Gestaltungsspielräume oder nicht. Aber wenn ich Gestaltungsspielräume schaffen will und gleichzeitig den Kommunen zig Vorschriften mache, dann sind das keine Gestaltungsspielräume, sondern das ist Gängelung.

Wenn ich gefragt werde, warum Bayern stark ist, dann kommen viele richtige Antworten. Einige sind heute bereits genannt worden. Bayern ist aber auch deshalb stark, weil wir in den Kommunen kompetente Persönlichkeiten haben, die die Geschicke der Orte lenken.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das stimmt!)

Es gibt auch Kommunen, in denen es nicht so ganz passt. Da geht vielleicht einmal etwas schief, da wartet man vielleicht auf eine neue Wahl. Das kann ja alles

sein. Ich möchte auf das genannte Beispiel nicht eingehen, weil ich den Fall nicht kenne.

Lieber Klaus Adelt, nicht vergessen: Wir haben dieses Thema der Aktuellen Stunde nicht wegen der Kommunalwahl gewählt.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): Ach so!)

Passt mal auf, damit ihr seht, um was es wirklich geht. In der momentanen Situation müssen wir Frauen und Männer dafür gewinnen, sich auf unsere Listen setzen zu lassen. Tun wir doch nicht so, als würden so viele Schlange stehen, die kandidieren wollten. Deshalb müssen wir den Kandidatinnen und Kandidaten, den potenziellen Interessenten, sagen: Freunde, wir brauchen die Besten in der Kommune. Wir brauchen euch Local Leaders. Wir brauchen euch, die Verantwortung übernehmen wollen. Macht bitte mit. – Darum gibt es starke Kommunen. Darum fordern wir, dass Kommunen gestaltungsstark werden. Kommunen müssen auch gestaltungsstark bleiben. Es geht nicht darum, Hosianna zu singen. Wir müssen den Kandidaten sagen: Wenn ihr euch am 15. März auf einer Liste zur Verfügung stellt, haben wir danach ein Angebot für euch. Ihr könnt dann in eurer Heimat gestaltend mitwirken. Darum gibt es auch die morgige Anhörung. Es gibt auch Probleme wie Gewalt, Belästigung und Mobbing von Kommunalpolitikern. Wir wollen als Parlament mithelfen, dass es draußen besser wird. Es sollen die Besten aus unseren Dörfern in den kommunalen Parlamenten sein.

Ich möchte jetzt einen Blick in die Zukunft richten. Die Zukunft heißt nicht nur Geld. Sicherlich widerspricht man sich auch gerne. Einerseits fordert man mehr Programme und andererseits hat man zu viele Programme. Auch fordert man, mehr pauschal zu gewähren. Sehr geehrte Damen und Herren, Wertschätzung für unsere Kommunalpolitik heißt, Freiräume zu gewähren, Vertrauen zu haben und vielleicht zu überprüfen, ob der kommunale Finanzausgleich noch stimmt. Vielleicht müssen wir auch die Kommunen an sich betrachten. Das wird vielleicht nicht gerne gehört. Beispielsweise war ich Bürgermeister einer Gemeinde mit fast 5.000 Einwohnern, einer Einheitsgemeinde mit 4.500. Es gab einen Kirchturm, einen Sportverein und eine Feuerwehr.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr, Kollege, die Redezeit.

(Klaus Adelt (SPD): Jetzt wird es interessant!)

Manfred Ländner (CSU): Letzter Satz: Es gibt aber auch Kommunen mit 1.000 Einwohnern, drei Ortsteilen, drei Feuerwehren und drei Kirchtürmen. Dafür ist ein Kanalnetz über mehrere Straßenkilometer notwendig. Auch daran müssen wir denken. Diese müssen wir im kommunalen Finanzausgleich auch berücksichtigen.

Es lohnt sich, die besten Persönlichkeiten Bayerns zu gewinnen. Es lohnt sich, nach der Kommunalwahl ohne Schaum vor dem Mund über die Zukunft der Kommunen nachzudenken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Gäste auf der Tribüne! Die Kommunen – das ist dort, wo die Volksmusik spielt, wo Heimat, Kultur und Bürgerschaft spürbar sind, wo Grundbedürfnisse wie Wohnen, Schlafen, Essen und Trinken noch in einer lebenswerten Form erfüllt werden, also dort, wo es schön ist. So soll es bleiben.

Der Herr Lederer von der CSU hat selbstbewusst das Hohelied über die letzten 70 Jahre CSU in den Kommunen gesungen. Das Lob ist durchaus nicht unberechtigt, möchte ich ausdrücklich betonen. Aber ich singe lieber das Hohelied auf die vielen Bürgermeister, über 2.000, deren Gemeinderäte und deren Mitarbeiter in den Kommunen, die das möglich gemacht haben, was heute ist. Das ist nicht alles schlecht, wie es heute manchmal dargestellt wird.

Aber wenn man mit den Verantwortlichen vor Ort spricht, kommt doch sehr viel zutage, wo es hapert. Die Kommunen werden künftig sehr viel mehr Geld brauchen, als es heute angekündigt worden ist und als sie durch den Finanzausgleich bekommen haben. Sie brauchen nämlich Geld für die Erneuerung ihrer Abwassersysteme, ihrer Wassersysteme, also ihrer Infrastrukturen, die auch ungefähr siebzig Jahre alt und vielleicht noch älter sind. Das kostet sehr viel Geld.

Heute wurde von der Dorferneuerung gesprochen. Ja, die Dorferneuerung ist dringend erforderlich. Wir haben Bestandsprobleme. Leerstände überall geben einen schlechten Eindruck von unseren Schlagadern, die die Kommunen sind, wie wir heute gehört haben. Überalterte Bausubstanz schaut uns entgegen. Der Niedergang des Einzelhandels muss uns allen ganz besonders leidtun. Wir brauchen keinen Fortschritt mehr bei den Supermärkten und großen Einkaufshallen am Rande der Stadt. Wir brauchen Leben in den Kernbereichen der Kommunen. Wir brauchen auch eine Gewährleistung der Pflichtaufgaben. Denken Sie an die Feuerwehren. Die haben alle Personalprobleme.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Raimund Swoboda (fraktionslos): Die Vereine und die Verbände haben die auch. Deshalb brauchen wir für die Kommunen eine "Aktion Zukunft".

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Raimund Swoboda (fraktionslos): Das kann nicht eine Invasion der Windräder sein und auch nicht der Kulturverlust, der einhergeht, oder das verdichtete Bauen, das immer wieder einen Kreislauf der Investition erfordert.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme zum Ende und sage: Der Herr Söder und der Herr Aiwanger haben mit ihrer Regierung begonnen. Sie als CSU hier im Haus, die die Regierung stützen, müssen weitermachen, damit Bayern ein starkes Bayern mit starken Kommunen bleibt.

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner in dieser Debatte erteile ich dem Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! So vieles haben wir gehört: Richtiges, Falsches, Unsinniges. Alles war dabei.

(Heiterkeit bei der CSU)

Eines war gut: Der Herr Adelt hat gesagt, in ihm fließt kommunales Blut, weil er seit 36 Jahren Kommunalpolitiker sei.

(Hans Herold (CSU): Ich auch!)

Der bayerische Finanzminister bringt es leider erst auf 29,8 Jahre.

(Klaus Adelt (SPD): Macht nichts!)

Aber ich habe auch schon ein bisschen kommunales Blut. Also, nicht so schlecht.

Die Kommunen sind die wichtigste staatliche Einheit. Selbstverwaltung der Kommunen heißt auch Selbstverantwortung. Auch das möchte ich sagen. Es soll möglichst viel vor Ort entschieden werden – das haben wir immer wieder gehört –, aber nur dann, wenn es angenehm ist. Wenn es unangenehm ist, soll man es lieber nicht vor Ort entscheiden. Selbst bei dem, was man vor Ort entschieden hat, spricht man dann so, als hätten das die im Landtag oder im Finanzministerium beschlossen. Da gibt es Redner, die behaupten, wir hätten beschlossen, dass irgendjemand Supermärkte auf die grüne Wiese bauen muss oder große Logistikzentren bauen muss. – Das ist alles kommunale Selbstverwaltung. Die Kommunen machen die Bebauungspläne, nicht das bayerische Finanzministerium, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Da gibt es Redner, die sagen: Eigentum verpflichtet. – Der Herr ist von den GRÜNEN, die öffentlich Eigentum infrage stellen; wenn es ihnen nicht passt, enteignen sie schnell mal. Es ist Eigentum, das verpflichtet.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Eigentum, meine Damen und Herren, verpflichtet natürlich auch die Kommunen. Die Kommunen haben viel Eigentum, und sie sind verpflichtet, ihr Eigentum zu unterhalten, Beispiel: kommunale Straßen. Die sind Eigentum der Kommunen. In Bayern geben wir für das Eigentum der Kommunen freiwillig 700 Millionen Euro, Gelder des Freistaats Bayern, zum Bau und Unterhalt der kommunalen Straßen. Bei unseren eigenen Straßen, die wir in Bayern verwalten dürfen, den Staatsstraßen, haben wir Baumittel in Höhe von 350 Millionen Euro. Merken Sie etwas? – Wir nehmen 350 Millionen Euro, den Kommunen geben wir 700 Millionen Euro. Und dann darf ich mir hier anhören, das seien Almosen für die Kommunen. Ach, Herr Becher, ich weiß nicht, wie lange Sie dieses Geschäft noch machen wollen.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE): Wie viele Kilometer Straßen haben wir denn?)

Kinderbetreuung ist in Bayern Pflichtaufgabe der Kommunen. Wer fördert alle Jahre mit Milliardenbeträgen? – Der Freistaat Bayern. Sachaufwandsträgerschaft für Schulen: Verpflichtung der Kommunen. Wer fördert? – Der Freistaat Bayern. Ich kann die Mittel alle nennen. Infrastruktur der Kommunen, alles, was wir gehört haben: Abwasserbereich, Wasserbereich. Wer fördert? – Der Freistaat Bayern. Das sind Pflichtaufgaben der Kommunen, die diese Dinge laut unseren Gesetzen selbst zu gestalten haben. Deswegen möchte ich meinen, dass wir uns darüber nicht zu unterhalten brauchen.

Das geht noch weiter. Wir unterstützen die Kommunen beim kommunalen Finanzausgleich in signifikanter Höhe. Als ich hier im Finanzministerium im Jahr 2013 ankam, waren das 7,8 Milliarden Euro, das Jahr darauf 8,0 Milliarden Euro, dann 8,3 Milliarden Euro, dann 8,56 Milliarden Euro, dann 8,9 Milliarden Euro, dann 9,53 Milliarden Euro. Jetzt sind wir bei 9,97 Milliarden Euro. Nächste Woche sind wir, wenn alles richtig ausgeht, bei über 10 Milliarden Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Und da will mir jemand etwas erklären, der aufgrund seines Alters natürlich gar nicht die Chance hatte, das alles nachzuvollziehen. Das verstehe ich auch.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber bleiben Sie trotzdem wenigstens bei der sachlichen Richtigkeit!

(Johannes Becher (GRÜNE): Ich bin auch schon zwölf Jahre im Stadtrat!)

– Wenn Sie das schon zwölf Jahre lang machen, wundert es mich, dass Sie die Sachlage so umdrehen. – Deswegen, meine Damen und Herren, brauchen wir uns da überhaupt nicht belehren zu lassen, was wir in Bayern zu tun haben. Niemand unterstützt die Kommunen so intensiv, wie der Freistaat Bayern das macht. Die bayerischen Kommunen liegen mit Abstand an der Spitze.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schauen Sie: Die Bundesländer, in denen Sie regieren, haben jetzt auf Bundesebene versucht, möglichst viel Geld für die Entschuldung ihrer Kommunen zu bekommen. Das müssen sie auch, weil zum Beispiel in Ländern wie Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland – –

(Zurufe)

– Jetzt hören Sie mal! Die haben ihre Kredite nicht in den letzten drei Jahren aufgenommen. So ist es auch wieder nicht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Hören Sie halt zu! Ich nenne Ihnen die Höhe der Kassenkredite der bayerischen Kommunen: 1,7 % der Kredite bayerischer Kommunen sind Kassenkredite.

Nordrhein-Westfalen: 43 %, Rheinland-Pfalz: 47 %, Saarland: 53 %! – Meine Damen und Herren, dass man dort von kommunalem Notstand sprechen kann, verstehe ich. Dass man einen solchen in Bayern erklären will, kann niemand verstehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und es hört nicht auf: Zu den 10 Milliarden Euro, die in der nächsten Woche voraussichtlich kommen, kommen ab nächstem Jahr über 800 Millionen Euro erhöhte Gewerbesteuerumlage, die die Kommunen nicht mehr an den Freistaat Bayern zahlen müssen.

Wir fördern in unserem kommunalen Finanzausgleich tatsächlich – das wird immer verwechselt, lieber Alexander Muthmann – viel besser als andere Bundesländer. Wir haben nämlich vier Steuerverbünde in Bayern. Das weißt du als ehemaliger Landrat! Wenn ich die vier Steuerverbünde plus Landesmittel im Finanzausgleich addiere, komme ich locker auf die 25 %, die dauernd angemahnt werden. Das wird durch ständige Falschbehauptung nicht richtiger. Deswegen brauchen wir uns auch bei den Verbundsätzen vor überhaupt niemanden zu verstecken und müssen uns von überhaupt niemandem belehren lassen. Auch hier gilt: Nirgendwo ist man so großzügig wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Staat Bayern hat sich in den letzten Jahren um 5,6 Milliarden Euro entschuldet. Die bayerischen Kommunen haben sich auch signifikant entschuldet. Wir haben sie mit 775 Millionen Euro unterstützt. So viel haben wir in den letzten Jahren an Stabilisierungshilfen und Bedarfszuweisungen gezahlt. Das hat nichts damit zu tun, dass die Kommunen in Oberfranken aktuell so strukturschwach wären, sondern dass die Altschulden, die dort entstanden waren, überhaupt nicht mehr

stemmbar waren. Die Kommunen hätten nie eine Chance gehabt, wieder in die Gänge zu kommen. Deswegen haben wir unsere Kommunen entschuldete: in Oberfranken, in der Oberpfalz und in allen Regierungsbezirken, wo es schwierige kommunale Verhältnisse gab. Da haben wir nicht auf den Bund warten müssen. Das haben alles wir gemacht, und sonst niemand. Da brauchen wir keine Belehrungen.

Das geht noch weiter: Was machen wir alles freiwillig? – Breitbandausbau, beim Mobilfunk unterstützen wir die Kommunen, wir unterstützen Schwimmbäder signifikant. Die Schwimmbäder, die für das Schulschwimmen gebaut sind, haben wir immer unterstützt und immer besser unterstützt. Es geht um Freibäder, die in freiwilliger Verantwortung der Kommunen gebaut wurden. Dafür haben wir jetzt auch noch ein Förderprogramm gemacht. Da ist es doch nur recht und billig, wenn der Finanzminister sagt: Liebe Kommunen, baut doch mal miteinander Freibäder! Diese Last kann nicht eine Kommune für sieben oder acht Kommunen tragen, sondern überlegt euch, zusammen ein gemeinsames Freibad zu bauen! – Dann hat man einen modernen Standort und kann das zusammen schultern.

Ich bin überhaupt der Meinung, dass die Rezepte von morgen kommunale Zusammenarbeit und interkommunale Zusammenarbeit sein müssen. Nicht mehr jede Gemeinde braucht einen Feuerwehrschauchurm. Das kann man doch auch miteinander machen, meine Damen und Herren. Man muss doch nicht immer nur schreien: mehr Geld, mehr Geld, mehr Geld!

(Beifall bei der CSU)

Niemand braucht sich Sorgen zu machen. Wir kommen gut voran. Ich sage Ihnen: Es gibt kein Bundesland, in dem die Infrastruktur vonseiten des Staates so gut unterstützt wird. Sie nannten die RZWas, Herr Adelt. Nirgendwo gibt es dafür mehr Geld als in Bayern. Die Schwimmbäder habe ich genannt. Ich sage noch einmal: Breitbandausbau. Auch das ist ein Thema. Wir sorgen dafür, dass die digitale Schule überhaupt funktioniert. Im Übrigen, für die digitale Schule in Bayern gibt es eine Milliarde Euro in den nächsten Jahren – eine Milliarde Euro! – mit denen wir die Sachaufwandsträger unterstützen. Anstatt zu sagen, Herr Becher, dass wir das tun, kritisieren Sie, dass der Staat nicht die Computer repariert. Ja, wer repariert denn jetzt, wenn in der Schule irgendetwas kaputtgeht?

(Johannes Becher (GRÜNE): Die Lehrer!)

Muss da auch der Staat kommen? – Wenn die Schultafel kaputt ist, wenn die Heizungsanlage nicht funktioniert oder die Fensterscheibe kaputt ist, dann ist der Sachaufwandsträger für den Unterhalt der Schule zuständig.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das ist Wahnsinn, das machen die Lehrer!)

Wir geben eine Milliarde Euro dazu, eine Milliarde für digitale Schulen, das ist doch sensationell.

(Beifall bei der CSU)

Wir machen Städtebauförderung, innen vor außen, Dorferneuerung, innen vor außen. Die Kommune entscheidet nur, wie sie es umsetzen will. Ich weise darauf hin: 910 Millionen Euro für die Städtebauförderung im Doppelhaushalt, 150 Millionen Euro pro Jahr für die Wohnraumförderung, bis 2025 wieder eine Milliarde, Straßenausbaupauschalen. Das muss man sich doch einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das sind Gelder für rein kommunale Aufgaben. Nachdem die Kommunen in den letzten Jahren rund 60 Millionen Euro von ihren Bürgerinnen und Bürgern vereinnahmt haben, geben wir in Zukunft pauschal 150 Millionen Euro an alle Kommunen, und Sie stellen sich hierher und sprechen von Almosen. Irgendwie

weiß ich nicht, warum Sie in zwölf Jahren Kommunalpolitik diese Dinge nicht erfasst haben. Ich bedaure Sie, das sage ich ganz ehrlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE): So viel Wertschätzung!)

Wir geben für den kommunalen Hochbau 550 Millionen Euro aus, eine Rekordsumme. Wir haben die letzten Jahre erlebt, dass trotz höchster Steuereinnahmen der Kommunen wir, der Staat, zusätzlich immer mehr Geld gegeben haben. Deshalb, meine Damen und Herren, ist man nirgendwo in einer glücklicheren Situation, wenn man Bürgermeister oder Landrat ist, als in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLER – Hans Herold (CSU): Bravo! Das stimmt!)

Ja, das ist für unsere Kommunen eine Spitzenleistung.

Gerade habe ich gehört, wie schwer das alles wäre und dass die Menschen nicht in Bayern leben wollen. Frau Sengl, die kommen alle nach Bayern. Alle kommen nach Bayern, weil die bayerische Heimat die schönste Heimat ist.

Am Schluss darf ich noch sagen: In der Vielzahl der Kommunen in Bayern – wir haben 2.056 Gemeinden – besteht die Möglichkeit, dass sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen, dass sie ihre Heimat selbst gestalten, dass sie Kommunalpolitik machen. In Bayern ist Heimat nicht nur Kulisse, sondern aktive Beteiligungsmöglichkeit. So wird das auch bleiben, mit einer guten finanziellen Ausstattung, auch in Zukunft. Die bayerischen Kommunen sind vom Freistaat Bayern bestens unterstützt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Prima! – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Die Aktuelle Stunde ist beendet. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich noch einen kurzen Hinweis, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben seit einer gewissen Zeit eine neue Zeitanzeige; ich habe das Gefühl, nicht alle interpretieren sie richtig.

(Allgemeine Heiterkeit)

Deshalb sage ich noch einmal: Solange die Zeitanzeige weiß ist, ist es in Ordnung. Wenn sie gelb wird, sollte man langsam zum Schluss kommen – das ist dann die letzte Minute –, wenn sie dann rot wird, ist die Redezeit schon überschritten. Wer die Farben nicht erkennen kann, dem sei gesagt: Sobald die Uhr nach oben zählt und nicht nach unten, ist die Zeit abgelaufen.

(Allgemeine Heiterkeit)

So viel als kleinen Hinweis, weil regelmäßig alle die Zeit immer wieder einmal überschreiten. Deshalb scheint mir, das wird noch missinterpretiert. Ich bitte, das in der nächsten Zeit zu beachten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Antrag der Abgeordneten
Tanja Schorer-Dremel (CSU),
Gisela Sengl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER),**

Doris Rauscher (SPD)
Einsetzung einer Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder im Landtag (Kinderkommission) (Drs. 18/3980)

und

Festlegung
der Besetzung und Bestimmung des Vorsitzes sowie des stellvertretenden Vorsitzes der Kinderkommission

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich wie immer an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Als Erster erteile ich das Wort Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, verehrte Gäste! Es ist mir eine Ehre, aber auch eine richtig große Freude, heute zu diesem Antrag zur Einsetzung der dritten Kinderkommission hier im Bayerischen Landtag sprechen zu können. Wenn wir das positiv verbescheiden, wäre dies die dritte Legislaturperiode mit einer Kinderkommission. Bayern war das erste Bundesland, das eine Kinderkommission eingeführt hat. Mittlerweile sind andere Bundesländer auch auf diesem Weg und folgen unserem Beispiel; auch sie richten Kinderschutzkommissionen ein.

Das Alleinstellungsmerkmal der Kinderkommission war, dass alle Fraktionen im Bayerischen Landtag durch einen Vertreter oder eine Vertreterin repräsentiert werden. So wollen wir das auch in Zukunft handhaben. Wir haben uns entschieden, bei den Beschlüssen eine Dreiviertelmehrheit einzuführen; das lässt Raum für Überlegungen und auch für Überzeugungen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in der letzten Legislatur haben wir das aber nicht einmal gebraucht.

Wir tagen öffentlich. Bei unseren Sitzungen sind immer mehrere Personen anwesend: Vertreter von Verbänden, aber auch Schulklassen.

Gemeinsam mit den Kolleginnen Rauscher, Sengl und Schmidt haben wir uns darauf geeinigt, dass wir den Vorsitz der größten Fraktion geben und die zweitgrößte Fraktion, also BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Stellvertreter stellt. Ich kann sagen, in der vergangenen Legislaturperiode hatte ich mit Doris Rauscher eine sehr gute Stellvertreterin. Ich glaube, wir haben uns immer ganz gut einigen können.

Zu unserer Arbeit: Wir waren aktiv, wir haben Gutes auf den Weg gebracht in 33 plus 2 Sitzungen. Einmal im Monat haben wir getagt. Wir haben uns getroffen mit Vertretern von Verbänden, von Jugendämtern, mit Vertretern der Ministerien, Staatsministerinnen und Staatsministern, aber auch mit Kindern und Jugendlichen. Wir haben Dialoge und Fachgespräche in den Sitzungen geführt oder auch begleitet. Wir haben uns sehr gut vernetzt, denn Kinderpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Die GRÜNEN haben in den vergangenen Tagen auf den Wohlwühlcharakter der Sitzungen hingewiesen. Ja, darauf bin ich stolz. In einem positiven Klima gibt es auch positive Ergebnisse.

Als Kinderkommission haben wir auch das Motto "Raus aus München" beherzigt. Wir haben Bereisungen durchgeführt, um direkt in Kontakt mit Menschen zu kommen. Wir haben Vorreitereinrichtungen von Bildung und Erziehung besucht, wir haben uns aber auch mit Fachleuten, mit Fachmännern und Fachfrauen, getroffen. Wir haben über den bayerischen Tellerrand hinausgeschaut, gemeinsam mit der Kinderkommission des Deutschen Bundestages; diese war bei uns in Bayern zu Gast. Wir waren bei den Vereinten Nationen in New York und auch in Genf, und wir haben dadurch nicht nur Anschluss an ein gutes Netzwerk gefunden, sondern wir haben uns im Interesse der Kinder auch ausgetauscht. Wir konnten Anregungen

der Hilfsorganisationen und von anderen Ebenen in unsere Arbeit mit hineinnehmen. Wir konnten aber auch direkt Anregungen geben. Ich glaube, durch Gesprächsforen hier im Haus konnten wir die Kinderthemen und die Kinderrechte voranbringen. Vor allem haben wir durch Broschüren, einen Film und einen Tischfußballkasten auf unsere Arbeit aufmerksam gemacht.

Auch politisch war das sehr erfolgreich. Wir haben das Thema Kinderrechte aufgegriffen. Wir haben die Kinderambulanz und auch die World Childhood Foundation von Königin Silvia bei uns in den Sitzungen gehabt und konnten davon auch etwas in den Ministerien verankern. Es ist ein Leichtes, das alles in unserem Arbeitsbericht vom Juli 2018 nachzulesen. Deshalb spare ich mir, das jetzt alles vorzutragen.

Weil ich aber gerade Herrn Prof. Bausback vor mir sehe, möchte ich anmerken: Er war es, der als Justizminister das Thema Kinderehen aufgegriffen hat, das wir aus New York mitgebracht haben. Er hat es im Bundesrat zu einem guten Erfolg geführt. Zum Thema Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz hatten wir viele Gespräche mit der damaligen Sozialministerin Emilia Müller. Wir konnten viele Kontakte knüpfen und haben Anregungen gegeben. Der Arbeitsbericht, der nun durch die Bund-Länder-Arbeitsgruppe vorgegeben wird, wird uns in der nächsten Kinderkommission auch beschäftigen. An dieser Stelle auch ein großes Dankeschön an Horst Seehofer und Dr. Markus Söder, die dieses Thema im Koalitionsvertrag verankert haben!

Ich möchte mich, um in die Zukunft zu schauen, auch ganz besonders bei unserer Landtagspräsidentin Ilse Aigner bedanken. Sie hat die neue Kinderkommission von Anfang an begleitet und unterstützt und uns einen wunderbaren Status gegeben. Sie ist jetzt leider nicht anwesend, aber ich sage trotzdem: Liebe Ilse, ein herzliches Dankeschön!

Ja, wir wollen weiterhin Impulse bei wichtigen Themen setzen. Wir wollen nicht nur öffentlich, sondern auch hinter den Kulissen wirken, im Dialog mit anderen Abgeordneten, Ministerien, aber auch mit Vereinen und Verbänden. Effektivität bemisst sich nicht in Schlagzeilen, sondern vor allen Dingen in dem, was man erreicht.

Schwerpunkte sollten von meiner Seite her sein: Gesundheit, Palliativ- und Hospizversorgung bei Kindern, frühkindliche Bildung, Umwelt, Kind und Natur, aber auch politische Bildung.

In diesem Sinne – das sage ich ganz ehrlich – freue ich mich auf die Zusammenarbeit. Ich freue mich auf alle, die in der Kommission mitmachen. Ich bin mir sicher, dass Sie erstaunt sein werden, wenn wir unseren jährlichen Arbeitsbericht abgegeben werden, was wir alles schaffen. Ich bitte um Unterstützung dieses Antrags.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei der Frau Kollegin Schorer-Dremel für ihre engagierten Ausführungen. Ich darf den Herrn Kollegen Johannes Becher von den GRÜNEN aufrufen. – Bitte schön, Herr Kollege.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kinderkommission als Gremium, das für die Grundrechte von Kindern einsteht, finde ich eine gute Sache. Ich finde es wichtig, dass der Bayerische Landtag wieder eine Kinderkommission einsetzt.

Meine Erwartung an die Tätigkeit der Kommission ist zum einen – ich habe den Ausführungen gelauscht, ich habe aber auch die Protokolle der letzten Legislatur-

periode gelesen, ein bisschen Vorbereitung muss sein, habe ich mir gedacht –, dass wir eine parteiübergreifende Zusammenarbeit der demokratischen Fraktionen haben. Ich komme von der kommunalen Ebene – es ist gerade schon angeklungen –, in einem Stadtratsgremium ist die parteiübergreifende Zusammenarbeit ohnehin Usus und wichtig.

Ich möchte anknüpfend an die Debatte von letzter Woche hier im Hohen Haus nur ein Schwerpunktthema ansprechen, von dem ich glaube, dass es notwendig ist. Ich möchte die zunehmende Kindeswohlgefährdung bei uns in Bayern ansprechen. Wir haben hier eine nicht zu unterschätzende Zahl von Fällen, seien es körperlicher Missbrauch, sexuelle Gewalt, Vernachlässigung oder subtilere Formen von seelischer Gewalt. Ich glaube, es wäre eine gute Aufgabe für die Kinderkommission, da wirklich einmal ganz genau hinzuschauen und zu überlegen, welche Präventionsmaßnahmen wir bisher haben und wie wirksam sie sind. Eine ganz entscheidende Frage ist, wie man Kinder und Jugendliche, die in dieser Situation sind, möglichst schnell erkennen und wahrnehmen kann. Ich glaube, das ist ganz wichtig, und natürlich ist auch wichtig, wie wir insgesamt die Fallzahlen wieder reduzieren können. Das wäre für mich ein wichtiges Thema in der Kinderkommission.

Ich glaube, ein anderes wichtiges Thema ist der ganze Bereich der Kinderarmut in all ihren Facetten.

Ich erwarte mir eine tiefgründige Arbeit. Dafür gibt es die zahlreichen Sitzungen der Kinderkommission. Das ist ein fleißiges Gremium.

Heute setzen wir nur den Grundstein, indem wir wieder eine Kinderkommission einrichten. Es muss aber auch etwas dabei herauskommen. Es ist ganz entscheidend, dass wir dann einen Output haben, den wir hier im Plenum diskutieren können. Ich fände es gut, wenn die Kinderkommission ein Antragsrecht hätte und eigene Initiativen in den Landtag einbringen könnte. Ich fände es gut, wenn sich die Kinderkommission in den Ausschüssen äußern könnte oder angehört würde, wenn ein Ausschuss ein Thema diskutiert, das für die Kinderrechte relevant ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insofern wünsche ich mir für diese Kommission – da steckt eine Menge Zeit und Arbeit drin –, dass wirklich etwas Substanzielles dabei herauskommt. Das erhoffe und erwarte ich mir.

Staatsminister Füracker hat vorher mein Alter angesprochen. Ich weiß nicht, ob das eine Besonderheit ist. Ich bin aber offenbar der erste Mann in der Kinderkommission. Da wir die Partei der Gleichberechtigung sind, würde ich sagen, es ist höchste Zeit dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN – Heiterkeit der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Politik für die Belange von Kindern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das ist eine wichtige Aufgabe, völlig unabhängig von Geschlechterrollen. Deswegen fände ich es gut, wenn wir irgendwann dazu kämen, dass wir gar nicht mehr groß darüber reden, welches Geschlecht wer hat, sondern dass wir automatisch überall halbe-halbe haben. Das wäre eigentlich am besten.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit, Frau Vorsitzende, als stellvertretender Vorsitzender. Ich hoffe, ich kann an die gute Zusammenarbeit mit Doris Rauscher anknüpfen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bestimmt!)

– Bestimmt. Ich freue mich, dass ich mit dabei sein darf, und begrüße es, dass wir heute die Kinderkommission einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Becher. – Als Nächste darf ich Frau Kollegin Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN aufrufen. Liebe Frau Schmidt, Sie haben das Wort.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wertes Präsidium, Herr Kollege Becher! Dass bisher nur Frauen in der Kinderkommission waren, liegt sicherlich nicht daran, dass wir Männern nicht zutrauen würden, in der Kinderkommission zu sein. Wir Frauen haben uns in diesem begehrten Amt vielleicht besser durchsetzen können.

(Heiterkeit der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Meine Kollegen können ein Lied davon singen.

Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes. Sie haben Anspruch auf Entwicklung zu selbstbestimmungsfähigen und verantwortungsfähigen Persönlichkeiten.

Das steht in der Bayerischen Verfassung. Diesen Anspruch haben wir in der letzten Periode in der Kinderkommission umgesetzt.

Ich verstehe nicht ganz dieses Nachheulen im Nachhinein vonseiten der GRÜNEN, liebe Gisela Sengl. Es ist im Stillen und Ruhigen immer um die Belange der Kinder gegangen. Jeder, der Kinder in seinem Umfeld hat, weiß, wie schnell sich die Ansprüche und Probleme von Altersstufe zu Altersstufe verändern und ganz anders fokussiert und angelegt sind. Was für einen Fünfjährigen der Weltuntergang ist, ist für einen Zehnjährigen nicht mehr so tragisch. Wir haben stets alle Belange offen angesprochen, haben das weitergegeben, und wenn das jemandem als freier Parlamentarierin oder freiem Parlamentarier nicht weitreichend genug war, hätte er jederzeit die Möglichkeit gehabt, selbst einen Antrag zu stellen. Ich möchte hier klarstellen, dass wir stets einbezogen waren.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Genau!)

Wenn im Sozialausschuss Kinderbelange behandelt wurden, war unsere Kommission stets einbezogen und eingeladen. Das möchte ich klipp und klar sagen. Vor allem hat die stellvertretende Vorsitzende damals darauf geachtet, Frau Doris Rauscher. Nachdem sie jetzt Vorsitzende des Sozialausschusses ist, wird sie noch mehr darauf achten. Also keine Angst, Herr Kollege, Sie kommen da wirklich nicht unter die Räder.

(Heiterkeit der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Wir haben folgende Arbeitsschwerpunkte abgedeckt, die genannt wurden: Kinderrechte, Kinderschutz – in jedem Bereich –, Kinder und Bildung, Kinder und Armut, Kindergesundheit, Ernährung, Inklusion, Kinder und Behinderung, Kinder und Medienkompetenz, Kinder von kranken Eltern und – jetzt kommt's für ein neues Mitglied der Kinderkommission – Kinder auf der Flucht. Es ist uns äußerst wichtig, die Niedrigschwelligkeit dieser Kommission beizubehalten, ob am Entdeckertag dieses Landtags oder bei den vielen, vielen Besuchen von Kindern, Schülern und Jugendlichen in der Kinderkommission. Im Einzelgespräch, im Stillen und im Ruhigen, hat man mehr von den Kindern erfahren, mehr Vertrauen fassen können und mehr kleine Veränderungen herbeiführen können, als man es vielleicht mit einer großen Anhörung schaffen würde.

Ja, Frau Ebner-Steiner, Kinder auf der Flucht. – Ich hoffe, die Kinderkommission wird Ihr Herz weiten und Ihnen Lebensschule für die Belange aller Kinder sein. Das sind die einzigen Bedenken, die ich bei der neuen Kinderkommission habe. Wir wollen weiterhin offen bleiben. Mein größter Wunsch ist, dass wir weiterhin vor Ort sind, uns mit kleinsten Kindergärten und Kindern, die alleine geflohen sind, befassen, Empathie zeigen und uns einsetzen. Vor allem geht es darum, die Rechte der Kinder verfassungsfähig zu machen. Das ist unser großer Wunsch. Ich wünsche mir eine großartige Zusammenarbeit. Ich habe es Ihnen bei Ihrer ersten Rede gesagt: Als evangelische Christin ist mir Nächstenliebe bei der Taufe mitgegeben worden. Ich wünsche Ihnen ganz viel Freude.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schmidt. – Als Nächste darf ich Frau Doris Rauscher von der SPD aufrufen. Frau Abgeordnete Rauscher, Sie sind die nächste Rednerin. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was brauchen Kinder, damit sie Kind sein können, was brauchen Jugendliche in Bayern, damit sie gut aufwachsen, damit sie alles finden, was sie für eine gute Entwicklung und ihre Entfaltung brauchen? Welche Entwicklungen gibt es schon, und wo gibt es vielleicht Verbesserungsbedarf? – Diese Fragen sind es, die für die Gesellschaft und uns als Politiker in meinen Augen und in den Augen der gesamten SPD-Landtagsfraktion ganz entscheidend sind und in den Mittelpunkt des Handelns gestellt werden müssen. Jede politische Entscheidung bestimmt das Leben unserer Kinder – die eine mehr, die andere weniger. Deshalb ist es wichtig, genau hinzuschauen, wie es um die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen in unserem Land steht.

Kinder haben Rechte, zum Beispiel das Recht auf Gesundheit, Bildung, auf Familie, Fürsorge, ein sicheres Zuhause, auf Spiel und Freizeit sowie auf freie Meinungsäußerung und Teilhabe. Diese und noch viele weitere Rechte wurden vor fast dreißig Jahren in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben. Trotzdem können nicht alle Kinder ihre Rechte wahrnehmen und eine unbeschwertere Kindheit erleben. Laut AWO-Sozialatlas 2018 sind rund 250.000 Kinder von Armut bedroht oder betroffen. Die Zahl der Kinder mit emotionalen Belastungen nimmt zu. Fast 10 % der Kinder und Jugendlichen in Bayern leiden an einer chronisch verlaufenden psychischen Erkrankung. Eine Depression ist heute auch an Schulen keine Seltenheit mehr. Nicht alle Kinder finden in ihrem Umfeld gute Startchancen und Geborgenheit im Elternhaus vor. Auch bei der gesundheitlichen Vorsorge sieht es nicht überall im Land gleich gut aus. Das gilt beispielsweise für die Suche nach einem Kinderarzt mit freier Kapazität, die Begleitung von Kindern mit seltenen Erkrankungen oder auch die finanzielle Ausstattung von Kinderkrankenhäusern.

In der UNO-Deklaration zum Schutz des Kindes heißt es: Der Mensch schuldet dem Kind das Beste, was er zu geben hat. – Die Kinderkommission des Landtags kann genau dazu einen wertvollen Beitrag leisten, auch wenn unsere Mitglieder nur eingeschränkt handeln können. Die Arbeit der Kinderkommission in der letzten Legislaturperiode hat dazu beigetragen, dass die Kinderrechte und ihre Achtung auf politischer Ebene eine stärkere Rolle gespielt haben. Die Kinderkommission war Sprachrohr und Interessenvertretung von Anliegen, Ideen und Wünschen von Kindern und Jugendlichen, aber auch von Verbänden in unserem Land. In der Kinderkommission wurden Missstände erörtert und Lösungsansätze diskutiert – immer mit Blick auf das Wohl unserer Jüngsten. Eine eigene Kinderkommission ist ein eindeutiges Zeichen dafür, welchen Stellenwert diese Generation in unserer Gesellschaft und im Hohen Haus einnimmt.

Als Familienpolitikerin meiner Fraktion und seit einem Jahr als Vorsitzende des Sozialausschusses unterstütze ich die Wiedereinsetzung dieses Gremiums sehr gerne. Kolleginnen und Kollege, an dieser Stelle sichere ich zu, der Kinderkommission einen hohen Stellenwert in meinem Ausschuss einzuräumen.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und möchte noch erwähnen, dass meine Vertreterin Frau Dr. Simone Strohmayr und der Vizepräsident des Bayerischen Landtags Markus Rinderspacher sein werden.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, verehrte Frau Kollegin Rauscher. – Als nächste Rednerin rufe ich die Vorsitzende der AfD-Fraktion auf, Frau Katrin Ebner-Steiner. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Schmidt, der liebe Gott liebt alle Kinder. Nichts liegt der AfD mehr am Herzen als die Sicherheit, das Wohlergehen und die Zukunft unserer Kinder. Sie sind der Hauptgrund, warum ich als Mutter von vier Kindern überhaupt in die Politik gegangen bin. Deshalb werden wir als AfD die Kinderkommission mit allen Kräften unterstützen und uns konstruktiv in ihre Arbeit einbringen.

Leider ist diese Kommission nötiger denn je. Die Anzahl aktenkundiger Fälle von sexueller Gewalt gegen Kinder ist im vergangenen Jahr weiter gestiegen. Auch die Zahl der Kindeswohlgefährdungen stieg, und zwar um 23 %. Mehr Kinder als je zuvor, etwa 12 %, sind heute in Bayern von Armut bedroht. Die Zahl der Kinder, die von den Tafeln mitversorgt werden müssen, stieg um besorgniserregende 10 %.

Sie alle verschweigen, was die eigentliche Ursache dieser Kinderarmut ist. Es ist die Elternarmut. Kinder sind meistens arm, weil ihre Eltern arm sind. Eltern sind arm, weil sie arbeitslos, im Niedriglohnsektor beschäftigt oder verschuldet sind. Die CSU trägt die katastrophale Wirtschaftspolitik der EU und der Merkel-Demokratie kritiklos mit.

(Beifall bei der AfD)

Sie alle, die Sie der unkontrollierten Islamisierung Tür und Tor geöffnet haben, sind aber noch für etwas anderes mitverantwortlich.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD – Johannes Becher (GRÜNE): Das kann ja noch lustig werden!)

Sie sind mitverantwortlich für die über 20.000 Mädchen und für viele Hunderttausende von Jungen, die heute von Genitalverstümmelung bedroht sind. Sie sind mitverantwortlich für Zehntausende von Zwangsehen und der mittlerweile allgegenwärtigen Zwangsverschleierung – auch wenn Sie das nicht hören wollen. Die Indoktrination von Kindern mit extremistischen Religionsideologien, in denen Andersgläubige zu Tieren, Homosexuelle als abartig und Frauen als zweitrangig erklärt werden, ist auch eine Form von schwerem Kindesmissbrauch.

(Beifall bei der AfD)

Das Gleiche gilt für die radikalisierte Einflussnahme der Gender-Religion auf die natürliche Geschlechtsentwicklung unserer Kinder. Wer Kinder früh sexualisiert und sie noch vor der Pubertät ihrer natürlichen geschlechtlichen Entwicklung be-

raubt, indem man kleinen Jungen Mädchenkleider anzieht oder kleinen Mädchen das Spielen mit Puppen verwehrt, weil das Geschlecht angeblich ein soziales Konstrukt sei, gehört unserer Überzeugung nach nicht auf einen Elternabend, sondern in psychotherapeutische Behandlung.

(Beifall bei der AfD)

Jeder Erwachsene hat das Recht, seine Lebensweise frei zu wählen. Jedes Kind hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das Recht, seinen natürlichen Anlagen gemäß von liebenden und verantwortungsvollen Eltern aufgezogen zu werden, und zwar idealerweise von beiden Elternteilen.

Die Altparteien wollen nun die Kinderrechte ins Grundgesetz aufnehmen. Was gut klingt, ist nichts anderes als die Installation eines weiteren Zugriffsrechts des Staates auf unsere Kinder. Diese werden nämlich schon jetzt in vollem Umfang durch das Grundgesetz geschützt. Das sagen auch Ihre Kollegen im Arbeitskreis der Christlich-Demokratischen Juristen. Diese kommen sogar zu dem Ergebnis, dass die Aufnahme von sogenannten Kinderrechten ins Grundgesetz systemwidrig wäre.

Über all diese Fragen werden wir in der Kinderkommission leidenschaftlich diskutieren. Ich bin mir sicher, dass wir uns wenigstens in einem Punkt alle einig sind: Wir wollen das Allerbeste für unsere Kinder.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin Ebner-Steiner. – Als Nächste hat Frau Julika Sandt von der FDP-Fraktion das Wort. Frau Abgeordnete Sandt, bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich jetzt sagen, wie sehr ich mich auf die Zusammenarbeit freue. Nach dieser Rede fällt mir das jedoch schwer. Ich freue mich aber auf die Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern der demokratischen Fraktionen in der Kinderkommission.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wir können auf jeden Fall stolz auf die Kinderkommission sein; denn der Bayerische Landtag ist der einzige Landtag in Deutschland, der eine Kinderkommission hat. Damals hat die FDP-Fraktion mit dem Koalitionsvertrag 2008 die Kinderkommission ins Leben gerufen. Seitdem hat sich die Kinderkommission sehr erfolgreich für die Belange von Kindern eingesetzt. Wir feiern diesen Monat dreißig Jahre UN-Kinderrechtskonvention. Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Kinderkommission in dieser Legislaturperiode wieder eingeführt wird. Es ist einfach wichtig, dass Kinder eine starke Stimme bekommen.

Ich hätte mir gewünscht – wir als FDP haben einen Vorstoß unternommen –, dass die Kinderkommission ein Antragsrecht bekommt. Das hätte die Kommission gestärkt. Ich hätte mir auch einen rotierenden Vorsitz gewünscht, wie es im Bundestag Usus ist und in Bayern Usus war bis zum Jahr 2013. Vielleicht kann man das später wieder einführen. Dennoch geht es um das Wichtigste, was wir in diesem Land haben: unsere Kinder. Wir tragen den Antrag von ganzem Herzen mit. Hauptsache ist, Bayern bekommt wieder eine Kinderkommission.

(Beifall bei der FDP)

Ich sehe echte Herausforderungen auf uns zukommen. Die Kollegen haben schon gesagt, dass der Schutz von Kindern vor Gewalt ein wichtiges Thema sei. In den

letzten Wochen gab es verschreckende Schlagzeilen darüber. Kinder sind zu Tätern geworden; es ging um den Versand kinderpornografischen Materials, ein Mädchen hat seinen Bruder erstochen. Mit diesen schwierigen Themen müssen wir uns beschäftigen. Zu diesen Themen müssen wir Antworten finden. Wir müssen uns mit Experten zusammensetzen, um Lösungen und Antworten zu finden. Einerseits wollen wir Kinder schützen. Andererseits wollen wir ihnen auch Chancen geben, vor allem durch gezielte individuelle, frühkindliche Förderung und durch mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft.

Herr Hanisch hat heute ein flammendes Plädoyer für das Wahlrecht ab 16 gehalten. Ich habe mich darüber zunächst gewundert und dann gefreut; es ist leider nicht durchgekommen. Kindern können aber auch auf andere Weise, zum Beispiel durch die Stärkung der Jugendparlamente, mehr Mitgestaltungs- bzw. Mitsprachemöglichkeiten gegeben werden. Die Shell Jugendstudie kommt zu dem Ergebnis, dass einige Jugendliche Politik sehr skeptisch sehen. Das liegt vor allen Dingen daran, dass sie sich nicht gefragt und nicht einbezogen fühlen. Sie fordern generell mehr Mitsprache. In diesem Sinne sollten wir Lösungen anbieten.

Die Kinderkommission bietet große Chancen. Sie ist seit 2009 – hoffentlich auch in Zukunft – ein wichtiger Impulsgeber des Bayerischen Landtags. Ich gehe davon aus, dass mindestens fünf Fraktionen gute Impulse setzen werden. Wenn eine Fraktion dabei ist, die immer alles auf Islamfeindlichkeit und ähnliche Dinge reduziert, werden wir damit leben müssen. Wir werden aber auch zeigen, dass wir starke Demokraten sind.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Blenden Sie doch Probleme nicht aus!)

Deshalb freue ich mich im Großen und Ganzen sehr auf die Zusammenarbeit in der Kinderkommission.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Kollegin Sandt, für Ihre Ausführungen. – Frau Abgeordnete Tanja Schorer-Dremel von der CSU-Fraktion hat sich noch einmal gemeldet. Sie hat noch knapp dreieinhalb Minuten Redezeit.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Bei den meisten Rednerinnen und dem Redner in dieser Debatte hat man gemerkt: Wir sind uns, wenn es um die Kinderkommission geht, einig.

Werter Herr Becher, wir haben es über vier Jahre hinweg parteiübergreifend ganz gut hinbekommen.

Werte Kollegin Sandt, in der Kinderkommission der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Vorsitz nicht wechseln lassen, und wir wollen auch diesmal darauf verzichten. Wenn wir das von Ihnen vorgeschlagene Modell anwenden würden, dann hätten wir bei 46 verbleibenden Monaten alle siebeneinhalb Monate einen Wechsel im Vorsitz. Darunter würde die Effektivität leiden. Auch die Kinderkommission braucht eine stringente Führung. Der von einigen beklagte "Wohlfühlcharakter" hatte durchaus einen positiven Effekt: Jeder hat sich wiedergefunden, jeder hat sich eingebracht. Das parteiübergreifende Moment wurde dadurch gestärkt.

Liebe Kollegin Schmidt, Sie haben es richtig auf den Punkt gebracht: Es geht um ein Agieren im Stillen, im Ruhigen, ohne Ideologie, ohne Paukenschläge, aber effektiv. Diesen Weg möchte ich gern fortsetzen. Auch die Niedrigschwelligkeit, die du so betont hast, hat uns zum Erfolg geführt.

Liebe Doris Rauscher, vielen Dank für deine Zusage, uns auch im Sozialausschuss zu hören. Das hat du schon in den letzten Jahren gemeinsam mit Kollegin Gabi Schmidt gemacht. Der stellvertretende Vorsitzende Thomas Huber hat auch schon zugesichert, dass wir in den Ausschüssen verankert werden. Dadurch wird die Effektivität sichergestellt.

Werte Frau Ebner-Steiner, wir haben es uns schon bisher zur Aufgabe gemacht, nichts zu verschweigen, sondern alles, was die Mitglieder und die Mitarbeiter in der Kinderkommission ansprechen wollten, aufzugreifen. Das war es, was den Erfolg ausmachte: offen über Themen zu sprechen, vor allen Dingen Leute einzuladen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, egal wie bequem oder unbequem sie sind.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Öffentlich!)

– Genau, öffentlich. – Deswegen kann ich Sie nur auffordern, mit uns weiterhin diesen Weg zu gehen und verbal abzurufen. Eine Vorgehensweise, die Sie möglicherweise im Blick haben, haben wir nicht nötig. Wir wollen für die Kinder arbeiten. Wir wollen keinen politischen Schlagabtausch. Wir wollen zuhören. Wir wollen lernen. Wir wollen begleiten. Wir wollen aber auch aufgreifen, nachfragen und Erkenntnisse hier verankern. Die Kolleginnen vor mir haben diesen Wunsch schon geäußert.

Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit, werte Kolleginnen und werter Kollege. Seien wir gemeinsam eine starke Stimme für die Kinder! Ich glaube, dass wir das alle sechs schaffen, indem wir in unseren Sitzungen – ich würde gern für Anfang Dezember zur ersten Sitzung einladen – die wichtigen Themen aufgreifen und das in den Vordergrund stellen, was wichtiger ist als Ideologien und Parteibuch: unsere Kinder.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ein zweites Mal herzlichen Dank, Frau Kollegin Schorer-Dremel. – Ich darf zur nächsten Wortmeldung Frau Abgeordnete Tessa Ganserer aufrufen. Bitte schön, Frau Ganserer.

Markus (Tessa) Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss den Äußerungen der Abgeordneten Ebner-Steiner aufs Schärfste widersprechen. An meinem Geschlecht braucht man nicht herumzupsychoopathologisieren. Transpersonen brauchen keine Psychotherapie, sondern endlich Akzeptanz in dieser Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD, der FDP sowie Abgeordneten der CSU)

Homosexualität braucht keine Heilung. Transsexualität braucht ebenso keine Heilung. Jeder Versuch, an der Geschlechtszugehörigkeit, an dem Geschlecht eines Menschen herumzupsychoopathologisieren, ist ein Versuch der Konversionstherapie und muss in Deutschland sofort verboten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Äußerungen der Abgeordneten Ebner-Steiner sind schlichtweg menschenverachtend und transphob. Sie müssen auf das Entschiedenste hier im Hohen Haus kritisiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke für diese Feststellung. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass mit Zustimmung der bisherigen Antragstellerinnen Frau Abgeordnete Julika Sandt, FDP-Fraktion, als zusätzliche Antragstellerin aufgeführt wird.

Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER, die SPD und die FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Die Gegenstimmen bitte ich ebenfalls anzuzeigen. – Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung der AfD-Fraktion. Damit ist der Antrag so beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem soeben gefassten Beschluss besteht die Kinderkommission aus einem Mitglied jeder Fraktion. Jede Fraktion benennt zwei stellvertretende Mitglieder. Jedes Mitglied kann sich nur durch einen von seiner Fraktion benannten Stellvertreter vertreten lassen. Aus der für Sie aufgelegten Mitteilung können Sie die von den Fraktionen vorgeschlagenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder ersehen.

(Siehe Anlage 1)

Den Vorsitz der Kinderkommission stellt nach dem soeben gefassten Beschluss die stärkste Fraktion, den stellvertretenden Vorsitz die zweitstärkste Fraktion des Landtags. Die CSU-Fraktion hat als Vorsitzende Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel vorgeschlagen. Als stellvertretender Vorsitzender wurde vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Johannes Becher benannt. Ich gehe davon aus, dass über diese beiden Vorschläge gemeinsam abgestimmt werden kann. – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Bestellung von Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel zur Vorsitzenden und von Herrn Kollegen Johannes Becher zum stellvertretenden Vorsitzenden der Kinderkommission einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist ein Teil der Fraktion der AfD. Die Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Zwei Stimmenthaltungen bei der AfD-Fraktion. Damit ist so beschlossen.

Ich gratuliere Ihnen, liebe Frau Kollegin Schorer-Dremel und Herr Kollege Becher, zu Ihrer Bestellung. Ich wünsche der neuen Kinderkommission viel Erfolg zum Wohle unserer Kinder. Alles Gute! Auf dass ihr gut zusammenarbeitet!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Der Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich eine Begrüßung tätigen. Ich freue mich außerordentlich, dass wir auf der Ehrentribüne eine Delegation aus Afrika, aus Gossas im Senegal, bei uns haben. Ich möchte namentlich den Präfekten der Präfektur, Herrn Dramé, und den Bürgermeister von Gossas, Herrn Seck, begrüßen. Herzlich willkommen hier im Hohen Hause! Die Stadt Schwabach, eine schöne mittelfränkische Stadt – Frau Weigand, Sie werden mir zustimmen –, hat seit 33 Jahren eine Partnerschaft mit dieser afrikanischen Stadt. Ich freue mich, dass Sie heute mit dieser sehr kompetenten Delegation unser Parlament besuchen. Herzlich willkommen hier!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Von der Abstimmung ausgenommen ist die **Nummer 2** der **Anlage zur Tagesordnung**. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Christian Flisek, Ruth Müller und anderer (SPD), betreffend "Mobilität auch im Alter sicherstellen – Innovative, lokale und niedrighschwellige Mobilitätskonzepte unbürokratisch fördern" auf Drucksache 18/2719, der auf Wunsch der SPD-Fraktion einzeln beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt am Ende der Tagesordnung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Plenk. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Jetzt komme ich zu **Tagesordnungspunkt 4**:

**Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen I:
Anpassung der Lehrpläne und Stundentafeln ([Drs. 18/2726](#))**

und

**Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen II:
Planspiele, schuleigene Konzepte und mehr Material online
([Drs. 18/2727](#))**

und

**Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen III:
Verankerung der Demokratiebildung in der LPO I, Öffnung der Kombinationsmöglichkeiten für Sozialkunde und mehr Fortbildungen ([Drs. 18/2728](#))**

und

**Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Stärkung der politischen Bildung an Bayerns Schulen IV:
Flexibilisierung der Schülermitverantwortung ([Drs. 18/2729](#))**

Die Aussprache zu diesen Anträgen hat bereits in der vorherigen Sitzung am 7. November stattgefunden. Offen ist noch die Abstimmung hierüber.

Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt alle Anträge zur Ablehnung. Auf Wunsch der FDP-Fraktion soll über jeden Antrag einzeln abgestimmt werden.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/2726 betreffend "Anpassung der Lehrpläne und Stundentafeln" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/2727 betreffend "Planspiele, schuleigene Konzepte und mehr Material online" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD und die FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/2728 betreffend "Verankerung der Demokratiebildung in der LPO I, Öffnung der Kombinationsmöglichkeiten für Sozialkunde und mehr Fortbildungen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gleiche Abstimmungsverhalten wie zuvor: GRÜNE, SPD und FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER und die AfD. Stimmenthaltungen? – Die beiden fraktionslosen Abgeordneten und drei Abgeordnete der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 18/2729 betreffend "Flexibilisierung der Schülermitverantwortung" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind erneut die GRÜNEN, die SPD und die FDP. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die AfD. Stimmenthaltungen! – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Das heißt, der Antrag ist abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)
Europäischen Sozialfonds abwickeln - Zentralisierung stoppen!
(Drs. 18/3067)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Verteilung ist wie folgt: für die CSU neun Minuten, für die GRÜNEN sechs Minuten, für die FREIEN WÄHLER fünf Minuten, für die AfD vier Minuten, für die SPD vier Minuten, für die FDP vier Minuten und für die Staatsregierung neun Minuten Redezeit. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können jeweils zwei Minuten sprechen. – Der erste Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege Böhm.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Europäische Sozialfonds ESF ist eines der bedeutendsten Transfervehikel dieser EU; fest in den Verträgen verankert, gewiss. Aber wie wenig visionär sind Sie alle, wenn Sie es nicht einmal in Betracht ziehen wollen, andere Gestaltungsmöglichkeiten zu suchen? Pacta sunt servanda. Doch wenn sich ein Vertrag beständig gegen deutsche Interessen richtet, dann darf man auch darüber nach-

denken, ihn aufzukündigen oder zumindest zum Wohl des deutschen Volkes anzupassen.

(Beifall bei der AfD)

114 Milliarden Euro Fondsvolumen inklusive der Länder-Kofinanzierung im ausgehenden MFR sind genau 76 Milliarden an EU-Transfer zu viel.

(Markus Rinderspacher (SPD): Deutschland ist auf Platz drei!)

Wie lächerlich sind da die kofinanzierten 600 Millionen aus dem ESF in Richtung Bayern, 600 Millionen für Arbeitsmarkt und Qualifikation? – So zumindest recherchiert vom Kollegen Rinderspacher für seine Rede im Ausschuss. Falsch, Herr Kollege Rinderspacher! Mehrere Hunderttausend Euro sind in den letzten Jahren dem Bayerischen Flüchtlingsrat als Teilprojektpartner zugeflossen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Qualifiziert wird dort meist das Geschick, Ausreisepflichtigen beim Abtauchen zu helfen!

(Beifall bei der AfD)

So werden Teile der mageren 0,4 % Transferleistung, die nach Bayern zurückfließen, auch noch gegen die Interessen unseres Freistaates verwandt. Unsere Arbeiter dürfen nicht länger für den von der EU geduldeten Ausverkauf der bayerischen Justiz schuffen. Wir sind einer der kräftigsten EU-Nettozahler und geben das Geld unserer Bürger auf den Altar eines Sozialfonds, der hier kaum Wirkung entfaltet. Das ist für die Volksvertreter, die kulturmarxistisch, die kollektivistisch oder die postkonservativ denken, sicher okay. Aber das, was für Sie EU-freundlich ist, das ist für uns heimatverbundene Politiker zutiefst inländerfeindlich.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden in diesem Hohen Haus noch oft genug über die sozialen Nöte unserer Bürger sprechen müssen, leider. Denn neben der aufziehenden globalen Rezession sind es weite Teile von Ihnen, den Altparteien, die unsere Automobilindustrie mit abstrusem Elektrifizierungswahn in die Knie zwingen wollen, anstatt sich weltweit vor unsere Spitzentechnologie zu stellen. Die vielen Tausend gerade gekündigten Arbeiter bei den Zulieferern bedanken sich bei Ihnen dafür, dass Sie mit warmen Händen den Fonds füttern, der andernorts soziale Entwicklungen stützt.

Wir fordern den Einsatz der Staatsregierung dafür, dass keine Mittel mehr für den ESF bereitgestellt werden und der Fonds mit dem auslaufenden MFR abgewickelt wird, noch existierende Mittel an die zahlenden EU-Staaten zurückgeführt und etwaige Fehlbeträge auf Bundes- und Landeshaushaltsebene ausgeglichen werden.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wo verkaufen wir die Autos denn hin, Herr Kollege?)

– Lieber Kollege, ehrliche Solidarität im eigenen Land ist unser Gegenentwurf zu den zentralistischen Methoden des ESF. Widersetzen Sie sich gemeinsam mit uns der Agitation dieses EU-Apparates! Stimmen Sie diesem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Das Wort hatte der Abgeordnete Martin Böhm. – Ich darf den Kollegen Dr. Martin Huber von der CSU-Fraktion aufrufen. Herr Dr. Martin Huber, bitte schön.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten vor Kurzem die Zeitumstellung; da wurde die Uhr um eine Stunde zurückgedreht. Herr Kollege Böhm, wenn ich mir anhöre, was Sie von sich gegeben haben, dann glaube ich, dass Sie das mit der Zeitumstellung ein bisschen missverstanden haben. Ihnen wäre es wohl lieber gewesen, die Zeit wäre nicht um eine Stunde, sondern um mehrere Jahrzehnte zurückgedreht worden. Sie wollen offenbar die Grundfesten der Europäischen Union und die Lehren, die wir aus der Geschichte gezogen haben, gleich mit abschaffen und zurückdrehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Ihrem Antrag sprechen Sie vom Europäischen Sozialfonds, aber Sie meinen die Europäische Union und die europäische Idee insgesamt. Sehen wir uns zunächst einmal an, was der Europäische Sozialfonds in der Förderperiode von 2014 bis 2020 an Schwerpunkten bietet: Dies sind vor allem die Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und die Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte, die Förderung der sozialen Inklusion und die Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung sowie Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen.

Die Zielgruppen des Sozialfonds waren vor allem benachteiligte Menschen, Langzeitarbeitslose, aber auch Personen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge. All dieses soziale Engagement will die AfD verhindern, ja sogar unterbinden mit der Begründung, der hohe Anteil Deutschlands an allen Ausgaben der EU sei eine solche Zentralisierung der Sozialpolitik, dass sie nicht im Interesse Bayerns liegen könne. Sie liefern damit wieder einmal keine guten und nachvollziehbaren Argumente, aber ich will Ihnen dabei gern ein bisschen helfen. Warum ist die Auflösung des ESF schon rein rechtlich völlig aussichtslos und sinnlos? – Der Europäische Sozialfonds ist im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union geregelt, und würde man ihn abschaffen wollen, müsste man zunächst einmal ein Vertragsänderungsverfahren lostreten, was natürlich völlig ausgeschlossen ist.

Darüber hinaus ist die Auflösung weder politisch noch in der Sache gerechtfertigt. Weder auf der Ebene der Mitgliedstaaten, der EU-Kommission, des EU-Parlaments, des Rates noch in der Bundesregierung oder bei uns in Bayern ist eine Unterstützung für ein solches Unterfangen erkennbar. Der ESF stützt als eines der wichtigsten Investitionsinstrumente die grundlegenden Pfeiler der Europäischen Union, zum Beispiel die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Freiheit der Dienstleistungen, ohne die auch in einer globalisierten Welt wirtschaftliches Handeln, soziale Sicherheit und der Wohlstand der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht denkbar sind.

Der Europäische Sozialfonds ist das wichtigste Instrument der Europäischen Union zur Förderung der Arbeitsmärkte und der Integration in den Arbeitsmarkt. Er bekämpft Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit und ist auch ein wesentlicher Akteur im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Er trägt dazu bei, dass dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt innerhalb der Mitgliedstaaten und der EU ein hoher Stellenwert zukommt. Er fördert eine nachhaltige Politik für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Er vermindert regionale Unterschiede. Er hat also auch für Deutschland nur Vorteile und keine Nachteile.

Dieser Fonds ist gerade kein Instrument einer Transferunion. Er ist gerade kein Instrument der Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialausgaben. Der Fonds ist ein Instrument der Regionalförderung und der Investitionsförderung. Gerade

deshalb ziehen wir als Deutschland und Bayern, also als massive Exportländer, ganz große Vorteile aus den Freiheiten des Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehrs in der Europäischen Union. Die Beiträge zur Finanzierung des ESF werden durch die Aufträge an unsere Unternehmen leicht kompensiert.

Jeder Euro, der in den ESF fließt, zahlt sich durch die Stärkung der Nachfrage in anderen EU-Mitgliedstaaten vielfach wieder aus. Der Fonds wirkt: Eurostat hat im Oktober dieses Jahres bekannt gegeben, dass der Anteil der von Armut bedrohten Personen in der Europäischen Union weiter gesunken ist. Der ESF ist seit über sechzig Jahren ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Kohäsionspolitik. Er ist als solcher unverzichtbar und wird von allen Mitgliedstaaten nachhaltig befürwortet.

Sie zeichnen stattdessen wieder einmal ein Zerrbild Europas. Als deutsche Brexitpartei zeigen Sie wieder einmal, dass Sie mit der europäischen Idee absolut nichts am Hut und den Europäischen Sozialfonds auch nicht verstanden haben. Der Europäische Sozialfonds ist Teil der Römischen Verträge von 1957. Er gehört damit zur Gründungsgeschichte der Idee Europas. Wann erkennen Sie endlich, dass Europa und in diesem Fall der Europäische Sozialfonds für uns in Bayern wichtig und richtig sind? Wann erkennen Sie das Positive?

Der ESF bringt Menschen in Arbeit. Er fördert Menschen bei der beruflichen und sozialen Integration. Der Europäische Sozialfonds investiert auch in die Zukunft Bayerns, wenn es zum Beispiel darum geht, Fachkräfte zu fördern. Dafür sind wir dankbar. Deshalb wollen wir ihn auch beibehalten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben eine Intervention von Herrn Kollegen Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Dr. Huber, zunächst möchte ich feststellen, dass Sie kein Wort über die Zentralisierung gesagt haben. Bekennen Sie sich doch dazu, dass wir nicht weiter in eine fortwährende Zentralisierung laufen sollten. Das betrifft nicht nur Europa, sondern auch Bayern. Wir haben die Tendenz einer immer weiteren Verstärkung und Zentralisierung, auch wenn die offiziellen Programme Ihrer Partei anders lauten.

Zur Zeitumstellung: Was Sie der AfD vorwerfen, ist wirklich abenteuerlich. Die Zeitrückstellung innerhalb der EU ist schon lange vor der Gründung meiner Partei eingeführt worden. Wenn Sie genau hinsehen, war meine Partei die erste, die sich gegen die Zeitumstellung ausgesprochen hat. Was sagen Sie zu dieser Verdrehung der Tatsachen?

Dr. Martin Huber (CSU): Sie beweisen wieder einmal, dass Sie nicht nur vernunftbefreit Politik betreiben, sondern auch spaß- und humorbefreit. Meinen Scherz zur Zeitumstellung haben Sie offensichtlich nicht verstanden. Das sehe ich Ihnen nach.

Wir als CSU machen immer wieder deutlich, wie sehr wir von Europa profitieren und wie sehr wir zu Europa stehen. Wir als CSU weisen immer wieder auf ein Europa der Regionen hin und betonen dessen föderalen Charakter. Das spricht für sich. Was Sie hier fordern, ist keine Bewegung nach vorne. Sie stehen nur dann ganz vorne, wenn es darum geht, nach hinten zu schreiten und den Blick zurückzuwerfen. Sie handeln jedenfalls nicht zukunftsgerichtet für Europa und Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Als Nächsten darf ich Herrn Kollegen Siekmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Europäische Sozialfonds, kurz ESF, hat nichts mit einer Transferunion oder überbordendem Zentralismus zu tun, wie es die AfD gerne darstellt. Mit dem ESF investiert die Europäische Union in das Wertvollste, was wir in Europa haben, in unsere Gesellschaft und in unsere Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bereits mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 wurde der ESF mit dem Ziel geschaffen, Beschäftigungsmöglichkeiten überall in der Gemeinschaft zu fördern. Früh war einer der Schwerpunkte des ESF die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Hier leistet der ESF einen wirklich unschätzbaren wertvollen Beitrag. Mit der Umsetzung der Jugendgarantie und der entsprechenden Beschäftigungsinitiative konnte seit 2014 jährlich rund 3,5 Millionen jungen Menschen in Europa ein Stellen-, Weiterbildungs-, Ausbildungs- oder Praktikumsangebot verschafft werden. Das ist kein Transfer, das ist eine Investition in die Zukunft von Millionen junger Menschen. Deswegen wollen wir diesen Fonds auch fortführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der ESF beruht auf der frühen Erkenntnis, dass in unserem gemeinsamen Markt, unserem Binnenmarkt, auch eine abgestimmte und sich gegenseitig unterstützende Arbeitsmarktpolitik notwendig ist, die vom Menschen aus denkt. Wer wie die AfD leichtfertig die Abwicklung des ESF fordert, ignoriert in bloßem Wahn, wieder einen Baustein der Europäischen Union zertrümmern zu wollen, wirtschaftliche und menschliche Realitäten. Er ignoriert wirtschaftliche Realitäten, weil er nicht erkennt oder nicht erkennen will, dass wir als Teil des europäischen Binnenmarktes und seiner unzähligen Lieferketten auch von der Arbeitsmarktsituation in anderen Mitgliedstaaten abhängig sind. Er ignoriert außerdem menschliche Realitäten, weil er nicht anerkennt, dass sich der ESF um benachteiligte junge Menschen, vor allem um solche ohne Schul- und Berufsabschluss, kümmert sowie um Langzeitarbeitslose, um Frauen, um Erwerbstätige mit geringem Einkommen und um Personen mit Migrationshintergrund, vor allem in schwierigen Lebenslagen. Genau jenen ziehen Sie mit Ihrer Forderung, den ESF abzuwickeln, den Teppich unter den Füßen weg. Das werden wir nicht zulassen. Unser Europa ist ein soziales Europa.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD sowie des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Was der ESF in Bayern leistet, kann ich Ihnen am besten an der Geschichte von Herrn Elmar Rachle aus Schweinfurt erklären. Der examinierte Altenpfleger konnte nach Burn-out, Arbeitslosigkeit und schwerer Krebserkrankung nicht mehr in seinen Beruf zurückkehren. Im Rahmen einer vom ESF geförderten Stelle als Bürgerarbeiter in der Bahnhofsmision Schweinfurt hat er sich den Weg zurück in den Arbeitsmarkt geebnet und arbeitet inzwischen festangestellt bei der Diakonie.

Ich könnte jetzt noch die Geschichten von Carlo Arena, Birgit Burian, Yvonne Mankel oder Miradije Sacipi erzählen. Sie alle haben sich bereit erklärt, ihr Gesicht zur Verfügung zu stellen, um zu demonstrieren, wie wichtig der ESF für den Arbeitsmarkt und für die Menschen hier in Bayern ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hat nichts mit überbordendem Zentralismus zu tun, sondern mit Investitionen in Menschen, unter Berücksichtigung persönlicher und lokaler Gegebenheiten.

Man kann den ESF in seiner letzten Förderperiode zwischen 2007 und 2013 auch ganz nüchtern analysieren. Die EU hat in dieser Phase 75 Milliarden Euro für den Fonds bereitgestellt. Was wurde damit erreicht? – Neun Millionen Arbeitslose, darunter viele Langzeitarbeitslose, haben nach der Teilnahme an einem ESF-Projekt eine Arbeitsstelle gefunden, trotz Wirtschaftskrise im selben Zeitraum, 24.000 Unternehmensgründungen wurden umgesetzt, 104.000 Unternehmensförderungen wurden bewilligt, 25,9 Millionen Menschen haben an beruflichen und schulischen Bildungsprogrammen teilnehmen können und 7,3 Millionen junge Menschen haben an Programmen partizipiert, um einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten, 1,6 Millionen davon haben trotz Wirtschaftskrise einen festen Arbeitsplatz gefunden. – Diese Bilanz kann sich sehen lassen. Genau deshalb wird der ESF auch in Zukunft für ein soziales Europa fortgeführt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eines vorweg: Herr Böhm, wenn Sie Ihre Positionen laut in den Saal hineinschreien, macht es Ihre Anträge weder sinniger noch faktenbasierter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ansonsten kann ich den Kollegen Dr. Huber und Siekmann in vielen Bereichen zustimmen. Die Zahlen bezüglich dessen, was der ESF EU-weit, deutschlandweit und für Bayern erreicht hat, wurden genannt. Der ESF ist seit Jahren ein europäisches Erfolgsmodell, das auch bei uns funktioniert und wirkt.

Mit meinen Zahlen beziehe ich mich auf die abgeschlossene Förderperiode der Jahre 2007 bis 2013 – diese Zahlen liegen bereits vor –: 824 Millionen Euro investierte Gesamtmittel für die Menschen in Bayern, 425.000 Menschen in Bayern, die bei der beruflichen Weiterqualifizierung unterstützt wurden, zusätzlich 340.000 Menschen, die durch Beratungen in ihrer Berufsorientierung unterstützt wurden, drei Viertel aller Teilnehmenden jünger als 25 Jahre, 1.246 Projekte für die soziale Eingliederung von Langzeitarbeitslosen, 12.000 zusätzliche Auszubildende, 514 Projekte für lebenslanges Lernen, 37 Millionen Euro für innovative Lösungen im Arbeitsmarkt, 1.913 Projekte für einen besseren Bildungszugang und die Qualität der Bildung.

Mehr habe ich zum Antrag der AfD nicht zu sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD)
– Klaus Adelt (SPD): Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat Herr Kollege Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen in Bayern haben wahrgenommen, was die AfD heute beantragt hat: Die AfD will den Menschen in Bayern Geld wegnehmen. Die AfD beantragt heute eine großflächige Enteignung bayerisch-europäischer Bürgerinnen und Bürger. Die AfD beantragt heute, dass künftig Gelder in Milliardenhöhe nicht mehr von Brüssel nach Bayern fließen sollen, um hier im Freistaat wertvolle Pro-

jekte und Maßnahmen zu unterstützen, um die Menschen in Bayern in ihrem Alltagsleben zu unterstützen.

Die AfD attackiert den Europäischen Sozialfonds und damit eines der wertvollsten europäischen Unterstützungssysteme für die bayerischen Regionen. Deshalb an dieser Stelle drei Richtigstellungen.

Richtigstellung Nummer eins: Bayern profitiert seit sechs Jahrzehnten vom Europäischen Sozialfonds.

(Beifall bei der SPD)

Im laufenden Förderzeitraum stehen für bayerische Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsprojekte 600 Millionen Euro zur Verfügung, 298 Millionen Euro davon werden aus Mitteln des ESF finanziert. Damit steht Bayern nach Nordrhein-Westfalen im Vergleich der Bundesländer an zweiter Stelle der Profiteure des Europäischen Sozialfonds. Im Übrigen wurden in Bayern in der laufenden Periode alle europäischen Fördermittel des ESF vollständig abgerufen. Das ist ein Beweis für die Attraktivität des Programms.

Richtigstellung Nummer zwei: Es war von einer Zentralisierung die Rede. Herr Fraktionsvorsitzender Prof. Hahn, Sie sollten zuhören, bevor Sie solche Zwischenbemerkungen machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ich höre Ihnen zu!)

Die Förderkriterien für den ESF in Bayern werden verfahrensmäßig nicht nach den Vorgaben der EU-Bürokratie festgelegt, sondern nach bayerischen Gesetzen, die wir hier im Bayerischen Landtag beschließen. Von Zentralismus kann also beim ESF überhaupt keine Rede sein, weil der ESF den Gesetzen folgt, die wir im Bayerischen Landtag beschließen.

(Beifall bei der SPD)

Entweder wissen Sie es nicht, oder Sie haben die Propagandamaschine des Rechtspopulismus angeworfen. Beides ist verwerflich, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Richtigstellung Nummer drei: Mein Vorredner von der AfD hat des Weiteren wahrheitswidrig behauptet, Deutschland sei beim Sozialfonds gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten strukturell benachteiligt. Das Gegenteil ist richtig, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Größere Mitgliedstaaten mit größerer Bevölkerungszahl erhalten höhere Fördermittel aus dem Sozialfonds als kleinere Mitgliedstaaten mit geringerer Bevölkerungszahl.

Was heißt das konkret? – In der aktuellen Förderperiode erhalten von 28 Mitgliedstaaten nur Polen und Italien mehr Gelder als Deutschland. Deutschland liegt auf Augenhöhe mit Portugal und Spanien an dritter Stelle. Und da sagen Sie, Deutschland sei strukturell benachteiligt.

Herr Böhm, auch noch einmal an Sie: Entweder Sie wissen es nicht oder Sie werfen Ihre Fake-News-Maschinerie für Ihre rechtspopulistische Klientel an. Beides hat hier im Bayerischen Landtag in Anträgen nichts verloren.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zum Ende. Der EU-Finanzrahmen für 2021 bis 2027 wird aktuell verhandelt. Damit mit dem ESF weiterhin Beschäftigung gefördert, soziale Inklusion, Armut und Diskriminierung bekämpft sowie in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung auch bei uns in Bayern für Kompetenzen und lebenslanges Lernen investiert werden kann, ist es sinnvoll, den ESF künftig finanziell besser auszustatten. Die Vorschriften zum Abrufen der Mittel des ESF sind zu vereinfachen und flexibler zu gestalten.

Für uns als SPD ist klar: Die Menschen auf unserem Kontinent wünschen sich ein soziales Europa. Der Europäische Sozialfonds ist mit das Wertvollste, was die Europäische Union hat. Das Allerheiligste des menschnahen und bürgerfreundlichen Europas lassen wir uns von den Rechtsaußen-Parteien, die die europäische Demokratie zerstören wollen, nicht kaputtmachen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Herr Kollege Helmut Markwort von der FDP-Fraktion.

Helmut Markwort (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Antrag der AfD in diesem Haus Erfolg hätte, müssten viele bayerische Mitbürger darunter leiden. Sie könnten vom Europäischen Sozialfonds profitieren, wie schon viele seit Jahrzehnten von ihm profitiert haben.

Der Europäische Sozialfonds wurde im Jahr 1957 eingerichtet, um Unterschiede bei Wohlstand und Lebensstandard in den Mitgliedstaaten und Regionen abzubauen, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu fördern sowie Benachteiligungen auszugleichen. Jetzt möchte die AfD, dass dieses Programm im Alter von 62 Jahren in Rente geschickt wird, zu einer Zeit, in der es mehr denn je gebraucht wird.

Im aktuellen Programm 2014 bis 2020 wird eine Vielzahl von Projekten in Bayern aus dem ESF gefördert. Dies sind überwiegend Ausbildungsprogramme samt Stellenvermittlung, vor allem für Jugendliche. Ich zähle auf: Arbeiterwohlfahrt, Diakonie, Handwerkskammern, Jugendwerkstatt Regensburg, evangelische Bildungszentren, Bayerisches Rotes Kreuz, Kommunen und Landkreise, Volkshochschulen, Berufsbildungszentren, Jobcenter und zahlreiche Einzelunternehmen.

In Bayern hat der Europäische Sozialfonds mehr als 400.000 Menschen geholfen. Seine Arbeit ist eine Erfolgsgeschichte und dient dem Zusammenhalt und dem Frieden in Europa.

Die FDP ist die Partei, die sich für Gleichwertigkeit und Gleichbehandlung der Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft sowie für Förderung und Bildung der Jugend einsetzt. Keine andere Partei hat die Ziele Freiheit, Frieden, soziale Sicherheit und Gleichbehandlung in ähnlicher Intensität in ihrem Programm wie die FDP.

(Beifall bei der FDP)

In ihrem Programm für die Europawahl hat sich die FDP für die Fortführung des Sozialfonds ausgesprochen mit der Maßgabe, die Mittel gezielt gegen die Ursachen von Arbeitslosigkeit einzusetzen. Die AfD befindet sich mit ihrem Antrag auf einem Irrweg. Was erfolgreich im Sinne der Menschen ist, sollte man nicht abschaffen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb lehnt die FDP-Fraktion diesen Antrag ab. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Martin Böhm und Fraktion (AfD)

Souveränität der Nationalstaaten erhalten - EU-Mindestlohn verhindern (Drs. 18/3665)

Bevor ich die Aussprache eröffne, teile ich Ihnen mit, dass die AfD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will jetzt etwas leiser sprechen, damit ich den Kollegen Gotthardt nicht aus seinem Plenarschlaf aufwecke.

(Heiterkeit bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Wir sind keine Kollegen!)

Vorhin war ich ja zu laut.

Von der Leyen hat den EU-Mindestlohn fest im Auge, auch um damit ihre missglückte Kommissionsbildung zu übertünchen. Deutlich wurde das in ihrem Werbebrief an die spanische Sozialistin García Pérez. Einen angemessenen Lebensstil will sie mit dem EU-weiten Mindestlohn durchsetzen – so die laienhafte Äußerung der Kommissionspräsidentin. "Angemessen" heißt rumlavieren, der typische Neusprech hoch bezahlter Berater und schwacher Präsidenten.

Angemessen hat auch unser Ministerpräsident am Wochenende in Berlin alle ordnungspolitischen Grundsätze ignoriert, nur um das angepasste "Weiter so!" der links-grün entrückten Koalition zu retten. Anstatt Probleme zu lösen, entwickeln Sie sich zum Steigbügelhalter des Sozialismus.

Dies erklärt auch, warum Ihre Freunde in Thüringen die Linken dem Rechtsstaat vorziehen. Die Gefahr für unsere Industrie, mittels EU-Mindestlohn weitere verlängerte Werkbänke zu verlieren, ist nicht gebannt. Da nützt es wenig, dass CSU-Mann König in der letzten Debatte zu diesem Thema den SPD-Antrag auf EU-Mindestlohn als überflüssig ansah, weil die Europäische Union keine Rechtsetzungskompetenz im Bereich des Arbeitsentgelts hat. "Daran" – so Kollege König in der Sitzung wörtlich – "vermag die Tatsache nichts zu ändern, dass die Koalitionäre auf Bundesebene in ihrer Umnachtung [...] diesen Satz in den Koalitionsvertrag geschrieben haben." Bei dieser Äußerung war der geschätzte Kollege

vermutlich, wenn nicht umnachtet, so doch übernachtigt; denn das trug er hier in diesem Hohen Haus am 05.06. kurz vor Mitternacht vor.

Wir kennen die Inhalte des Koalitionsvertrags genau und haben das irrlichternde Handeln der Schwarzen beleuchtet. Im Koalitionsvertrag steht in den Zeilen 170 bis 172: Es soll ein "Rahmen für Mindestlohnregelungen [...] in den EU-Staaten" geschaffen werden.

Ihnen allen möge die Übelkeit erspart bleiben, die einen beim intensiven Lesen dieses Koalitionspapiers überkommt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die kann man sich bei Ihren Reden ja auch nicht sparen!)

Aber, liebe CSU, Sie waren damals in Berlin eben mit an Bord, haben also die Zeilen zum EU-Mindestlohn definitiv mitabgeseget.

Daheim in Bayern waren Sie dann mutiger. Hier haben Sie bei dem SPD-Schauenfensterantrag für den Mindestlohn in Ausschuss und Plenum gemeinsam mit uns gestimmt. Nur wenige Wochen später haben Sie dann bei dem von uns gestellten Antrag, der einen EU-Mindestlohn verhindern helfen soll, im Ausschuss gemeinsam mit den Roten gegen uns gestimmt – und damit also durch die Hintertüre doch für den EU-Mindestlohn.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Neofaschisten und Neoliberale! Das muss man auch mal sagen!)

– Ich sehe schon, ein kleiner Zwischenruf der Postkommunisten! Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Nur wenige Wochen später stimmen Sie bei diesem von uns gestellten Antrag, der einen EU-Mindestlohn verhindern helfen soll, im Ausschuss gemeinsam mit uns gegen den Antrag. Jetzt erklären Sie Ihren verbliebenen Wählern und mir mal, was Sie eigentlich wollen.

Ich kann es Ihnen sagen. Entweder wollen Sie die Helden des Postkonservatismus werden oder Sie haben danach geschrien, am Nasenring durch die Manege geführt zu werden. Herzlichen Dank dafür und künftig ein etwas konservativeres Händchen bei Ihrem Abstimmungsverhalten! Dass Sie noch ein solches Händchen haben, können Sie uns allen jetzt bei der namentlichen Abstimmung zeigen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie eignen sich nicht als Am-Nasenring-Führer!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Alfred Sauter von der CSU-Fraktion.

Alfred Sauter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da muss man keine großen Pirouetten drehen. Die Geschichte ist klar: Wir haben das am 4. Juli abgelehnt. Es gab in der Zwischenzeit keinen Anlass, um Gegenteiliges zu dem zu konstruieren, was wir damals beschlossen haben. Darum bleibt es dabei: Wir sind gegen den europäischen Mindestlohn. Die Debatte, die hier inszeniert wird, ist völlig überflüssig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diese Debatte braucht es nicht, und weil es sie nicht braucht, hat es auch keinen Sinn, jetzt sonderlich auf das einzugehen, was gesagt worden ist; denn was gesagt worden ist, war sinnlos.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Florian Siekmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den beiden Redebeiträgen gar nicht so viel hinzufügen. Über den "Postkommunismus" würde ich ja fast noch lachen, wenn das hier nicht der Bayerische Landtag wäre. Wir sollten uns ernsthaft damit beschäftigen, dass fast 85 Millionen Menschen in der Europäischen Union von Armut bedroht sind. Liebe AfD-Fraktion, Ihre Anträge helfen dabei natürlich nicht weiter. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Da ist er wieder!)

Ich glaube, ich stehe in diesen zwei Wochen schon zum fünften Mal hier und darf wieder auf irgendwelche Anträge der AfD reagieren.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ist doch schön!)

Wir haben diese Anträge – um das zu Protokoll zu geben – im Ausschuss gegen eine Stimme abgelehnt. Herr Böhm, diese Stimme kam von Ihnen. Alle anderen waren dagegen. Ich glaube, damit ist alles gesagt, was ich sagen musste und wollte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in den Wettbewerb, wer den kürzesten Wortbeitrag zum europäischen Mindestlohn abgibt, heute nicht eintreten.

(Beifall bei der AfD)

Herr Böhm, vielen Dank für die Vorlage, sodass wir als SPD noch einmal deutlich machen können, warum wir – im Übrigen wie die EVP, der Spitzenkandidat der CSU Manfred Weber und wie die designierte Kommissionspräsidentin Frau von der Leyen – für den europäischen Mindestlohn sind.

Es gibt nämlich gute Gründe dafür. Die Spitzenkandidaten der konservativen Parteien, auch die aus Bayern, haben für den europäischen Mindestlohn Wahlkampf gemacht. Wir als SPD haben wenig Verständnis dafür, dass die CSU im Bayerischen Landtag dann mit zwei, drei Worten nonchalant, ohne Begründung und ohne Aussprache sagt: Nee, wir machen es wie die AfD, wir sind dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, so kann man mit diesem wichtigen Thema nicht umgehen.

Erinnern wir uns an den 1. Januar 2015. Wir haben die Mindestlohndebatte schon im vergangenen Jahrzehnt häufig geführt. Auch damals wurden Argumente gegen den Mindestlohn vorgetragen, wenn auch in etwas nonchalanter Art: Die bayerische Industrie würde Not leiden, die Arbeitslosigkeit würde in die Höhe schießen, die sozialen Systeme wären nicht mehr finanzierbar. – Das Gegenteil ist offensichtlich in den letzten Jahren eingetreten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit dem 1. Januar 2015 wurde nach jahrelangem Kampf der SPD und der Gewerkschaften endlich der Mindestlohn in Deutschland eingeführt. Allein in Bayern profitierten davon 550.000 Menschen mit Lohnerhöhungen zu diesem 1. Januar von bis zu 20 %.

Der Mindestlohn kann nun auch auf der europäischen Ebene eine sozialpolitische Erfolgsgeschichte fortschreiben; denn die sozialen Realitäten in Europa sind sehr unterschiedlich, je nachdem, wo man lebt und arbeitet. Es gibt in Europa eine Vielzahl von Beschäftigungsmustern, Löhnen und Gehältern. Einkommen und Sozialsysteme unterscheiden sich nach wie vor sehr stark. Deshalb ist es richtig, wenn Frau von der Leyen dafür eintritt, dass es auch in Europa eine Vereinheitlichung der Mindestlöhne geben sollte. Im Moment gibt es in 22 der 28 EU-Staaten einen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn, der sehr stark variiert. Das Schlusslicht bildet Bulgarien, wo der Mindestlohn im letzten Jahr 261 Euro im Monat betrug. In Westeuropa gibt es Mindestlöhne, die mit über 1.000 Euro monatlich deutlich höher liegen, etwa bei uns in Deutschland.

Als brauchbarer Maßstab zur Vereinheitlichung bietet sich das nationale Lohngefüge an, sodass der Ankerwert eines europäischen Mindestlohns bei 60 % des durchschnittlichen Einkommens liegen könnte. 60 % des Medianeinkommens sind bereits in Slowenien, in Portugal und in Frankreich maßgeblich. Wenn wir dies auf europäischer Ebene beschließen würden, hätte das zur Folge, dass in Deutschland der Mindestlohn auf 12 Euro angehoben würde. Wir als deutsche und bayerische Sozialdemokraten würden das ausdrücklich begrüßen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Mindestlohn hat folgende Vorteile: Die Einführung einer europäischen Mindestlohnnorm ermöglicht das Vorgehen gegen Sozialdumping, Armut und wachsende Ungleichheit; in einer wirtschaftlichen Krisenphase wird ein europäischer Mindestlohn spürbar den Konsum und die Nachfrage antreiben; indem Gewerkschaften ermutigt und auch gezwungen werden, sich mit ihren europäischen Nachbarn im internationalen Zusammenhang über substanzielle Fragen auseinanderzusetzen, könnte perspektivisch ein europäischer Austausch über Arbeitnehmerinteressen stabilisiert werden.

Mindestlöhne verhindern Lohnarmut. Mindestlöhne sorgen vor. Mindestlöhne entlasten den Staatshaushalt; denn es ist Aufgabe der Unternehmen und nicht des Staates, für existenzsichernde Einkommen zu sorgen. Mindestlöhne schaffen fairen Wettbewerb. Mindestlöhne sorgen für Gerechtigkeit. Sie stoppen die Abwärts spirale der Löhne, unter der immer häufiger auch Beschäftigte mit Berufsausbildung oder Studium leiden. Mindestlöhne fördern die Gleichberechtigung, denn sie schützen Frauen, die besonders oft von Niedriglöhnen betroffen sind, vor Lohnarmut und Abhängigkeit. Deshalb: europäischer Mindestlohn jetzt!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Böhm von der AfD gemeldet. Bitte, Herr Böhm.

Martin Böhm (AfD): Hochverehrter Kollege Rinderspacher, unsere Formulierungen sind oft politisch sehr konträr. Trotzdem möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei Ihnen zu bedanken; denn Ihr Vortrag hat gezeigt, dass Sie anders als Ihre Vordredner der bisher Einzige sind, der in der Lage ist, sich zu dem Thema mit uns intellektuell auf Augenhöhe auszutauschen. Danke schön!

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Florian von Brunn (SPD): Er hat sich damit eingeschlossen!)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Böhm, geben Sie mir bitte die Gelegenheit, auf das zu erwidern, was Sie vorhin über die europäischen Werkbänke gesagt haben. Tatsächlich geben sich viele auch hier im Hohen Hause durchaus die Mühe, sich in Ihre Denkmuster intellektuell hineinzubegeben. Sie fordern: Werkbänke in Mittelosteuropa für den Westen seien gut für den europäischen Zusammenhalt und auch gut für die westdeutsche Industrie. In Ihrer Logik müssten Sie eigentlich etwas ganz anderes fordern; denn die Ungleichheit auf dem europäischen Kontinent führt genau zu dem, was Sie hier in jedem Antrag zum Thema machen, nämlich zur Migrationsbewegung.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb müsste es eigentlich auch in Ihrem Interesse sein und Ihrer Denklogik entsprechen – ich begeben mich nur sehr ungern dort hinein –, auch auf dem europäischen Kontinent für mehr Gleichheit zu sorgen. Darüber sollten wir uns tatsächlich einmal ernsthaft auseinandersetzen. Aber dazu, lieber Herr Kollege Böhm, waren Sie bisher leider nicht imstande.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun der Kollege Helmut Markwort von der FDP-Fraktion.

Helmut Markwort (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD ist weder dringlich noch durch irgendwelche Fakten begründet. Er ist Unsinn.

(Beifall bei der FDP)

In der EU gibt es weder eine Richtlinienkompetenz für einen EU-Mindestlohn, noch ist ein solcher in der Diskussion.

(Zuruf von der SPD: Bei der FDP nicht!)

In gleicher Weise könnte auch jemand fordern, dass die Fraktionen für ihre Listen nicht nur Frauen aufstellen sollen. Nichts davon steht zur Debatte,

(Zuruf: Doch!)

weder ein EU-Mindestlohn noch eine hundertprozentige Frauenquote. Solche Anträge ohne Substanz stehlen uns allen die Zeit.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Der Antrag gibt mir aber Gelegenheit, einige Worte zur Europapolitik der FDP zu sagen, damit unsere Position klar ist. Die FDP will die Selbstbestimmung der Länder und Regionen in der EU nicht mehr als notwendig einschränken. Die Festlegung eines Mindestlohns muss den Regierungen überlassen bleiben. Finanz-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind das Hoheitsrecht der Mitgliedstaaten, in das die EU nicht eingreifen soll. Die FDP lehnt deshalb den vorliegenden Antrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Markwort, bitte kehren Sie zum Rednerpult zurück. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Böhm gemeldet. Herr Böhm.

Martin Böhm (AfD): Ich vermute, die Lautstärke meines Vortrags im Hohen Haus war etwas zu piano. Ich habe es vorhin erwähnt: In den Zeilen 170 bis 172 des Koalitionsvertrages – gut, daran sind Sie nicht beteiligt, Ihre Kollegen in Berlin sind kurz vor dem Abschluss aus dem Raum gesprungen – steht die Forderung nach dem EU-Mindestlohn expressis verbis. Dann frage ich schon, warum man das in diesem Hohen Haus nicht thematisieren soll. Das ist ein ganz großes Thema für uns. Wir müssen uns diesem EU-Mindestlohn widersetzen, auch und besonders deshalb, weil die unsägliche Große Koalition in Berlin das in ihrem Koalitionsvertrag in den Zeilen 170 bis 172 so vermerkt hat.

(Beifall bei der AfD)

Helmut Markwort (FDP): Herr Kollege Böhm, den Koalitionsvertrag hat die FDP nicht unterschrieben; deswegen muss ich ihn auch nicht verteidigen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Hätten Sie ihn bloß unterschrieben!)

Ich habe hier ganz klar gesagt, dass die FDP dafür ist, dass die Mitgliedstaaten ihre Mindestlöhne selber regeln.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung. Sie wird in namentlicher Form durchgeführt. Die Urnen werden bereitgestellt. Wir haben fünf Minuten Abstimmungszeit. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 16:58 bis 17:03 Uhr)

Danke schön, die Frist ist abgelaufen. Die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung werde ich später bekannt geben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Verwendung von Reserve-Antibiotika in Bayern (Drs. 18/3370)

(Unruhe)

Vielleicht könnten wir alle ein bisschen ruhiger werden und uns wieder auf die Sitzung konzentrieren?

Bevor ich die Aussprache eröffne, teile ich Ihnen mit, dass die AfD-Fraktion auch hierzu namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die

Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Der erste Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Weltgesundheitsorganisation – WHO – hat eine Liste mit Antibiotika erstellt, und zwar bereits im Jahr 2017. Es handelt sich um die Liste der essenziellen Arzneimittel. Darin gibt es drei Kategorien: erstens die Kategorie Access – das sind Antibiotika, die immer verfügbar sein sollten –, zweitens die Kategorie Watch – das sind Antibiotika, die ein höheres Resistenzpotenzial haben –, drittens die Kategorie Reserve – das sind Antibiotika, die nur als letztes Mittel eingesetzt werden sollen, wenn alle Alternativen leider versagt haben. Nach den Beratungen der CSU-Anträge in der letzten Woche zum Antibiotikaeinsatz fordern wir von der AfD als logische Folge einen Bericht darüber, wie die Reserve-Antibiotika bei Mensch und Tier angewendet werden.

Wir waren hochgradig darüber amüsiert, dass Ihnen von den Regierungsparteien im Ausschuss schon überhaupt kein Argument mehr eingefallen ist, womit Sie den Antrag hätten ablehnen können. Deswegen sind wir auch schon sehr gespannt darauf, was heute kommt. Im Ausschuss musste extra eine Vertreterin des Gesundheitsministeriums ran, die mit scheinheiligen Argumenten, wie dem Eingriff in die Therapiefreiheit des Arztes oder einer zu aufwendigen Erfassung der Daten, Begründungen gegen den Berichtsantrag zu finden versucht hat. Noch amüsiertes waren wir, als die CSU-Fraktion schließlich mit einem ganzen Antragspaket zu multiresistenten Erregern ums Eck kam. Sogar den Nutzen von Homöopathie gegenüber einer Antibiotikatherapie wollen Sie jetzt in einer Studie ergründen. Die entsprechenden Lacher und negativen Kommentare in den Medien dürften auch Ihnen nicht entgangen sein.

Bleiben wir aber sachlich: Reserve-Antibiotika kommen leider häufig zum Einsatz, egal ob in der Tiermast oder im medizinischen Betrieb. Dort werden sie manchmal vielleicht unbedarft und manchmal vielleicht fahrlässig eingesetzt. Dieser Einsatz gefährdet unser aller Gesundheit. Ich verweise beispielsweise auf NDM-1. Neu-Delhi Metallo-Beta-Laktamase ist ein Enzym, das Bakterien gegen eine breite Palette von Beta-Laktam-Antibiotika resistent macht. In einer globalisierten Welt, in der man schnell von A nach B kommt, sind solche Bakterien auch schon bei uns. Zwei Reserve-Antibiotika wirken noch dagegen. Die Betonung liegt auf "noch".

Wenn wir alle diese Reserve-Antibiotika bereits über unser Fleisch aufnehmen und im Falle eines Infektes fahrlässig verschrieben bekommen, dann nehmen wir uns die letzten Waffen im Kampf gegen diese gefährlichen Keime. Deshalb wollen wir wissen, wie der Einsatz in Bayern aussieht. Ja, es wird vermutlich ein wenig aufwendiger sein, das herauszufinden. Aber es geht um ein Thema, bei dem jeder Aufwand gerechtfertigt ist.

Nein, wir wollen nicht in die Therapiefreiheit von Ärzten eingreifen. Wir wollen nur einen Bericht; vielleicht bringt der zutage, dass der Umgang mit den Reserve-Antibiotika schon sensibler geworden ist, als wir vermuten. Vielleicht bringt er zutage, dass wir in Bayern Reserve-Antibiotika rauswerfen wie Bonbons beim Faschingszug. Dann sollten wir verstärkt für Sensibilität werben und etwas dagegen tun. Aber zuvor müssen wir wissen, wie es in Bayern läuft. Deswegen hoffen wir auf diesen Bericht und Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Kollege Manuel Westphal von der CSU-Fraktion.

Manuel Westphal (CSU): Verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Antibiotika sind eine der wirkungsvollsten Waffen im Kampf gegen Infektionen. Damit das auch so bleibt, muss der Antibiotikaeinsatz auf das unbedingt notwendige Maß reduziert werden, um Gefahren von Resistenzen so weit wie möglich zu vermeiden. Das gilt auch für Reserve-Antibiotika, wobei der Begriff durchaus problematisch ist; ich werde später darauf zu sprechen kommen.

Aufgrund der Sachlage, dass Antibiotika ein scharfes Schwert sind und dies auch künftig so bleiben soll, haben wir uns letzte Woche – das ist richtigerweise schon angesprochen worden – in unserem Antragspaket mit dem Antibiotikaeinsatz auseinandergesetzt. Die Stoßrichtung ist klar: Der Kampf gegen Antibiotikaresistenzen muss fortgeführt werden, und zwar im Sinne eines One-Health-Ansatzes. Das heißt, der Kampf muss im Sinne einer Gesamtbetrachtung von Tier- und Humanmedizin, einer fächerübergreifenden Betrachtung, fortgeführt werden. Es gibt bereits unterschiedlichste Ansätze und Aktivitäten, um einen verantwortungsvollen Einsatz von Antibiotika sicherzustellen. Maßnahmen finden sich insbesondere im gemeinsamen bayerischen Aktionsplan gegen Antibiotikaresistenzen, in dem es um Netzwerkarbeit, Hygiene, Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Information und Aufklärung der Bevölkerung und vieles andere mehr geht. Gerade Aufklärung, Information und Sensibilisierung werden in Bayern großgeschrieben. Sie sind von besonderer Bedeutung, wenn wir Antibiotikaresistenzen vermeiden wollen. Hinzu kommen Aktivitäten und Veranstaltungen von Netzwerken wie der Landesarbeitsgemeinschaft gegen Multiresistente Erreger und dem Bayerischen Aktionsbündnis gegen Antibiotikaresistenzen. Ganz aktuell wird nächste Woche ein Leitfaden zur Antibiotikatherapie für niedergelassene Ärzte herausgegeben.

Warum ist der Begriff "Reserve-Antibiotika" aus meiner Sicht problematisch? – Ganz einfach deswegen, weil er nicht allgemeingültig ist und weil er insbesondere nicht gesetzlich definiert ist. Daher ist der Antrag bereits in diesem Punkt nicht eindeutig. Besser wäre es aus meiner Sicht, hier von besonders schützenswerten Wirkstoffgruppen zu sprechen, wie es etwa auch die Weltorganisation für Tiergesundheit macht. Das ist eindeutig definiert und erlaubt eine differenzierte Betrachtung.

Der Antrag ist auch aus weiteren Gründen abzulehnen: Ambulante Behandlungen werden gemäß § 300 des SGB V abgerechnet, also auch die Verordnung von Antibiotika in diesem Bereich. Entsprechende Datenbanken für Reserve-Antibiotika liegen nicht vor. Deswegen kann die Staatsregierung hierauf nicht zurückgreifen. Im stationären Bereich gibt es Aufzeichnungspflichten – das ist richtig –, und zwar gemäß § 23 Absatz 4 des Infektionsschutzgesetzes und § 10 Absatz 1 der Verordnung zur Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen, kurz der Hygieneverordnung. Demnach sind Daten zum Antibiotikaverbrauch aufzuzeichnen, zu bewerten und Schlussfolgerungen für einen sachgerechten Einsatz zu ziehen, aber innerhalb der jeweiligen Einrichtung. Wichtig ist aber auch, dass Gesundheitsämter darauf zugreifen können, Einsicht nehmen können, aber nur, damit festgestellt und geprüft werden kann, ob die Vorgaben in § 10 Absatz 1 bis 3 der Hygieneverordnung eingehalten werden. Es existiert keine Rechtsgrundlage für eine weitergehende Verwendung dieser Daten.

Darüber hinaus ist es so – auch das ist richtig angesprochen, aber nicht ganz richtig verstanden worden –: Es besteht eine Therapiefreiheit des Arztes; das heißt, der Arzt wählt aus, welche Behandlungen er anwendet und welche Mittel er dafür einsetzt. Da kann die Staatsregierung nicht eingreifen. Genau deswegen ist es so

wichtig, dass wir in diesem Bereich Aufklärung und Fort- und Weiterbildung betreiben.

Abschließend noch ein Hinweis: Es wird auch auf die Lebensmittelindustrie abgezielt. Gemeint ist hier wohl die Landwirtschaft. Der Einsatz von Masthilfsstoffen, also von Antibiotika, zur Leistungssteigerung ist bereits seit 2006 europaweit verboten und nur bei therapeutischen Indikationen zugelassen.

Somit können wir abschließend festhalten: Wir werden diesen Antrag derzeit und auch zukünftig ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Martin Böhm und Fraktion (AfD) betreffend "Souveränität der Nationalstaaten erhalten – EU-Mindestlohn verhindern", Drucksache 18/3665, bekannt. – Mit Ja haben 19 gestimmt, mit Nein haben 158 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Nächste Rednerin ist die Kollegin Christina Haubrich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass Antibiotika nicht zielgerichtet eingesetzt werden, ist bekannt. Der Berichtsantrag der AfD geht am lang bekannten Problem vorbei. Ich wiederhole mich an dieser Stelle im Plenum.

Ein Maßnahmenbündel gegen multiresistente Keime ist dringend notwendig. Schon in der letzten Woche haben wir uns hier über multiresistente Keime unterhalten. Antibiotika, die auf eine hundertjährige Erfolgsgeschichte zurückblicken, verlieren immer mehr an Wirksamkeit. Das ist ein massives Problem unserer Zeit, das wir sehr ernst nehmen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Teil der Antibiotikaresistenzen resultiert aus dem falschen Umgang mit Antibiotika. Hierzu gehören die Fehl- und Überversorgung der Menschen mit Antibiotika und natürlich der massive Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung. Aber auch die Verlagerung der Produktionsstätten nach China und nach Indien, wo nicht die hiesigen Sicherheitsstandards herrschen, bringt die große Gefahr mit sich, dass sich die Keime immer weiter ausbreiten. Je öfter Reserve-Antibiotika verwendet werden, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich auch gegen diese Antibiotika Resistenzen entwickeln. Reserve-Antibiotika sollten deshalb nur im Notfall und nur nach sorgfältiger Abwägung eingesetzt werden.

Einen Überblick über die Daten, wie Sie ihn gefordert haben, haben wir allerdings bereits. Das Robert-Koch-Institut hat ein bundesweites System zur Überwachung des Antibiotikaverbrauchs in Krankenhäusern etabliert. Das Institut erfasst auch Daten zu Resistenzentwicklungen. Die Paul-Ehrlich-Gesellschaft erstellt zudem seit 2008 zusammen mit dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit und der Medizinischen Universitätsklinik in Freiburg regelmäßig einen Bericht über den Antibiotikaverbrauch und die Verbreitung von Antibiotikaresistenzen in der Human- und in der Veterinärmedizin in ganz Deutschland.

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit überwacht seit 2001 im Rahmen des Resistenzmonitoring regelmäßig die Antibiotikaempfindlich-

keiten verschiedener Erreger bei Nutz- und bei Haustieren. Wie viele Reserve-Antibiotika verordnet werden, kann man gut den Daten der GKV entnehmen. Wir brauchen also keinen Bericht, sondern einen sofortigen Stopp für Reserve-Antibiotika in der Tierhaltung, die in der Humanmedizin als letztes Mittel zur Behandlung von Menschen reserviert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen ein Maßnahmenpaket. Das bedeutet: erstens, eine Sensibilisierung der Ärztinnen und Ärzte und der Öffentlichkeit; denn es wird immer noch viel zu viel und oft nicht passend zur Diagnose verschrieben. Wir müssen weiterhin Aufklärung betreiben bei Ärztinnen und Ärzten, aber auch bei Patientinnen und Patienten.

Zweitens müssen wir den Fokus auf die Krankenhaushygiene und genügend Fachhygienepersonal legen.

Nicht zuletzt müssen wir den Einsatz von Reserve-Antibiotika insbesondere bei Geflügel auf ein Minimum reduzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier muss auch die Staatsregierung mehr tun, was wir GRÜNE schon mehrfach gefordert haben. Die bisherigen Regelungen im Arzneimittelgesetz reichen nicht aus, um die Bildung resistenter Bakterienstämme durch den Einsatz außerhalb der Humanmedizin zu verhindern.

Daher denke ich, dass es nichts bringen wird, wenn wir noch einmal einen Bericht dazu anfordern; denn jeder kann die vorhandenen Daten einsehen.

Meine Damen und Herren, wir müssen endlich handeln und an der Umsetzung der Maßnahmen arbeiten. Zudem haben wir letzte Woche schon ein ganzes Maßnahmenpaket verabschiedet. Deshalb lehnen wir den Antrag der AfD heute ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin Haubrich. – Es liegt eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung von der AfD-Fraktion vor. Bitte schön, ich erteile Ihnen das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Frau Kollegin Haubrich, es ist schon interessant: Die CSU sieht überhaupt keinen Bedarf für einen Bericht, scheinbar weil es kein Problem gibt oder warum auch immer. Sie als Vertreterin der GRÜNEN sagen jetzt, man wisse schon alles, man müsse hier überhaupt keinen Bericht anfordern, sondern man könne direkt handeln. Können Sie uns bitte noch mal ganz kurz zum Besten geben, welche Maßnahmen Sie auf Basis welcher Studien ergreifen wollen? Welche Studien liegen Ihnen vor, die uns offenbar nicht vorliegen?

Christina Haubrich (GRÜNE): Herr Winhart, ich habe nicht gesagt, dass wir schon alle Daten haben. Wir haben eine ganze Menge an Daten, die wir einsehen können. Ich habe Ihnen gerade alle Maßnahmen, die ich vorschlagen würde, vorgestellt. Ansonsten haben wir letzte Woche einiges beschlossen. Das ist mit Sicherheit noch nicht alles; da werden wir noch einiges zusätzlich beschließen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin Haubrich. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Auswahl von Behandlungsmethoden obliegt im Einzelfall dem jeweiligen behandelnden Arzt im Rahmen seiner Therapiefreiheit. Zur Bekämpfung der Antibiotikaresistenzen ist grundsätzlich ein sachgerechter, das heißt, ein verantwortungsvoller Umgang mit Antibiotika notwendig. Das schließt unter anderem eine enge Indikationsstellung in der Auswahl geeigneter Wirksubstanzen und die Abhängigkeit vom klinischen Krankheitsbild ein. Deshalb beginne ich meine Rede genau mit diesem Satz. Sie unterstellen in Ihren Ausführungen, dass Antibiotika, ich zitiere, wie Bonbons am Faschingszug an Patienten verteilt werden. Meine Damen und Herren, das ist, wenn ich das hier einmal so feststellen darf, eine Schande und ein Schlag mit der Faust ins Gesicht eines jeden anständigen und gut arbeitenden Arztes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege liegen keine Daten der Abrechnungen von öffentlichen Apotheken und von Krankenhausapotheken hinsichtlich ihrer Arzneimittelverordnungen vor. Dies gilt auch für die Anordnungen von Reserve-Antibiotika. Im stationären Bereich besteht für die Leiter von Krankenhäusern und Einrichtungen für ambulantes Operieren nach § 23 Absatz 4 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes und gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung zur Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen die Verpflichtung, Daten zu Art und Umfang des Antibiotikaverbrauchs fortlaufend und in zusammengefasster Form aufzuzeichnen, und zwar natürlich unter Berücksichtigung der lokalen Resistenzsituation. Das ist zu bewerten, und daraus sind sachgerechte Schlussfolgerungen hinsichtlich des Einsatzes von Antibiotika zu ziehen. Die Aufzeichnungen sind nach ihrer Anfertigung zehn Jahre lang aufzubewahren. Dem zuständigen Gesundheitsamt ist auf Verlangen Einsicht in die Aufzeichnungen und Bewertungen und in die Schlussfolgerungen zu gewähren. Für die Veröffentlichung dieser Daten besteht keine Rechtsgrundlage. Dies war bisher auch nicht notwendig.

Meine Damen und Herren, wir sollten auf politischer Ebene ganz klar für gute Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen sorgen. Wir sollten uns nicht herausnehmen, auf fachliche Entscheidungen in der Medizin Einfluss zu nehmen; denn das bekommt in diesem Fall der Medizin nicht gut. Deshalb ist der Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Ruth Waldmann. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Wenn wir von der Staatsregierung Berichte verlangen, dann erwarten wir grundsätzlich, dass sehr sorgfältig gearbeitet wird. Wir erwarten, dass aussagekräftige und verlässliche Quellen und Daten herangezogen werden. Wir wollen schließlich nicht, dass zu einem Thema irgendetwas erzählt wird, sondern dass zu einer klar umrissenen Fragestellung konkrete und zuverlässige Antworten kommen. Deswegen müssen Sie den Einwand schon ernst nehmen, dass Ihre Frage so gestellt ist, dass sie vom Ministerium nicht beantwortet werden kann. Sie vermischen völlig verschiedene Ebenen: die stationären Krankenhäuser, die ambulanten Arztpraxen und den gesamten Bereich der Lebensmittelindustrie.

Als wir über das Thema im Ausschuss für Gesundheit und Pflege gesprochen haben, wurde Ihnen von Vertretern des Ministeriums bereits dargelegt, dass es entweder keine Daten zu diesen Bereichen gibt oder dass die Staatsregierung darauf keinen Zugriff hat. Das gilt zum Beispiel für die Verordnungen in den einzelnen Arztpraxen. Ich darf Sie auch darauf hinweisen, dass wir bereits 2016 auf Antrag der SPD-Fraktion eine gemeinsame Anhörung der Ausschüsse für Gesundheit und Pflege sowie Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Thema Antibiotikaresistenzen hatten. Die Stellungnahmen der hochkarätigen Experten können Sie nachlesen, beispielsweise auf der Homepage des Landtags. Sie können auch im Ausschussbüro nachfragen. Sie müssen sich nur die Mühe machen, das aufmerksam zu lesen. Dann haben Sie sogar den Vorteil, dass Sie nicht nur nackte Daten und Zahlen haben, sondern die wissenschaftlichen und fachlichen Einschätzungen der Experten. Die müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Diese Mühe müssen Sie sich allerdings machen.

Es ist schon gesagt worden: Wir haben weniger ein Erkenntnisproblem als vielmehr ein Problem in der Umsetzung. Hier noch einmal einen Bericht darüber zu fordern, was wir in der Anhörung wirklich gründlich mit allen beteiligten Experten besprochen haben, halten wir nicht für sinnvoll. Lesen Sie sich das doch einfach einmal durch!

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Dr. Dominik Spitzer. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Frau Waldmann, ich möchte bei Ihnen anschließen. Das meiste ist in dieser Richtung schon gesagt worden. Herr Winhart, ich möchte Ihnen einfach aus meiner Sicht noch ein paar zusätzliche Gründe liefern und hoffe, Sie können diese nachvollziehen.

Der Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin und in der Landwirtschaft ist in den letzten Jahren deutlich rückläufig. Niedergelassene Ärzte haben im vergangenen Jahr weniger systematisch wirksame Antibiotika verordnet als noch im Jahr 2010. Das geht aus einer Analyse des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland hervor. Demnach wurden für gesetzlich Versicherte im Jahr 2018 insgesamt 446 Verordnungen pro 1.000 Versicherte ausgestellt. 2010 waren es noch 562. Das ist ein Rückgang von knapp 21 %. Das ist schon eine Bank. Das bedeutet aber auch, dass die Bemühungen, die gestartet wurden, auch erfolgreich sind und in diesem Zusammenhang selbstverständlich fortgesetzt werden müssen.

Auch der Verbrauch von Antibiotika in der Tiermast ist in Deutschland von Mitte 2014 bis Ende 2017 von 298 auf 204 Tonnen im Halbjahr zurückgegangen. Das geht aus einem aktuellen Bericht des Landwirtschaftsministeriums hervor. Es ist klar, dass jedes unnötig verschriebene bzw. verfütterte Antibiotikum die Problematik der Resistenzen anfeuert.

Herr Winhart, Sie hatten die von der WHO geschaffenen Kategorien Access, Watch und Reserve genannt. Hätten Sie aber weitergelesen, wäre Ihnen noch Folgendes zur Kenntnis gelangt: Um den Einsatz von Reserve-Antibiotika überwachen zu können, fordert die WHO nationale und internationale Monitoringprogramme für den Einsatz von solchen Last Ressort Options, also von Reserve-Antibiotika. Solche wären zu begrüßen, nicht aber ein Bericht dazu. Deshalb wäre es besser gewesen, Sie hätten ein Monitoring gefordert und nicht einen Bericht.

In Deutschland erkranken derzeit jährlich 54.500 Menschen an Infektionen durch antibiotikaresistente Erreger. Circa 2.400 Menschen sterben jedes Jahr daran. Dass Reserve-Antibiotika nur im äußersten Notfall genommen werden sollten, liegt nicht nur an der Absicht, Resistenzbildungen zu vermeiden, sondern auch am hohen Nebenwirkungspotenzial. Darüber hinaus ist das Problem bereits erkannt. Das haben Sie in der letzten Woche mitverfolgen können, auch wenn die Beauftragung einer Homöopathie-Studie mehr als überflüssig war.

(Beifall bei der FDP)

Auch auf EU-Ebene sind bereits Maßnahmen geplant. Ab Ende 2020/2021 ist in der gesamten EU der Einsatz von Reserve-Antibiotika in der Landwirtschaft verboten. Ein Monitoring auf diesen Bereich würde entfallen. Kurzum und alles zusammengefasst: Wir können den Antrag der AfD nur ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Es liegt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Andreas Winhart von der AfD-Fraktion vor. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Werter Herr Kollege Dr. Spitzer, vielen herzlichen Dank, dass Sie so wunderbar vorgetragen haben, wie sich die Zahlen beim Einsatz von Antibiotika in Bayern in den letzten Jahren entwickelt haben. Daran sieht man beispielsweise schon, dass es Zahlen gibt. Nun müssen wir nur noch schauen, welche der Antibiotika, die eingesetzt wurden, Reserve-Antibiotika waren, je nachdem, wie man das definieren will, Herr Holetschek; wir haben da verschiedene Möglichkeiten. Aber darauf kommt es nicht an, denn wir wissen, was gemeint ist. Schon hätten wir den Bericht, den wir heute mit unserem Antrag einfordern. Wenn man das dann auch noch dauerhaft machen würde, dann hätten wir so eine Art Monitoring. Wenn wir diese Grundlagen, die Sie vorgetragen haben, also schon haben, dann möchte ich Sie alle bitten, diesen Berichts Antrag zu beschließen.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Spitzer, Sie haben das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Herr Winhart, es ist doch so: Auch ich verordne in meiner Praxis Reserve-Antibiotika. Sie können jetzt einmal hochrechnen, wie viele Hausärzte es gibt und wo Sie diese Daten bei den Hausärzten anfordern wollen. Es ist also ein Riesenaufwand an Bürokratie. Viel sinnvoller wäre es, ein Monitoring auf den Weg zu bringen, als jetzt Unmengen von Daten zu sammeln, die völlig überflüssig sind.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bei den Eingangstüren und am Stenografenpult wieder für Sie bereit. Die Abstimmung dauert wieder fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 17:30 bis 17:35 Uhr)

Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind abgelaufen. Die Abstimmung ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird später bekannt gegeben.

(Unruhe)

Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen, und ich bitte um etwas mehr Ruhe hier im Plenum.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Melderegister für Fehlbildungen bei Neugeborenen (Drs. 18/3700)

Bevor ich die Aussprache eröffne, teile ich Ihnen mit, dass die AfD-Fraktion auch hierzu namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredeszeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

(Unruhe)

Ich bitte erneut um etwas mehr Ruhe hier im Plenum. Erster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Roland Magerl. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Es war spannend zu beobachten, wie vergangene Woche im Gesundheitsausschuss das Bayerische Krebsregister Bilanz zog. Mit großem Tamtam wird hier einem Register gehuldigt, das der Forschung dient und helfen soll, Krebserkrankungen besser zu behandeln. Dass es dazu von fachlicher Seite massive Kritik hagelt, weil ein bestehendes hervorragendes System umgebaut wurde, wurde mal wieder bewusst links liegen gelassen. Im Gegenteil: Es kam gleich noch die Forderung, ob das Register nicht um Depressionen und Demenz erweitert werden könnte.

Da stehen dann noch wir. Fachgesellschaften in ganz Deutschland haben nach den Vorfällen in Nordrhein-Westfalen eindringlich darauf hingewiesen, dass ein Melderegister für Fehlbildungen bei Neugeborenen hilfreich wäre. Ich betone: Fachgesellschaften fordern das, unter anderem der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte. Sogar beim sächsischen Sozialministerium stößt diese Idee auf Zustimmung. Häufungen würden schneller erkannt werden; eine intensivere Forschung wäre möglich; es wäre auch ein Frühwarnsystem, falls zum Beispiel plötzlich Zusammenhänge mit der Einnahme von Medikamenten in der Schwangerschaft erkennbar wären.

Was haben denn Cholera, Diphtherie, akute Virushepatitis, Masern, Mumps, Pest und Windpocken gemeinsam? – Richtig! Es handelt sich um meldepflichtige Krankheiten, und zwar meldepflichtig in einer Liste. – Oh, ein böses Wort!

Wir glauben nach wie vor, dass vieles, was der Forschung in der Medizin dient und vor allem dafür sorgen kann, Schaden vom Menschen abzuwenden, zumindest eine intensive Diskussion wert ist.

(Beifall bei der AfD)

Kurz und knapp: Wir könnten Menschen helfen. Das war Ihnen aber völlig egal. Das Winken im Ausschuss war ein schönes Schauspiel – nein, vielmehr ein Trauerspiel.

Damit nicht genug. Auf Twitter hat uns Matthias Jobst, Mitarbeiter der Kollegin Margit Wild von der SPD, öffentlich die Vorbereitung der nächsten Euthanasiewelle vorgeworfen. Ich zitiere: "Die Nazis im Bayerischen #Landtag wollen schon mal Listen erstellen, damit sies später bei der Euthanasie leichter haben".

(Zurufe von der AfD: Buh! Pfui!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Meine Damen und Herren, Buh-Rufe haben keinen Inhalt, und ich bitte diese deswegen zu unterlassen.

Roland Magerl (AfD): Ganz schön große Worte für so einen kleinen Geist! Meine Damen und Herren, was ist eigentlich bei diesem Nachwuchskommunisten schiefgegangen? – Bei solcher Verbaldiarrhö verwundert es mich nicht, dass auch die Wähler das erkannt haben und diesem Herrn der Einzug in den Bayerischen Landtag mit einem persönlichen Ergebnis von nur 6,8 % verwehrt blieb.

(Beifall bei der AfD)

Mit diesem Beispiel erklärt sich eigentlich von selbst, von wem hier Hass und Hetze gesät werden und wer die Gesellschaft spaltet. Genau solche Zitate sind es doch, die die Bevölkerung wie mit einer Spaltaxt auseinandertreiben. Aber nur weiter so! Der freie Fall einer den GRÜNEN hinterherhechelnden, immer mehr ins linksextreme Lager abdriftenden SPD ist so nicht mehr aufzuhalten.

Auch wird die Tatsache nicht aufzuhalten sein, dass bei solchen Tweets das Interesse der Staatsanwaltschaft vorhanden sein wird.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Roland Magerl (AfD): Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult.

(Beifall bei der AfD)

Es gibt eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Gabi Schmidt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Magerl, ich habe jetzt nirgends erkannt, wo in Ihrer Beschimpfung der Sinn Ihres Melderegisters sein soll. Ich möchte Ihnen eines sagen: Dieses Melderegister ist völlig sinnfrei. Wir haben eine Tochter, die schwerstkrank auf die Welt gekommen ist. Sie werden fachlich verknüpft in ihrem Krankheitsbild.

(Lachen bei der AfD)

– Da brauchen Sie nicht zu lachen. Das war alles, nur nicht lustig. Auf jeden Fall wird in diesem Krankheitsbild verknüpft. Wir brauchen bestimmt keine AfD, um gesundheitliche Unterstützung zu erhalten. Das machen Ärzte, das regeln Ärzte. Die verknüpfen sich. Es gibt auch eine Fachberatung. Schämen Sie sich, ein solches Melderegister einzufordern. Ich hätte in diesen zwei Jahren damals jeden gebraucht, aber Sie bestimmt nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Roland Magerl (AfD): Wenn Sie mir genau zugehört und unseren Antrag durchgelesen hätten, bräuchten Sie nicht ans Mikrofon zu gehen und solche blöden Fragen zu stellen.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sie vielleicht auch nicht!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Abgeordneter Helmut Radlmeier.

Helmut Radlmeier (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag "Melderegister für Fehlbildungen bei Neugeborenen" ist einer von mehreren Anträgen, den die AfD-Fraktion im Rahmen der heutigen Plenarsitzung hochgezogen hat. Das zeugt in unseren Augen mehr von Aktionismus als von wirklicher Sachpolitik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mein Vorredner hat keine Silbe seines Antrags detailliert beschrieben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der besagte Antrag wurde von der AfD-Fraktion als Dringlichkeitsantrag eingebracht. Hintergrund waren drei Kinder, die in Nordrhein-Westfalen mit Missbildungen an den Händen geboren worden sind. In Frankreich gab es über Jahre in einem Bezirk 18 ähnliche Fehlbildungen. Bei knapp 780.000 Neugeborenen im Jahr in Deutschland kommen etwa 400 bis 800 Säuglinge mit unterschiedlichsten Handfehlbildungen zur Welt – so die Deutsche Gesellschaft für Handchirurgie.

Verstehen Sie mich bitte richtig. Jedes einzelne dieser Schicksale ist eines zu viel. Jeder kann sich vorstellen, wie die Familien und die Kinder leiden. Wichtig ist jedoch, dass die Familien bestmöglich versorgt und die Kinder gut behandelt werden. Davon können wir alle miteinander sicherlich ausgehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nicht nur in diesem Bereich haben wir in Bayern eine gute Versorgung für Kinder. Die zuständigen Ministerien in den Ländern befinden sich längst im engen Austausch. Sie haben das Thema nicht übersehen. Die Experten tauschen sich aus. Nach Ansicht der CSU ist dies besser als ein Register, wie es die AfD fordert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das brauchen wir nicht. Bei Arm- und Handfehlbildungen Neugeborener sieht das Gesundheitsministerium von Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren keine offensichtlichen Trends und regionalen Häufungen. Das teilte das Ministerium in Düsseldorf mit. Die Behörde hat alle Geburtskliniken des Bundeslandes nach Fehlbildungen in den Jahren 2017 bis 2019 abgefragt. Laut dem Gesundheitsministerium von Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2017 insgesamt 72, im Jahr 2018 64 und im Jahr 2019 61 Fehlbildungen der oberen Extremitäten bei Neugeborenen gemeldet. Ziel der Abfrage war, einen ersten Überblick zu erhalten, ob ähnliche Fehlbildungen wie in Gelsenkirchen aufgetreten waren. Neben den Daten der Krankenhäuser wurden darüber hinaus auch die Daten der Qualitätssicherung der Ärztekammern eingeholt. Den Angaben zufolge sind vorliegende Rückmeldungen der Krankenhäuser sehr umfassend und detailliert. Gemeldet wurden demnach nicht nur die Handfehlbildungen, sondern auch andere Fehlbildungen der obersten Extremitäten, wie beispielsweise die Vielfingrigkeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch diese Abfrage zeigt: Ein Register mit der erforderlichen Infrastruktur und dem erforderlichen Personal braucht es nicht. Viel wichtiger ist es,

die Versorgung der Kinder mit diesen Handicaps sicherzustellen. Dies passiert bereits.

Ich möchte auf die jüngste Historie eingehen. Fakt ist: Die Staatsregierung mit ihrer Ministerin Melanie Huml steht bereits seit dem 16. September 2019 sowohl mit den Gesundheitsbehörden der Länder als auch mit dem Bundesministerium für Gesundheit hinsichtlich der Handfehlbildungen bei Neugeborenen in Kontakt. Am 17. September 2019 wurde in einer gemeinsamen Telefonschaltkonferenz der Sachverhalt ausführlich besprochen. Man kam überein, zunächst eine Abfrage zu Vorkommen und Anzahl von Neugeborenen mit Handfehlbildungen in den Geburtskliniken der einzelnen Länder durchzuführen. In einer weiteren gemeinsamen Telefonschaltkonferenz Anfang Oktober haben Bund und Länder ein Fachgespräch zum Thema Fehlbildungen bei Neugeborenen vereinbart. In dem Fachgespräch werden die Ergebnisse der von den Ländern in den einzelnen Geburtskliniken vorgenommenen Abfragen ausgetauscht. Man vernetzt sich und setzt sich gemeinsam mit dem Thema auseinander. Auf Basis dieses Fachgesprächs werden Bund und Länder das weitere Vorgehen abstimmen und die Ergebnisse des Fachgesprächs am 6. Dezember präsentieren. Die Ergebnisse sind abzuwarten.

Kolleginnen und Kollegen von der AfD, Sie ziehen das Bayerische Krebsregister als Vorbild heran und setzen noch eins drauf. Lieber Herr Kollege Magerl, wir haben dieses Thema im Ausschuss sehr ausführlich behandelt. Die Kritik, die Sie heute anbringen, hätten Sie auch im Ausschuss vorbringen können. Sie haben sich in der letzten Woche mit keinem Wort in die Diskussion eingebracht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Der Vergleich mit dem Bayerischen Krebsregister hinkt. Ich darf daran erinnern, dass für das Bayerische Krebsregister eine bundesweite Rechtsgrundlage geschaffen worden ist. Die Zuständigkeit liegt dort. Erst danach wurde der Landesgesetzgeber aktiv. Ein großes Thema war auch der Datenschutz. Wie soll dieser gewährleistet werden, wenn die Fallzahlen derart gering sein dürften, wie es zu hoffen ist?

Zum Schluss ist mir eines noch sehr wichtig – es handelt sich um ein sehr sensibles Thema –: Ich muss und will um Sensibilität bitten, gerade hier in Deutschland. Ein Register über Menschen mit Fehlbildungen hat für mich und die CSU auch einen faden, einen schlimmen Beigeschmack. Diskriminierung von Menschen mit Behinderung darf es hierzulande nicht mehr geben. Auch deshalb lehne ich und lehnen wir von der CSU diesen Antrag der AfD entschieden ab.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich zur nächsten Rednerin komme, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Katrin Ebner-Steiner und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Verwendung von Reserve-Antibiotika in Bayern", Drucksache 18/3370, bekannt. Mit Ja haben 18 Abgeordnete, mit Nein 159 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Die nächste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Christina Haubrich. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion möchte ein "Melderegister für Fehlbildungen bei Neugeborenen" – so der offizielle Titel des Antrags – einführen.

Erstens. Die einfache Forderung nach einem Melderegister ist mir zu schwammig. Welche Informationen wollen Sie denn genau sammeln?

Zweitens. Sie begründen die Forderung nach einem Melderegister damit, dass drei Kinder in Nordrhein-Westfalen mit Fehlbildungen an den Händen geboren wurden. Sie vermuten in Ihrer Begründung, dass es sich hier um einen ähnlichen Sachverhalt handeln könnte wie bei den Contergan-Fällen in den Fünfzigerjahren. Damals ging es um 5.000 Fälle. In Bayern gibt es bisher noch keinen einzigen bekannt gewordenen Fall.

Nur zu Ihrer Information: Bereits heute besteht die Möglichkeit der Meldung, nämlich über EUROCAT als der zentralen Meldestelle in der Europäischen Union. Dies ergibt in unseren Augen auch Sinn. Leider sind viele geburtshilfliche Kliniken noch nicht als Mitglied registriert.

Wenn sich solche Fälle häufen, dann muss man genau hinschauen. Forschungen werden nötig sein, zum Beispiel über mögliche Umwelteinflüsse oder über Medikamente, denen die Mütter während der Schwangerschaft ausgesetzt waren. Man muss auch schauen, wohin die Schwangere gereist ist.

Was ich in diesem Antrag noch mehr vermisse – das wird aus meiner Sicht aber das entscheidende Thema sein, wenn wir über ein Melderegister sprechen –: Wie soll der Datenschutz mit Einführung eines Melderegisters gewährleistet werden? Wir haben erst kürzlich erlebt, was passieren kann, wenn der Datenschutz nicht funktioniert. Unser Fazit lautet deshalb: Diesem Antrag fehlt die exakte Definition des Melderegisters, und der Datenschutz ist nicht berücksichtigt.

Ich frage mich, mit welchem Hintergedanken Sie diesen Antrag eigentlich gestellt haben. In Thüringen forderten Ihre Parteikollegen eine statistische Erhebung, wie viele Homosexuelle, Bisexuelle und Transsexuelle im Freistaat leben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Pfui!)

Es gibt für uns GRÜNE klare rote Linien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nichtsdestoweniger: Ihr Antrag ist so oder so hinfällig. Auf Bundesebene laufen bereits Diskussionen zu einem Melderegister. Ich hoffe, dass dabei die von mir genannten Themen Berücksichtigung finden. – Wir lehnen den Antrag der AfD ab.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER die Abgeordnete Susann Enders. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Staatsregierung steht sowohl mit den Gesundheitsbehörden der Länder als auch mit dem Bundesministerium für Gesundheit bereits – – Nein, ich möchte meine sachlich und fachlich fundierten Ausführungen eigentlich gar nicht vortragen. Es widerstrebt mir, auf diesen Antragstext überhaupt einzugehen.

(Unruhe bei der AfD)

Ich weigere mich, über solche Themen, die meines Erachtens einen menschenunwürdigen Beigeschmack haben, hier zu diskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, dass ich hier im Bayerischen Landtag einmal über einen Antrag zur Registrierung von Menschen mit Behinderung reden muss, hätte ich mir nicht träumen lassen,

(Zuruf von der AfD: Unverschämtheit!)

nicht in dieser Zeit, nicht nach dem, was wir erlebt haben. Daher ist es für mich ein seltsamer, unerträglicher Beigeschmack, wenn ich diesen Antragstext lese. Ich will keine Registrierung von Menschen mit Behinderung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP – Das ist nicht nur meine Meinung; das ist auch die Meinung meiner Kollegen von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Dazu stehe ich, und darauf bin ich stolz. – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Pult. Es liegt eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Winhart für die AfD-Fraktion vor. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Frau Enders, ich bin eigentlich sprachlos angesichts dessen, was Sie heute wieder geboten haben. Sie haben einen ähnlichen Vortrag schon einmal im Ausschuss von sich gegeben. Es ist wirklich unerträglich, was Sie hier an Hetze hineinbringen; das sage ich ganz offen und ehrlich.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie unseren Antrag gelesen hätten, dann wüssten Sie: Es geht nicht um eine Registrierung behinderter Menschen. Es geht darum, bei der Säuglingsentwicklung festzustellen, welche exogenen Faktoren vielleicht eine Rolle gespielt haben, um ähnliche Fälle zu verhindern. Da geht es nicht um eine Registrierung. Dass hier der Datenschutz logischerweise gewahrt werden muss, ist doch selbstverständlich. Schämen Sie sich für Ihre Äußerungen! Ich sage das ganz offen und ehrlich.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Alles, was dazu zu sagen war, habe ich bereits gesagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Lachen bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Ruth Waldmann. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Bei der Frage nach dem Nutzen eines solchen Melderegisters geht es zunächst einmal darum, für wen das Melderegister überhaupt angestrebt wird. Ich meine, ein solches Melderegister für Fehlbildungen bringt uns keinen Nutzen, ob es bayernweit oder bundesweit eingerichtet wird. Wenn tatsächlich regional vermehrt Fehlbildungen auftreten, dann muss denen konkret vor Ort nachgegangen werden. Die Ursache

muss gesucht und abgestellt werden. Dafür bringt uns ein Melderegister überhaupt keinen Nutzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist nicht einmal gesagt, dass selbst eine Häufung von Fehlbildungen auf eine gemeinsame Ursache zurückzuführen ist.

Damit komme ich zu dem Hauptproblem, das ich mit diesem Antrag habe, nämlich zu der Definitionsfrage, was eine Fehlbildung eigentlich ist. Jeder hat irgendwelche Abweichungen. Gilt die Abweichung erst dann als Fehlbildung, wenn irgendwo ein Finger fehlt? Mit welcher Begründung machen Sie hier eigentlich einen Unterschied?

Wir leben glücklicherweise in einer Zeit, in der wir uns auf die Normalität des Verschiedenseins geeinigt und das auch in der UN-Behindertenrechtskonvention niedergelegt haben. 70 % der Behinderungen sind übrigens nicht angeboren, sondern werden im Lauf des Lebens erworben, durch Krankheit oder Unfall. Dafür wollen Sie ja auch kein Melderegister einrichten.

Da ich vorhin gefragt habe, wem das Melderegister eigentlich nützen soll, möchte ich jetzt die Sicht der Betroffenen darstellen – ich stütze mich hier auf Aussagen eines Verbandes der Selbsthilfe der Betroffenen –: Für Eltern mag es mehr oder weniger ein Schock sein, wenn ein Kind mit einer Fehlbildung an Hand oder Fuß auf die Welt kommt; das hängt manchmal davon ab, ob sie das vorher schon wussten. Es ist sehr unterschiedlich, wie das wahrgenommen wird. Für den tatsächlich Betroffenen, das Kind, ist es erst einmal kein Schock. Es kennt die Sorgen der Eltern nicht. Ein Kind mit einer Hand- oder Armfehlbildung probiert so lange gut zurechtzukommen, bis es klappt, und hat dazu alle Möglichkeiten, die ihm der eigene Körper bietet. Was es braucht, sind Eltern, die hinter ihm stehen und ihm Mut machen.

(Abgeordneter Andreas Winhart (AfD) begibt sich zum Pult des Präsidenten – Unruhe bei den Abgeordneten Horst Arnold (SPD) und Dr. Simone Strohmayr (SPD) – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist ein Benehmen!)

Wenn den Eltern dafür mehr Klarheit über die Ursache der Fehlbildung hilft, dann profitiert auch das Kind, aber nicht automatisch. Erst später, wenn das Kind sich mit anderen zu vergleichen beginnt, spätestens in der Pubertät, fragen sich die Betroffenen: Warum ich? – Diese Frage ist aber weniger wissenschaftlich motiviert, sondern eher Ausdruck der Auseinandersetzung mit sich selbst, des Ringens darum, den eigenen Körper so anzunehmen, wie er ist. Vor dieser Aufgabe stehen alle Menschen; manchen fällt sie leichter als anderen. Ob die Feststellung einer eindeutigen Ursache der Fehlbildung hier hilfreich wäre, ist immer noch fraglich.

Auch aus anderen Gründen stehen viele Betroffene der aktuellen Debatte über Melderegister sehr distanziert gegenüber. Sie empfinden es als Eingriff in ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Die Forderung nach einem Melderegister ruft oft das Gefühl hervor, auf eine körperliche Abweichung reduziert zu werden. Freiwillig einen Arzt aufzusuchen ist nicht das Gleiche, wie Teil eines verpflichtenden Melderegisters zu sein.

Das Unbehagen hat aus der Sicht der Betroffenen außerdem eine historische Referenz. Vor dem Hintergrund der Verbrechen der Nationalsozialisten möchten sich viele nicht wegen körperlicher Abweichungen zählen lassen; sie möchten nicht gespeichert und möglichen staatlichen Zugriffen ausgesetzt werden. Es hat gute Gründe, dass es in Deutschland seit 1945 keine Register über Menschen mit Behinderung mehr gibt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In dem Antrag ist die Rede davon, dass die Registrierung freiwillig und anonym erfolgen könne. Dann aber stellt sich die Frage: Wie sinnvoll ist das eine und wie wissenschaftlich das andere? – Wenn es um eine wissenschaftliche Perspektive geht, dann braucht man ein vollständiges Register. Die Zusicherung der Anonymität erscheint dann doch sehr fragwürdig.

Übrigens wird in Ihrem Antrag außerdem offengelassen, ob die Meldedaten anonymisiert erhoben werden sollten. Dafür habe ich keinerlei Verständnis.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Pult für eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Winhart für die AfD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Werte Kollegin Waldmann, wir haben vorhin in den Ausführungen von Herrn Magerl die Worte des Mitarbeiters der SPD-Fraktion gehört.

(Horst Arnold (SPD): Er ist kein Mitarbeiter!)

Ich zitiere noch einmal: "Die Nazis im Bayerischen #Landtag wollen schon mal Listen erstellen, damit sie später bei der Euthanasie leichter haben."

Jetzt will ich Sie ganz persönlich fragen – wir kennen uns aus dem Ausschuss und arbeiten dort, glaube ich, einigermaßen konstruktiv zusammen –: Machen Sie sich diese Worte zu eigen?

Ruth Waldmann (SPD): Nein, das ist nicht meine Wortwahl, überhaupt nicht. Ich habe gerade deutlich dargelegt, warum ich Bedenken gegen ein solches Melderegister habe – übrigens auch dann, wenn es auf der Bundesebene diskutiert wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Dr. Dominik Spitzer. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Die Fraktion der AfD fordert in dem uns vorliegenden Antrag die Einführung eines bundesweiten Melderegisters für Fehlbildungen von Neugeborenen, was uns mittlerweile in den Vorreden ausreichend kommuniziert wurde. Dies tun Sie mit der Begründung, dass auf diese Weise Häufungen von Fehlbildungen schneller erkannt und mögliche Ursachen besser erforscht werden könnten. Als Beispiel dient Ihnen der Contergan-Skandal Anfang der 1960er-Jahre, der nach Ihrer Meinung mit einem Melderegister schneller hätte aufgedeckt werden können.

Meiner Meinung nach ist der Contergan-Skandal kein gutes Beispiel. Es gab damals kein Arzneimittelgesetz. Contergan konnte ohne Rezept gekauft werden. Seither haben sich die Zulassungsverfahren für Arzneimittel drastisch geändert und einen sehr hohen Standard erreicht, der die Bürgerinnen und Bürger vor Nebenwirkungen schützen soll. Für die Einrichtung eines Melderegisters gibt es also zum Glück keine zwingende Notwendigkeit.

Ich habe keine medizinischen Vorbehalte gegen ein deutschlandweites Melderegister; nur befürchte ich, dass hier wieder zusätzliche Bürokratie produziert wird,

ohne zu wissen, ob dies zwingend notwendig ist. Wir müssen Bürokratie abbauen, anstatt sie aufzubauen.

Herr Radlmeier erwähnte den Gesprächsprozess der Länder. Egal, welche Entscheidung am Ende dieses Gesprächsprozesses mit den anderen Ländern steht, ist es sehr wichtig, dass die Persönlichkeitsrechte von Menschen mit Behinderung stets gewahrt bleiben. Der Grundsatz der Datensparsamkeit und der Datensouveränität muss hier Beachtung finden.

Darüber hinaus ist die Sensibilität für das Thema Fehl- und Missbildungen so groß, dass, falls es wieder zu einem Medikamentenskandal oder einer auffälligen Häufung kommen sollte, die Eltern, Medien oder behandelnde Ärzte schneller auf die mögliche Einflussquelle einer Fehlbildung stoßen würden, als dies mit Ihrem Melderegister jemals möglich wäre.

Ich würde mir wünschen, dass man, bevor man gleich ein nationales Melderegister aufsetzt, von den Erfahrungen des Fehlbildungsmonitorings in Sachsen-Anhalt lernt. Wir Freien Demokraten können Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Auch hierzu wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Sie kennen das Prozedere. Die Abstimmung dauert fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 18:03 bis 18:08 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Abstimmung ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird später bekannt gegeben. Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Roland Magerl, Richard Graupner u. a. und Fraktion (AfD)
Periodischer Sicherheitsbericht (Drs. 18/3371)**

Bevor ich die Aussprache eröffne, teile ich Ihnen mit, dass seitens der AfD-Fraktion auch hierzu namentliche Abstimmung beantragt wurde. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit beträgt 32 Minuten. Erster Redner ist der Abgeordnete Löw für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag wollen wir mehr Licht ins Dunkel der Kriminalitätsstatistik bringen.

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie ganz kurz. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein. Sollten Sie Gesprächsbedarf haben, können Sie sich gerne draußen im Steinernen Saal besprechen. Aber hier hören wir jetzt dem Kollegen zu. – Herr Löw, Sie haben das Wort.

Stefan Löw (AfD): So lange dauert es nicht mehr.

Mit unserem Antrag wollen wir mehr Dunkel in das Licht der Kriminalitätsstatistik bringen; denn leider zeigt uns die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik nur das Hellfeld der Kriminalität. Bei den klassischen Kontrolldelikten wie der Betäubungsmittelkriminalität heißt das: Nur wo kontrolliert wird, wird auch etwas festgestellt.

Bei der aktuell angespannten Personalsituation der Polizei kann eben nicht mehr so viel kontrolliert werden wie früher. Schon wird weniger festgestellt, und schon sinken die Zahlen in der Statistik. Niedrige Zahlen heißen aber nicht unbedingt, dass Bayern auch sicherer ist.

Die vom Innenministerium geplante Opferbefragung ist zwar ein erster guter Schritt, jedoch sollten wir versuchen, das Bild über die Kriminalität in Bayern zu vervollständigen. Dazu würde ein wissenschaftlich erarbeiteter Sicherheitsbericht einen großen Beitrag leisten.

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, bevor Sie unseren Antrag ablehnen, möchte ich Sie an die Bundestagsdrucksache 19/2000 vom 07.05.2018 erinnern, den "Entwurf eines Gesetzes zur fortlaufenden Untersuchung der Kriminalitätslage und ergänzenden Auswertung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik", der von Ihrer Fraktion eingebracht wurde. Dort fordern Sie selbst die Einführung eines periodischen Sicherheitsberichts. In der dazu erstellten Stellungnahme der Universität Innsbruck wird dies ebenfalls begrüßt.

Meine Damen und Herren von der SPD, Ihnen sollte dieser Antrag auch bekannt vorkommen, denn Sie haben in der letzten Wahlperiode das Gleiche gefordert. Leider konnten Sie damals nur ein einmaliges Erscheinen des Berichts erreichen. Jetzt haben Sie noch mal die Gelegenheit, wenn Sie unserem Antrag zustimmen, auch Ihren Antrag ganz durchzubringen. Also stimmen Sie unserem Antrag zu, denn Bayerns Sicherheit ist es wert!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Holger Dremel für die CSU-Fraktion.

Holger Dremel (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Herr Löw, Sie haben den Eindruck erweckt, ein periodischer Sicherheitsbericht, wie Sie ihn geschildert haben, werde benötigt. Ich sage Ihnen aber: Wir brauchen ihn nicht. Warum brauchen wir ihn nicht? – Wir hatten in den Jahren 2001 und 2006 dieses große Monstrum, das mit viel bürokratischem Aufwand verbunden war. Es war sicherlich aussagekräftig, aber entscheidend ist: Was muss dafür geleistet werden, und reichen andere Instrumentarien nicht vollkommen aus?

Als Polizeibeamter, der dreißig Jahre lang in sämtlichen Funktionen Dienst geleistet hat, habe ich für meine Inspektion auch die Polizeiliche Kriminalstatistik erstellen müssen. Ich muss sagen: Der jährliche Bericht der Polizeilichen Kriminalstatistik, kurz PKS, ist umfassend und aussagekräftig. Er ist für Bayern, aber auch für jede Region, für jede Stadt, für jeden Landkreis und letztlich für jede Inspektion wichtig.

Sie machen uns glauben, wir bräuchten noch ein Instrumentarium. Herr Löw, Sie wissen, dass es ab dem Jahr 2020 alle zwei Jahre eine Dunkelfeldbefragung der Opfer geben wird. Wir werden aus den daraus resultierenden Erkenntnissen unseren Nutzen ziehen.

Meine Damen und Herren, beide Instrumente, sowohl die PKS als auch diese Befragung, sind aus unserer Sicht aussagekräftig und ausreichend. Die CSU-Fraktion lehnt daher Ihren Antrag ab.

Bayern ist sicher! Unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten leisten hervorragende Arbeit! Dafür sagen wir Danke. Ihren Antrag müssen wir ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Dremel. – Die nächste Rednerin ist für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Thema wurde schon viel gesagt. Deshalb mache ich es kurz: Wir GRÜNEN lehnen den Antrag ab und freuen uns auf die Ergebnisse der ersten Dunkelfeldbefragung der Opfer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. – Für die FREIEN WÄHLER spricht Herr Kollege Wolfgang Hauber.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ganz so kurz kann ich es nicht machen. Die AfD-Fraktion fordert einen periodischen Sicherheitsbericht auf Bundesebene. Sie meint, dieser periodische Sicherheitsbericht sollte die Kriminalitätslage in Deutschland in allen Facetten umfassend beleuchten. Zum Zweiten möchte sie aus diesem Sicherheitsbericht ein Exzerpt für den Freistaat Bayern erstellen.

Ein periodischer Sicherheitsbericht befasst sich immer konkret mit einem Schwerpunktthema und gibt keinen umfassenden Überblick über die Kriminalitätslage. Sie fordern also etwas anderes als das, was Sie geschrieben haben.

In Bayern gibt es zwei Statistiken, zum einen die umfassende jährliche Polizeiliche Kriminalstatistik. Diese kann sehr kleinteilig ausgewertet werden. Sie ist das Hauptinstrument für alle, die sich mit Sicherheitspolitik befassen. Zum anderen wird ab dem nächsten Jahr die periodische Dunkelfeldbefragung der Opfer zur Verfügung stehen. Sie erweitert die Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik. Ihr Antrag ist unsinnig und deshalb abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Hauber. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Stefan Schuster.

Stefan Schuster (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der periodische Sicherheitsbericht ist ein wichtiges Instrument der Sicherheitspolitik. Er bietet Daten und Erkenntnisse, die über die normale Kriminalstatistik hinausgehen. Er nimmt nicht nur die geschnappten Täter in den Blick, sondern berichtet auch über die Opfer und die Dunkelziffer. Der periodische Sicherheitsbericht analysiert alle vorhandenen Daten und zeigt uns darüber hinaus auf, welche wichtigen Daten wir noch nicht erheben. Diese wichtige Entscheidungsgrundlage für unsere Sicherheitspolitik wurde durch das Bundesinnenministerium leider schon seit Jahren nicht mehr erstellt. Eine Aktualisierung des Berichts wäre also überfällig.

Die Frage lautet: Wie regelmäßig soll ein solcher Bericht abgegeben werden, um einen tatsächlichen Erkenntnisgewinn über die Daten der Kriminalstatistik hinaus

zu erreichen? Die CSU hat im Innenausschuss und hier in der Plenardebatte gesagt, der bürokratische Aufwand sei zu groß. Da stimme ich teilweise mit Ihnen überein. Der bürokratische Aufwand ist groß. Nichtsdestoweniger ist es Zeit, dass ein erneuter periodischer Sicherheitsbericht erscheint. Wir von der SPD sind der größte Verfechter dieses Sicherheitsberichts. Der periodische Sicherheitsbericht wurde im Jahr 1998 unter der Regierung von Gerhard Schröder eingeführt. Der im Jahr 2016 im Innenausschuss des Bayerischen Landtags gegebene Bericht geht auf einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion zurück.

Ebenso ist es der SPD anzurechnen, dass im Koalitionsvertrag der Großen Koalition festgeschrieben wurde, dass der periodische Sicherheitsbericht zeitnah aktualisiert wird. Jetzt können wir uns natürlich darüber streiten, was "zeitnah" bedeutet. Innenminister Seehofer hat darüber wahrscheinlich eine andere Meinung als wir von der SPD-Fraktion. Nichtsdestoweniger vertrauen wir dem Bundesinnenminister, dass er sich an den Koalitionsvertrag hält. Der Antrag der AfD ist daher überflüssig. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Schuster. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Alexander Muthmann.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ist eigentlich seit der Beratung des Kommunal- und Innenausschusses an sachlichen Inhalten und Argumentationen hinzugekommen? – Ich habe nichts gehört. Möglicherweise ist den Antragstellern seither klar geworden, dass es ab dem nächsten Jahr eine Dunkelfeldbefragung der Opfer geben wird und somit ergänzende Informationen zur Verfügung stehen.

Es wurde bereits im Ausschuss darauf hingewiesen, dass die Kriminalitätslage, insbesondere in Bayern, gut ist. Deshalb sollten wir nicht unnötig in die Kriminalitätsverwaltung, sondern in die Kriminalitätsbekämpfung investieren. Das gilt sowohl für die finanziellen als auch die personellen Ressourcen.

Mit umfangreichen Untersuchungsbefunden ist vorsichtig umzugehen. Wir schließen uns der Bewertung der anderen Fraktionen an, die gegen diesen Antrag gestimmt haben. An dieser Stelle ist es nicht sinnvoll, den geforderten Bericht zu geben. Im Übrigen ist mir völlig unerfindlich, warum Sie die Staatsregierung auffordern wollen, darauf hinzuwirken, dass im Bund ein solcher Bericht erstellt wird. Ich glaube, wir sind gut beraten, dafür zu sorgen, in Bayern die Sicherheit auf einem guten Niveau zu halten. Wir lehnen den Antrag ebenfalls ab.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Muthmann. – Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Keine Angst, Herr Kreuzer. Nur zwei Minuten, aber zwei wichtige für mich und vielleicht auch für die Bürger.

(Hans Herold (CSU): Du überziehst aber meistens!)

– Nehmt mir doch nicht meine Redezeit, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es war heute keine Sternstunde parlamentarischer Diskussion. Das war eher Ideologie, links gegen rechts und die Mitte war auch dabei. Ich hätte mir eigentlich etwas ganz anderes vorgestellt.

Es geht um einen Sicherheitsbericht, und es geht auch gar nicht um Inhalte, die näher erläutert wurden. Aber vor fünf Jahren wurde das Gleiche schon einmal identisch im Haus vorgetragen und einstimmig verabschiedet. Heute – Herr Rinderspacher, darin erkennen Sie keine Denklöge, ich auch nicht – lehnt man den gleichen Antrag, weil er von einer rechtsradikalen, von einer Rechtsaußen-Fraktion gestellt wurde, offensichtlich ab, der Form halber, aber nicht aus inhaltlichen Gründen.

Was wir brauchen – dies ist doch längst überfällig –, ist ein umfassender Lagebericht, der unsere Politik, aber auch unsere Exekutive und die Judikative in die Lage versetzt, eine Analyse und Prognose für ihre Aufgabenerfüllung zu erstellen und auch dem Bürger eine Rückmeldung zu geben, welche Sicherheitslage in ihrer Gesamtheit in unserem Freistaat Bayern – sicherlich täte das dem Bund auch gut – gegeben ist. Das wäre eine gute Rückmeldung für den Bürger, und damit käme man dem Bürger wirklich nahe.

Wir müssen uns mehr um das kümmern, was hier im Land grundsätzlich läuft. Dazu gehört die Sicherheit. Diese besteht nicht nur aus Kriminalitätsstatistik und aus Dunkelfeld-Opfer-Analyse. Wie das geht, möchte ich mir einmal vorstellen. Das Dunkelfeld bringt uns keine Opfer ins Hellfeld, sondern hält sie im Dunkelfeld. Ich bin gespannt, was in zwei Jahren auf den Tisch kommt.

Das allein reicht aber nicht aus. Es gibt so viele Risiken in Industrie und Wirtschaft, im Verkehr. Denken Sie an Gefahrgüter, die transportiert werden. Es gibt so viele Risiken in Bezug auf weit über die Kriminalität hinausgehende Alltagswirkungen; sie alle müssten uns zusammengefasst in einem Bericht dargelegt werden, der es uns gestattet, wirklich in der Lage leben zu können, auch als Parlamentarier.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Swoboda!

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme zum Schluss. – Ich fordere Sie auf: Irgendwann sollten Sie den Sprung in die Offenheit zur Information der Bürger wagen.

(Hans Herold (CSU): Ich habe es ja gesagt! Überzogen, wie immer!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Swoboda. – Wir haben noch eine Minute und dreißig Sekunden Zeit bis zur namentlichen Abstimmung. Die Zeit werde ich jetzt mit zwei Bekanntgaben überbrücken.

Zunächst gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Magerl, Winhart, Ebner-Steiner und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Melderegister für Fehlbildungen bei Neugeborenen", Drucksache 18/3700, bekannt. Mit Ja haben 18 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 162 gestimmt, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5 – Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Außerdem gebe ich Ihnen bekannt, dass die **Listennummer 2** der **Anlage zur Tagesordnung** im Einvernehmen aller Fraktionen heute nicht mehr aufgerufen wird, sondern erst in der nächsten Plenarsitzung. Es handelt sich hierbei um den Antrag der Abgeordneten Rauscher, Flisek, Müller und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Mobilität auch im Alter sicherstellen – Innovative, lokale und niedrigschwellige Mobilitätskonzepte unbürokratisch fördern" auf Drucksache 18/2719.

Damit schließe ich auch die Aussprache zum Antrag betreffend einen periodischen Sicherheitsbericht. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für

Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen für Sie wieder im Bereich der Eingangstüren und hier am Stenografenpult bereit. Abstimmungsdauer: fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 18:23 bis 18:28 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Auszählung findet außerhalb des Saales statt. Das Abstimmungsergebnis wird in Kürze bekannt gegeben.

(Unterbrechung von 18:29 bis 18:32 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Roland Magerl, Richard Graupner und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Periodischer Sicherheitsbericht", Drucksache 18/3371, bekannt. Mit Ja haben 19 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 151 Abgeordnete. Stimmenthaltungen gab es keine. – Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Wir haben die Tagesordnung abgearbeitet. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:33 Uhr)

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

Benennungen der Fraktionen zur Besetzung der Kinderkommission

Mitglied

stellvertretende Mitglieder

CSU

Tanja **Schorer-Dremel**

Thomas **Huber**

Gudrun **Brendel-Fischer**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Johannes **Becher**

Gisela **Sengl**

Kerstin **Celina**

FREIE WÄHLER

Gabi **Schmidt**

Tobias **Gotthardt**

Florian **Streibl**

AfD

Katrin **Ebner-Steiner**

Markus **Bayerbach**

Jan **Schiffers**

SPD

Doris **Rauscher**

Dr. Simone **Strohmayr**

Markus **Rinderspacher**

FDP

Julika **Sandt**

Dr. Dominik **Spitzer**

Martin **Hagen**

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden
Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Verbesserung der Förderung von ehrenamtlich getragenen Selbsthilfegruppen in Bayern
 Drs. 18/2611, 18/4549 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Christian Flisek, Ruth Müller u.a. SPD
 Mobilität auch im Alter sicherstellen - Innovative, lokale und niedrigschwellige Mobilitätskonzepte unbürokratisch fördern
 Drs. 18/2719, 18/4550 (A) [X]

der Antrag wird gesondert beraten

3. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Michael Busch,
Klaus Adelt u.a. SPD
Sozial benachteiligte Familien und ihre Kinder in den Blick nehmen I -
Ganzheitliche Konzepte etablieren!
Drs. 18/2761, 18/4551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Michael Busch,
Klaus Adelt u.a. SPD
Sozial benachteiligte Familien und ihre Kinder in den Blick nehmen II -
Kommunale Präventionsketten erproben
Drs. 18/2762, 18/4552 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesetzeskonforme Schweineställe endlich durchsetzen
Drs. 18/2933, 18/4476 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Religionsfreiheit auf bayerischen Friedhöfen gemeinsam mit kommunalen und kirchlichen Friedhofsträgern umsetzen
Drs. 18/3022, 18/4514 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einführung der zweiten Leichenschau
Drs. 18/3024, 18/4542 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Verflechtungen der Identitären Bewegung mit Parteien im Freistaat
Drs. 18/3069, 18/4515 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Massenentlassungen im Haus der Kunst verhindern
Drs. 18/3607, 18/4560 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Martin Huber, Klaus Steiner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beziehungen Bayerns zu Marokko
Drs. 18/3609, 18/4429 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
Die Ressource Boden gehört allen I:
Öffentlichen Grund bewahren und perspektivisch vermehren
Drs. 18/3619, 18/4554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures,
Florian von Brunn u.a. SPD
Die Ressource Boden gehört allen II -
Grundstücksvergabe nach dem besten Konzept
Drs. 18/3620, 18/4555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures,
Florian von Brunn u.a. SPD
Die Ressource Boden gehört allen III -
Einrichtung eines Bodenfonds
Drs. 18/3621, 18/4556 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures,
Florian von Brunn u.a. SPD
Die Ressource Boden gehört allen IV -
Einrichtung einer Agentur für Flächenmanagement in Stadt und Land
Drs. 18/3622, 18/4584 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Die Ressource Boden gehört allen V -
Interkommunale Planungen erleichtern
Drs. 18/3623, 18/4543 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
Die Ressource Boden gehört allen VI -
Paradigmenwechsel bei der Beurteilung von Kommunalfinanzen
Drs. 18/3624, 18/4544 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
Die Ressource Boden gehört allen VII -
Stärkung kommunaler Wohnbaugesellschaften
Drs. 18/3625, 18/4545 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Die Ressource Boden gehört allen VIII -
Deutschland braucht wieder ein modernes
Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz
Drs. 18/3626, 18/4557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
Die Ressource Boden gehört allen IX -
Durchsetzung von Gemeinwohlzielen im Innenbereich
Drs. 18/3627, 18/4585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
Die Ressource Boden gehört allen X -
Ausweitung der Erhaltungssatzung
Drs. 18/3628, 18/4586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.11.2019 zu Tagesordnungspunkt 6: Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Martin Böhm und Fraktion AfD; Souveränität der Nationalstaaten erhalten - EU-Mindestlohn verhindern (Drucksache 18/3665)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adjei Benjamin		X		Fehlner Martina		X	
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst				Flisek Christian		X	
Aures Inge		X		Franke Anne		X	
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick		X	
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus				Ganserer Markus (Tessa)		X	
Becher Johannes		X		Gehring Thomas		X	
Becker Barbara				Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael		X		Häusler Johann		X	
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne	X			Halbleib Volkmar			
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig		X	
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian			
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang			
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	19	158	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.11.2019 zu Tagesordnungspunkt 7: Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion AfD; Verwendung von Reserve-Antibiotika in Bayern (Drucksache 18/3370)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adje Benjamin		X		Fehlner Martina		X	
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst		X		Flisek Christian		X	
Aures Inge		X		Franke Anne		X	
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick		X	
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus				Ganserer Markus (Tessa)		X	
Becher Johannes		X		Gehring Thomas		X	
Becker Barbara				Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael		X		Häusler Johann		X	
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne	X			Halbleib Volkmar			
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig		X	
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	18	159	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.11.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion AfD; Melderegister für Fehlbildungen bei Neugeborenen (Drucksache 18/3700)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adjei Benjamin		X		Fehlner Martina		X	
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst		X		Flisek Christian		X	
Aures Inge		X		Franke Anne		X	
				Freller Karl		X	
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick		X	
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus				Ganserer Markus (Tessa)		X	
Becher Johannes		X		Gehring Thomas		X	
Becker Barbara				Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael		X		Häusler Johann		X	
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne	X			Halbleib Volkmar			
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig		X	
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	18	162	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.11.2019 zu Tagesordnungspunkt 9: Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Roland Magerl, Richard Graupner u. a. und Fraktion AfD; Periodischer Sicherheitsbericht (Drucksache 18/3371)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adjei Benjamin		X		Fehlner Martina		X	
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst		X		Flisek Christian		X	
Aures Inge		X		Franke Anne			
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Patrick		X	
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus				Ganserer Markus (Tessa)		X	
Becher Johannes		X		Gehring Thomas		X	
Becker Barbara				Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian				Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael		X		Häusler Johann		X	
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne	X			Halbleib Volkmar			
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig		X	
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	19	151	0